



TÜRKİYE BÜYÜK MİLLET MECLİSİ
İNSAN HAKLARINI İNCELEME KOMİSYONU
AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI
FÜR DIE UNTERSUCHUNG DER
MENSCHENRECHTE

Untersuchungsbericht der
Neonazi-Morde in
Deutschland im Zeitraum
2000 – 2006

24. Periode des 2. Gesetzgebungsjahres

2012

Dieser Bericht wurde am
13. Juni 2012 in der 12.
Konferenz des Ausschusses
bewilligt



EGEMENLİK KAYITSIZ ŞARTSIZ MİLLETİNDİR



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

INHALTSVERZEICHNIS

I.	EINLEITUNG	1
	I.1. Thematik und Bedeutung der Untersuchung.....	1
	I.2. Angewandte Methodik der Untersuchung.....	1
	I.3. Die türkische Gesellschaft in Deutschland.....	2
	I.4. Hauptprobleme, die die türkische Gesellschaft betreffen.....	4
	I.5. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland	13
	I.5.1. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit im Allgemeinen	13
	I.5.2. Gründe für den Anfang und Aufstieg des Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit in Europa	15
	I.5.2.1. Gründe für den Anfang und Aufstieg des Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit in der Europäischen Union.....	16
	I.5.3. Rassismus- und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland	26
II.	NEONAZI-SERIENMORDE IM ZEITRAUM 2000 – 2006	37
	II.1. Chronologie der Morde	37
	II.2. Verhalten der Ermittlungs- und Untersuchungsbehörden.....	43
	II.3. Verhalten der Medien.....	50
III.	ENTLARVUNGSSPROZESS DER MÖRDER UND WEITERE ENTWICKLUNGEN.....	53
	III.1. Aufspürung der Mörder	53
	III.2. Vorwürfe gegen Nachrichtendienste, Sicherheits- und Untersuchungsbehörden .	60
	III.3. Haltung der Politiker.....	66
	III.3.1. Reaktionen	66
	III.3.2. Konkret eingeführte Schritte	68
IV.	BEURTEILUNG und ERGEBNIS	73



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

**UNTERSUCHUNGSBERICHT DER NEONAZI-MORDE IN DEUTSCHLAND IM
ZEITRAUM 2000 – 2006**

I. EINLEITUNG

Der Vorsitz des Ausschusses für die Untersuchung der Menschenrechte der großen türkischen Nationalversammlung eröffnete eine Nachstellungsakte bezüglich der ‚Rassen- und Ausländerfeindlichkeit in Europa‘. Hintergrund ist der in Norwegen ausgeführte bewaffnete Anschlag vom 22. Juli 2011, bei dem insgesamt 77 Personen starben, welcher, wie es sich herausstellte, wegen Feindseligkeiten gegen den Islam sowie Rassen- und Ausländerfeindlichkeit ausgeübt wurde.

Darauffolgend hat der Ausschuss, aufgrund der in Deutschland aus rassistischen Motiven begangenen Serienmorde von Neonazis im Zeitraum 2000 – 2006, am 08. Dezember 2011 einen „Beschluss“ gefasst „die Morde, Angriffe und Sabotagen von Neonazis in verschiedenen Personengruppen an Ort und Stelle zu untersuchen, benötigte Gespräche zu führen, eine Berichterstattung aufzustellen und die gerichtliche Dauer zu beobachten“.

I.1. Thematik und Bedeutung der Untersuchung

Die Thematik des erfassten Beschlusses ist die Beobachtung der Prozesse bezüglich der Angriffe, der Brandanschlägen, der Drohungen und weiteren Gewalttaten der Neonazis, die im Zeitraum 2000 – 2006 stattfanden. Da die Berichterstattung vor den Gerichtsverhandlungen datiert ist, sind diese im Bericht nicht enthalten.

I.2. Angewandte Methodik der Untersuchung

Der Ausschuss hat am 23. Februar 2012, unter dem Schutz der Bundeskanzlerin, eine „Gedenkfeier“ veranstaltet und an dieser, aufgrund der in den Neonazi-Serienmorden getöteten Opfer, teilgenommen. Außerdem war die angewandte Methodik der Untersuchung in Deutschland öffentliche Gespräche zu führen, sich mit den Hinterbliebenen der Opfer zu treffen und die Meinung der sich in Deutschland befindenden Stellvertreter der türkischen Bürgerrechtsorganisation sowie der Akademiker und Journalisten zu erfahren.

Diesbezüglich wurde zwischen dem 21. und 24. Februar 2012 ein öffentlicher Besuch in Deutschland (Berlin) abgehalten, um an der Gedenkfeier teilzunehmen und öffentliche Gespräche zu führen. Die Delegation bestand aus Ayhan Sefer ÜSTÜN, Vorsitzender des Ausschusses sowie Abgeordneter aus Sakarya; Nevzat PAKDİL, Abgeordneter aus



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Kahramanmaraş; Malik Ecdar ÖZDEMİR, Abgeordneter aus Sivas; Mustafa ERDEM, Abgeordneter aus Ankara sowie Kenan ALTAŞ, Experte für die Legislative des Ausschusses (Referent).

In dem besagten Besuch traf die Delegation auf den Untersuchungsausschuss des Bundestags zur Untersuchung der Nationalsozialistischen-Untergrund-Terroristen-Personengruppe, auf den Kommissar für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe der Bundesregierung (Marcus LÖNING) sowie auf die Vermittlerin, die für die Kommunikation zwischen der Regierung und den betroffenen Familienangehörigen verantwortlich ist (Barbara JOHN).

Die Delegation traf nach der Teilnahme an der Gedenkfeier auf Bundeskanzlerin Angela MERKEL, Prof. Dr. Norbert Lammert, Präsident des Bundesparlaments und Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, Präsident des Verfassungsgerichts. Danach kam sie mit dem Bundespräsidenten (zu dem Zeitpunkt noch Kandidat) Joachim GAUCK, der im Namen der türkischen Botschaft und den Hinterbliebenen der Opfer die Veranstaltung organisierte, zusammen ins Gespräch. Es wurden mit den Hinterbliebenen der Opfer einzelne Gespräche geführt, in denen diese ihre Erlebnisse vor und nach den Taten mitteilen konnten.

Nach der Veranstaltung kam die Delegation mit den Stellvertretern der türkischen Bürgerrechtsorganisation im Haus der türkischen Botschaft mit dem Sitz in Berlin ins Gespräch. Gleichzeitig wurden die Meinungen der an der Thematik interessierten Akademiker und Journalisten aus der Türkei in Betracht gezogen.

Während der Ausschuss diesen Bericht bereitstellt, konnte in den oben genannten Gesprächen von verschiedenen Erkenntnissen, Artikeln und Büchern vom Außenministerium und von anderen interessierten Instanzen des öffentlichen Rechts, von den in der Fachpresse erschienenen Nachrichten, von der in Deutschland gegründeten türkischen Bürgerrechtsorganisation und von internationalen Organisationen Gebrauch gemacht werden.

I.3. Die türkische Gesellschaft in Deutschland

Die im letzten Jahrhundert des Osmanischen Reiches angefangene Beziehung zwischen der Türkei und Deutschland wurde als strategische Partnerschaft bis zum Fall des Osmanischen Reiches fortgeführt. Obwohl Deutschland als Verlierer des 2. Weltkrieges hervorging, wurde im Wiederaufbauprozess des Landes, welches in kürzester Zeit einen



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

industriellen Aufschwung erfuhr, eine starke Arbeitskraft benötigt. Um diesen Bedarf zu stillen, wurden mit verschiedenen Ländern Arbeitskraftverträge geschlossen, zunächst 1955 mit Italien und 1960 mit Spanien sowie Griechenland. Schließlich, am 30. Oktober 1961, wurde in der deutschen Stadt Bad Godesberg, zwischen der Türkei und Deutschland, ein „Arbeitskraftvertrag“ geschlossen.

Die türkischen Bürger, die mit all ihrer Mühe zum Wachstum der deutschen Industrie beitrugen, bekamen als „Gastarbeiter“ mit der Zeit Daueraufenthaltsgenehmigungen in Deutschland. Die Mehrheit der türkischen Bürger entschloss sich, statt in die Heimat zurückzukehren, die kommenden Generationen in Deutschland großzuziehen. Fast die Hälfte davon sind heute deutsche Staatsbürger. Sie sind nicht mehr nur Arbeiter, sondern gegenwärtig ist es auch möglich mit türkischstämmige Bürger als Ärzte, Ingenieure, Rechtsanwälte Unternehmer, Politiker und in anderen Bereichen anzutreffen.

Innerhalb der deutschen Bevölkerung von 81.830.000, haben 2,8 Millionen türkische Wurzeln und machen somit 3% der Gesamtbevölkerung aus (Stand 31.12.2011). Gemäß dem Statistischen Bundesamt beträgt die Zahl der in Deutschland lebenden türkischen Bürger (Stand 31.12.2011) 1.607.161. In dieser Zahl kommt es zur folgenden Aufteilung in Altersgruppen:

Tabelle 1: Die Aufteilung der türkischen Bürger, mit Status Ausländer, gemäß Altersgruppen. Quelle: Statistisches Bundesamt, www.destatis.de

0-5 Jahre	5-10 Jahre	10-15 Jahre	15-20 Jahre	20-25 Jahre	25-35 Jahre	35-45 Jahre
12.165	23.055	100.128	143.200	136.072	289.957	339.434
45-55 Jahre	55-65 Jahre	65-75 Jahre	75-85 Jahre	85-95 Jahre	95 und älter	
220.605	148.613	153.934	37.657	2.219	122	

Durchschnittsalter dieser Einwohner liegt bei 39,3. Davon sind 32% in Deutschland geboren, 53,5% verheiratet und 36,3% ledig. Gemäß dem Statistischen Bundesamt ging die Zahl der türkischen Bevölkerung in Deutschland im Jahre 2011, im Gegensatz zum Vorjahr (2010), um 22.976 Personen zurück. Unter den Ausländern in Deutschland sind die Türken die einzige Personengruppe, deren Anzahl zurückgeht. Gründe dafür sind sicherlich der Übertritt zur deutschen Staatsangehörigkeit und die Rückkehr in die Türkei.

Seit dem Jahr 2009 beträgt in diesem Bezug die Anzahl der türkischstämmigen Bürger



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

mit deutscher Staatsangehörigkeit 1.120.000.¹ Fast zwei Drittel der türkischen Bevölkerung, die länger als 10 Jahre in diesem Land lebt, ist im wesentlichen jung. Innerhalb der türkischen Bevölkerung sind mehr als 700.000 Personen in der Altersgruppe 0-18 Jahre sowie nahezu 800.000 Personen in der Altersgruppe 18-35 Jahre zu finden und ist somit die größte Personengruppe. Dementsprechend ist das Durchschnittsalter der in Deutschland lebenden Türken (mit türkischer und deutscher Staatsangehörigkeit insgesamt) 29,5 Jahre. Die Hälfte der türkischen Bevölkerung ist in Deutschland geboren und ging dort zur Schule.

600.000 Türken können bei den Wahlen wählen und gewählt werden. Diese sind deutsche Staatsangehörige, während die türkischen Staatsangehörigen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind diese Rechte nicht haben. Bei den Bundestagswahlen in Deutschland vom 27. September 2009 wurden in der Grünen Partei zwei, in der SPD einer, in der Linken Partei einer und in der Freien Demokraten Partei einer, insgesamt fünf türkisch-deutsche zum Bundestag gewählt. In den Landtagen befinden sich außerdem insgesamt 37 Abgeordnete, die türkische Wurzeln haben. Im Europäischen Parlament ist ein türkischstämmiger Abgeordneter, der Deutschland repräsentiert, beschäftigt. Gleichzeitig werden sie unter den höheren Ämtern wie Parteivorsitzender, Landesminister, Senator und Staatssekretär gewählt und ernannt. Gemäß Nachforschungen und den Wahlergebnissen geben die türkischen Wähler ihre Stimmen eher an die SPD, Grünen oder Linken ab.

Der Gesamtumsatz der türkischen – zehntausende - Unternehmer liegt bei ca. 35 Milliarden Euro. Über 70.000 türkische Unternehmer stellen mehr als 350.000 Personen als Mitarbeiter an. Außerdem nimmt auch bei den türkischen Bürgern die Arbeitslosigkeit rapide zu, da in Deutschland manche Branchen die Anzahl der Mitarbeiter immens reduzieren. Innerhalb der 7% Arbeitslosen (2010) in Deutschland sind 20% davon Türken.

I.4. Hauptprobleme, die die türkischen Gesellschaft betreffen

Einzelne türkische Bürger tragen in Deutschland zu verschiedenen Bereichen, von der Kunst bis zum Sport, von der Politik bis zur Wirtschaft, bei. Während ein Teil der Türken wirtschaftlich, kulturell und politisch Beiträge leisten, ist es ersichtlich, dass dem anderen Teil der Türken die unten genannten Hauptprobleme widerfahren.

¹ Um die Integration der Immigranten zu vereinfachen, ist die Staatsangehörigkeit für Bürger mit Migrationshintergrund einfacher zu erhalten, wenn der Ursprung deutsch oder der Geburtsort in Deutschland



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

a. Das EU Partnerschaftsgesetz. Die türkischen Bürger profitieren nicht von den Rechten des Partnerschaftsvertrages zwischen der Türkei und der EU sowie den Urteilen des Partnerschaftsrates, die im Rahmen des Gesetzes fallen. Manche türkische Bürger treten beim Europäischen Gerichtshof (EUGH) für ihre Rechte ein. Bis heute hat das EUGH, vor allem im Rahmen des 1/80 Urteil des Partnerschaftsrats zwischen der Türkei und der EU, für die türkischen Bürger ein Präjudiz festgelegt. Obwohl, insbesondere bezüglich Visumbegrenzung, das EUGH ein Urteil für die türkischen Bürger gesprochen hatte, wurde im deutschen Amt dies nicht angewendet. Diese Visumbegrenzung spricht gegen den im Partnerschaftsvertrag zwischen der Türkei und der EU festgelegten „Verbot gegen die Verschlechterung der Vertragsbedingungen“.

b. Die politischen Rechte. Die türkische Bevölkerung in Deutschland hat kein Recht zu wählen, gewählt zu werden oder in irgendeine Weise in politischen Angelegenheiten involviert zu sein. Während die Bürger aus den EU-Staaten sich bei den lokalen Wahlen beteiligen dürfen, haben türkische Bürger so ein Recht nicht.

c. Das Einwanderungsgesetz. Das „Gesetz“ vom 27. August 2007, das „in Deutschland das Aufenthalts-, Antrags- und Integrationsaufenthalt- sowie Asylrecht von Ausländern auf den Richtlinien der Europäischen Union“, in Verbindung mit Einreise der Familienzugehörigen „Anwendung findet“, nennt als Bedingung, dass manche Bürger, bevor sie nach Deutschland kommen, in ihrem eigenen Land die Grundkenntnisse in der deutschen Sprache aneignen müssen. Auch besagt dieses Gesetz, dass Ausländer sich anpassen müssen und bereit sind, an Kursen teilzunehmen um zu zeigen, dass sie bereit wären die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen, Kenntnisse im Grundgesetz und dem deutschen Recht zu erwerben, Einkommen für den Übertritt in die Staatsangehörigkeit vorzuweisen, für einen Daueraufenthalt die Sprache zu beherrschen und ein Einkommen zu haben sowie sonstige Kriterien zu erfüllen, welche durch Urteilen die Einreise der Familie und den Übertritt in die deutsche Staatsangehörigkeit erschweren.

Deutschland zeigt eine diskriminierende Haltung, da es vor der Einreise der Familie, innerhalb der „Einreise Visum an die Bürger aus anderen Ländern“ fordert, dass diese die deutsche Sprache beherrschen müssen. Unter dieser Bedingung ist zu beobachten, dass vor

war. Dementsprechend kann ein Elternteil, das entweder deutsch ist oder in Deutschland aufgewachsen ist, deutscher Staatsangehöriger werden.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

allen die Anzahl der Familien aus der Türkei gesenkt werden und somit davon abgehalten werden, vereint zu sein.

Für das Einreise-Visum für Familienangehörigen ist die „Voranpassung“ die deutsche Sprache zu beherrschen, damit durch diese Anwendung gegen Zwangsehen vorgegangen werden kann. Außerdem wird als Bedingung ein „Anpassungskurs“ für die Familie vorgegeben. Diese Anwendung zeugt vorerst von einem Verstoß gegen das Recht des internationalen und des EU Partnerschaftsgesetz-Rechtes der türkischen Bevölkerung. Die Voraussetzungen für die Sprache und des Einkommens im Gesetz gelten nicht für EU-Bürger oder „Länder, die ein enges wirtschaftliches Verhältnis“ mit Deutschland haben. Dies ist ein ausdrücklicher Beweis der Diskriminierung. Um es eindeutiger zu machen: wenn ein deutscher Bürger mit einem Türken heiratet, muss der deutsche Bürger vor der Einreise seines Ehepartners beweisen, dass dieser die deutsche Sprache beherrscht. Allerdings, wenn ein deutscher Bürger mit einem Amerikaner oder Griechen heiratet, ist so ein Kriterium nicht erforderlich.

Es mag als Nachteil gewertet werden, dass jemand, der auf dem Mindestniveau kein Deutsch kann nicht auf die Straße gehen kann, nicht völlig vom Gesundheitswesen Gebrauch machen kann und Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche hat. Dies sollte jedoch kein Hindernis sein, über die Grenze kommen zu können.

d. Das Staatsangehörigkeitsgesetz. Gemäß dem neuen Staatsangehörigkeitsgesetz, welches seit 01. Januar 2000 in Deutschland in Kraft tritt, erhält ein neugeborenes Kind automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn einer der Eltern bei der Geburt des Kindes seit mindestens acht Jahren durchgehend in Deutschland legal wohnt, oder einer der Eltern eine Aufenthaltsgenehmigung oder seit mindestens drei Jahren eine durchgehende Aufenthaltsgenehmigung hat. Von diesem Gesetz haben auch viele türkische Familien profitiert.

Allerdings ist dieses Recht nur bis zum 18. Lebensjahr des Kindes gültig. Danach, zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr, muss zwischen der deutschen und der türkischen Staatsangehörigkeit gewählt werden (Optionsmodell). Allerdings können Bürger der Europäischen Union und der Schweiz eine doppelte Staatsangehörigkeit haben. Da diese Gelegenheit türkischen Bürgern nicht gegeben ist, wird dies als öffentliche Diskriminierung bewertet. Es wäre auch zu Gunsten Deutschlands, wenn die Diskriminierung des Rechts und



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

das Anpassungsproblem aufgehoben würden, da dies sonst zur Auflösung der Zugehörigkeitskultur führt. Obwohl dem Bundestag vorgeschlagen wurde, das Optionsmodell gesetzlich aufzuheben wurde dieser Vorschlag abgelehnt.

Gleichzeitig gibt es Probleme, wenn jemand die türkische Staatsangehörigkeit verlässt um die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen und später wieder Türke werden möchte. Die deutschen Behörden haben in solchen Fällen die Personen von der deutschen Staatsangehörigkeit enteignet. Bis heute wurden 21.500 Personen der deutschen Staatsangehörigkeit enteignet, da sie die türkische Staatsangehörigkeit haben. Es müssen für diese Personen, die somit ernsthaft ihre Rechte verlieren, Lösungen gefunden werden. Es ist wichtig zu erkennen, dass die doppelte Staatsangehörigkeit der Bevölkerung zur Lösung der Integration und Zugehörigkeit dienen kann.

e. Die Sprache. Eines der ernstesten Probleme der türkischen Bevölkerung ist die deutsche und türkische Sprachbeherrschung. Es ist sehr wichtig, dass Türken in Deutschland Bildung in ihrer Muttersprache und auf Deutsch erhalten, um Türkisch und Deutsch auf höchstem Niveau sprechen und sich in die deutsche Bevölkerung eingliedern zu können. Die Schlüsselrolle zum Erfolg in jedem Gebiet ist die Sprachkenntnis.

f. Der Unterricht „Türkisch und Türkische Kultur“. Für die türkischen Schüler ist der Türkischunterricht weiterhin einer der Hauptprobleme. In Deutschland wird der Unterricht „Türkisch und Türkische Kultur (TTK)“ in der türkischen Muttersprache nicht nur als Pflichtfach, sondern auch als Nachmittagsunterricht/ Nachhilfeunterricht angeboten. Deutschland unterstützt diesen Unterricht nicht und möchte, dass die Türkei die materielle und organisatorische Verantwortung des Unterrichts trägt. Die Verantwortung der Bildung in der eigenen Muttersprache liegt bei den Ländern. Dabei wird die Bestimmung und Anwendung des Unterrichts von den Ländern verschieden angewandt. Mancher TTK-Unterricht ist am Morgen, während andere Schüler Religionsunterricht haben. Obwohl die Teilnahme an den TTK-Unterricht im Zeugnis erwähnt wird, wird es nicht effektiv genug gewertet, um die Klasse zu bestehen. Dies führt dazu, dass die türkischen Schüler den Unterricht nicht sehr ernst nehmen.

In Deutschland reisen die 500 Lehrer des TTK-Unterrichts, mit Beschluss des Ministeriums des Partnerschaftskulturausschusses weiterhin aus der Türkei ein. Außerdem befinden sich bis zu 830 Personen verantwortliche lokale Lehrer in den Gemeinden. Die



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Lehrer aus der Türkei müssen öfter mit verspäteten Visen rechnen. Dies führt dazu, dass die Lehrer später einreisen, somit erst nach dem Schuljahresbeginn eintreffen und demzufolge der Unterricht „Türkisch und Türkische Kultur“ für eine bestimmte Zeit nicht besucht werden kann. Dies wird auch unter den Beschwerden an die deutschen Lehrer aufgeführt.

g. Das Bildungsproblem . Im deutschen Bildungssystem befinden sich ca. 350.000 türkische Schüler (seit dem Jahre 2011). Davon sind 270.000 in der Schulausbildung (Grund- & Volksschulen und Gymnasium), 55.130 in der Berufsausbildung und ca. 5.000 in der Universität. Wie andere Kinder mit Migrationshintergrund erfahren türkischstämmige Familien Probleme bei der Schulausbildung. Dazu trägt das deutsche Schulsystem immens bei. Das deutsche Schulsystem wurde im internationalen Bereich kritisiert, da kleine Kinder gemäß ihrer Lernfähigkeit in Personengruppen aufgeteilt werden und Kinder, die arm sind, Migrationshintergrund haben, Asylanten und körperlich eingeschränkt sind, somit sozial wenig Anerkennung finden diskriminiert werden. Gemäß den Angaben der deutschen Behörden ist die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund, die Hauptschulen besuchen höher als derjenigen ohne Migrationshintergrund. Gleichzeitig ist die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund, die Gymnasien besuchen, im Gegensatz zu den Kindern ohne Migrationshintergrund wesentlich niedriger.

Beispielsweise erwähnte der Ausschuss gegen Rassendiskriminierung der Vereinten Nationen im Bericht von 2009 mit großem Bedauern, dass die deutschen Behörden Kinder mit Migrationshintergrund und meist ungenügenden Deutschkenntnissen auf die Sonderschule geschickt werden, da ihr Erfolgsniveau nicht ausreichend ist. Somit nimmt die Zahl der Kinder in den Realschulen und auf den Gymnasien ab. Der Ausschuss schlug vor entsprechende Schritte einzuleiten, die nicht-deutschen Staatsangehörigen im normalen Schulsystem teilnehmen zu lassen und die Voraussetzungen derjenigen, die auf die Sonderschule geschickt werden nochmal zu überprüfen.

Der Bericht von 2009 des Europäischen Rates gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) zeigt außerdem, dass deutsche Kinder zielbewusster sind und somit die Kinder mit Migrationshintergrund, im Gegensatz zu den deutschen Kindern, eine niedrigere Chance im Schulsystem haben. Der Durchschnitt der Kinder mit Migrationshintergrund beträgt in der untersten Schulstufe (Hauptschule) des Schulsystems mehr als das doppelte der deutschen Kinder.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Gleichzeitig ist in der höchsten Schulstufe (Gymnasium), bei der nach Abschluss der Übergang auf die Universität möglich ist, der Durchschnitt der Kinder mit Migrationshintergrund weniger als die Hälfte der deutschen Kinder. Gemäß dem Bericht ist im Land Baden-Württemberg der Durchschnitt der Kinder mit Migrationshintergrund, die Lernschwierigkeiten haben und zu speziellen Schulen geschickt werden, im Gegensatz zu den deutschen Kinder dreifach so hoch. Die ECRI sieht diesen großen Unterschied in der Bildung zwischen nicht-deutsch- und deutschstämmige als sehr beunruhigend an. Außerdem wird im Bericht erwähnt, dass gemäß den zivilen Bürgerorganisationen türkische und moslemische Kinder ausdrücklich diskriminiert werden und, obwohl unter ihnen sehr fähige Schüler vorhanden sind, die das Gymnasium besuchen könnten, diese in die niedrigsten Schulstufen eingewiesen werden. Gemäß der ECRI ist es notwendig, die Kinder mit Migrationshintergrund, die meistens wirtschaftlich benachteiligt sind, nicht zu den niedrigen Schulstufen einzuweisen. Die Lehrer müssen ein objektives Urteil fällen und, soweit nicht erforderlich, die Kinder nicht zu diesen niedrigen Schulstufen einweisen.

Der von der UNESCO, in der am 14. Dezember 1960 abgehaltenen Konferenz anerkannte „Vertrag gegen Diskriminierung im Bildungswesen“ besagt im ersten Artikel, dass der Ausdruck "Diskriminierung" jeglichen - auf der Rasse oder der Hautfarbe, dem Geschlecht, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Überzeugung, der nationalen oder sozialen Herkunft, den wirtschaftlichen Verhältnissen oder der Geburt beruhenden - Unterschied mit dem Zweck, die Gleichbehandlung auf dem Gebiet des Unterrichtswesens aufzuheben oder zu beeinträchtigen und insbesondere a) einer Person oder Personengruppe den Zugang zum Unterricht – egal welcher Art oder Stufe – zu verwehren, b) eine Person oder Personengruppe auf einen niedrigen Bildungsstand zu beschränken (..) auszuschließen, zu beschränken oder zu bevorzugen beinhaltet. In diesem Sinne muss Deutschland, als international eines der führenden Länder, diese Angelegenheiten in Betracht ziehen und die Fortschrittshindernisse der Kinder mit sofortiger Wirkung aufheben. Abgesehen von diesen negativen Aspekten des Bildungssystems in Deutschland ist ebenfalls zu beobachten, dass manche türkische Familien sich nicht genügend um die Bildung ihrer Kinder kümmern. Einer der Hauptgründe hierfür ist das niedrige Bildungsniveau der Familie und dass Geldverdienen als wichtiger angesehen wird. In den türkischen Familien ist der Trend, dass die Kinder eine Berufsausbildung beginnen, anstatt mit Hochschulbildung fortzufahren. Einer der Hauptmotivationen ist dabei so schnell wie möglich einen Beruf zu



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

haben um Geld zu verdienen.

Für die oben aufgezählte negative Politik im Bildungswesen werden von Zeit zu Zeit verschiedene Lösungen gesucht. Eine Lösung ist, dass die im Ausland erworbenen Diplome der Ausländer mit dem „Gleichwertigkeitsgesetz“ vom 01. April 2012 anerkannt werden. Während jemanden, der in Frankreich Jura absolviert hat, sein Diplom anerkennen lassen kann, ist es nun auch möglich, dass jemand, der in der Türkei Jura absolviert hat, sein Diplom ebenfalls anerkennen lassen kann. Somit kann die offensichtliche Diskriminierung und Ungerechtigkeit diesbezüglich ein Ende haben. Allerdings sollte man nicht vergessen, dass dieses Gesetz erlassen wurde, um die große Lücke im Stellenmarkt zu schließen und nicht um Diskriminierung und Ungerechtigkeit aus dem Weg zu schaffen. Zum Beispiel ist es bekannt, dass allein im Ingenieurwesen bis zu 80.000 Stellen nicht besetzt sind. Gleichzeitig gibt es innerhalb der türkischen Bevölkerung ernsthafte Zweifel bezüglich potentieller Einschränkungen bei der Anwendung dieses Gesetzes. Die Zweifel liegen vor allem bei bürokratischen Widerständen bezüglich der Anerkennung der Diplome sowie in Bezug auf die Anwendung der Richtlinien und Erlass des Gesetzes. Auch wenn Stellen besetzt werden, werden diese Schwierigkeiten weiter bestehen. Bis jetzt wird erwartet, dass bis zu 300.000, die nicht in ihren eigenen erlernten Berufsbranchen arbeiten, von diesem Gesetz profitieren können.

h. Der Religionsunterricht. Neben der Gleichberechtigung in der Bildung befindet sich „der Religionsunterricht“ unter den Forderungen der türkischen Bürger. Nahezu 80% der in Deutschland lebenden Moslems sind Türken. Im Grundgesetz ist Religionsunterricht auf die Religion basierend erlaubt. Im Sinne vom „Erlangen Modell“ kann der Inhalt des Unterrichts von der Gemeinde festgelegt werden. Der Staat kontrolliert nur, ob dieser gegen das Gesetz spricht oder nicht. Außerdem ist er für die Organisation verantwortlich sowie dafür, eine Finanzierungsquelle anzuordnen. Es wird von den Behörden behauptet, dass es an Repräsentanten der Moslems sowie an Verantwortung bezüglich des Unterrichtsinhaltes fehlt und dementsprechend kein Unterricht gemäß dem erwähnten Modell durchgeführt werden kann. Deshalb ist der Islamunterricht mit dem Grundgesetz nicht kompatibel und in jedem Land kann nur innerhalb der jeweils geltenden Gesetze unterrichtet werden. Allerdings muss unter den 80% türkischen Moslems, gemäß dem Erlanger Modell und der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB) oder anderen Vereinen, die eine



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

große Masse anspricht, die Gelegenheit gegeben werden, den Islam als Religionsunterricht zu organisieren.

Der Grund, warum der Islam als Religionsunterricht erwähnt wird ist die Gelegenheit, Religionslehrer des Islams in Deutschland auszubilden.

In 2012 wurden die Anstrengungen in diesem Gebiet verstärkt. Ein konkreter Beweis dafür ist, dass der Ausschuss des deutschen Wissenschaftsrats in der Konferenz vom Januar 2010 vorgeschlagen hat, außer Wissenschaftler, Bundes- oder Länderrepräsentanten auch Religionsbeauftragte für den Islam als Religionsunterricht auszubilden und somit in den deutschen Universitäten „Forschungszentren des Islams“ einzuführen. Diese sollen dem Bildungsmodell der christlichen Theologie ähneln und in vorerst zwei oder drei vorgeschlagenen Universitäten eingeführt werden. Schließlich wurde beschlossen, in der ersten Etappe Arbeitszentren des Islams in vier Universitäten einzuführen (Münster-Osnabrück, Tübingen, Frankfurt-Gießen und Nürnberg-Erlangen). Am 01. Oktober 2011 wurden in der Universität Tübingen die Ausbildung und der Lehrgang begonnen und am 16. Januar 2012 öffentlich als Arbeitszentrum des Islams eröffnet. Es ist zu erwarten, dass im Schuljahr 2012/2013, nach der Universität Tübingen auch die Universität Erlangen die Ausbildung der islamischen Theologie einführt.

Mit demselben Ziel wurde an der Goethe-Universität, Frankfurt ein „Lehrstuhl der islamisch religiösen Stiftung“ gegründet. Parallel werden türkische Jugendliche, die ihre mittlere Schulbildung in Europa erhielten und beendeten, in den Fakultäten der Türkei als Religionsbeauftragte und -lehrer ausgebildet. In diesem Programm, welches unter “Das Internationale Theologie Programm” organisiert ist, werden Studenten an den theologischen Fakultäten der Universitäten Ankara und Marmara ausgebildet. Allerdings ist es nicht falsch zu sagen, dass die deutschen Behörden in dieser Instanz die Islamwissenschaften mit einer sogenannten „Sicherheitsbrille“ beobachten.

i. Der Arbeitsmarkt. Eines der Hauptprobleme, das Personen mit türkischen Wurzeln konfrontiert, ist die Diskriminierung in der Arbeitswelt. Im Jahre 1961, in dem Deutschland den Vertrag per Unterschrift bestätigte, besagt die Internationale Arbeiter Organisation unter der Nummer 111, “Übereinkommen gegen Diskriminierung (Arbeit und Beruf)”, folgendes: “Die Länder in denen dieser Vertrag gilt, verpflichten sich, eine Gleichberechtigungspolitik als Ziel einzuführen und zu verfolgen in dem sie nationale Bedingungen und anwendbaren



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Methoden schaffen, um jegliche Art der Diskriminierung in der Arbeits- sowie Berufssuche aus dem Weg zu schaffen“. Gemäß der Feststellung der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union waren im Jahre 2010 Deutschland, Belgien, Frankreich und die Niederlande unter den Ländern, in denen am meisten Diskriminierung in der Arbeitswelt stattfand. Die Agentur fügt hinzu, dass Personen mit türkischem Namen im Arbeitsmarkt mit Schwierigkeiten konfrontiert werden. Im Bericht gegen Rassismus und Intoleranz von 2009 betont das Europäische Komitee gegen Intoleranz und Rassismus genau denselben Punkt. Ferner wird berichtet, dass Migranten im Gegensatz zum anderen Teil der Bevölkerung bei der Arbeitssuche mit Schwierigkeiten konfrontiert werden. Manch einer wird in den Stellenangeboten mit „Deutsch als Muttersprache“ als einer der primären Bedingungen der Firmen konfrontiert.

In einer Studie wurde festgestellt, dass in 528 verschiedenen Berufsausbildungsangeboten Personen mit einem türkischen Namen eine 14%ige niedrigere Chance haben als Personen, die einen deutschen Namen haben. Vor allem ist dies in kleinen Firmen sehr oft zu beobachten. Deshalb wird im ECRI Bericht deutlich hervorgehoben, dass obwohl die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund bei den Bewerbungen für Ausbildungsplätze höher als die der Deutschen ist, doch sehr wenige tatsächlich einen Ausbildungsplatz bekommen.

Während unser Ausschuss diese Untersuchung in Deutschland durchführte, bestätigten manche türkische Geschäftsleute mit Bedauern, dass sie, um in der Wirtschaft existieren zu können, ihre Namen in deutsche Namen ändern. Türken, die höhere Positionen haben, betonen ihre Namen auf Deutsch um dem Druck zu entkommen.

Neben den bereits genannten Problemen geben zusätzlich auch die Eingriffe des Deutschen Jugendamts Grund zur Klage unter der türkischen Bevölkerung. Das Amt hat im Jahre 2011 insgesamt 32.300 Jugendliche unter Schutz gestellt. Davon waren 23 Prozent Jugendliche mit Migrationshintergrund. Beispielsweise, während im Land Baden-Württemberg lediglich 24 Prozent Jugendliche mit Migrationshintergrund inhaftiert worden sind, waren es in Hamburg 44 Prozent. Das Jugendamt begründet diese Entscheidungen der Inhaftierungen vor allem mit Familienproblemen, Vernachlässigung des Jugendlichen, schlechte Behandlung, Anpassungsschwierigkeit des Jugendlichen, eine vom Jugendlichen begangene Straftat sowie Schul- und Bildungsprobleme des Jugendlichen. Gleichzeitig wird



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

ausgeführt, dass das Jugendamt gegenüber türkischen Familien in den Schutzbeschlüssen härter durchgreift. Die Toleranz, die an deutsche Familien gezeigt wird, erfahren türkische Familien nicht. Statt bei der Lösung der Problemen behilflich zu sein werden sofortige Hafturteile gefällt und somit wird die Situation nur noch verschlimmert. Die Hauptbeschwerde ist, dass türkische Kinder in Anstalten oder zu Familien geschickt werden und dabei in religiöser und kultureller Hinsicht nicht beaufsichtigt werden.

I.5 . Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland

I.5.1. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit im Allgemeinen

Rassismus ist der Hass oder die Verachtung einer Person, die unterschiedliche physische Merkmale aufweist und somit die Hervorhebung dieser Unterschiede in der menschlichen Rasse. Der Gedanke beim Rassismus ist, neben den individuell natürlichen physischen Unterschieden, welche mit der Kultur, der Person und der Intelligenz in Verbindung gesetzt werden, letztendlich, dass manche Personengruppen genetisch überlegen sind. Diese Ideologie der Überlegenheit rechtfertigt die Aufteilung der Menschen in untere Volksschichten sowie die ungleichmäßige Verteilung der Macht, des Ansehens und des Wohls unter diesen Schichten.

In der heutigen Zeit bedient sich Rassismus, statt der bekannten Begriffsdefinition ‚die höhere Rasse‘, einer anderen Wortwahl. Neben der Intoleranz gegenüber anderen Rassen, wird Rassismus auch als Vorurteil und Intoleranz gegenüber ethnische und religiöse Gruppen gebraucht. Deshalb ist Rassismus nicht nur auf die Rassen begrenzt sondern auch mit Ausländerfeindlichkeit, Diskriminierung, Intoleranz, kultureller Unterschiede und Fundamentalismus eng verbunden. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit führen dazu, dass die Opfer in die Zukunft mit Angst blicken und sich unsicher fühlen. Gleichzeitig führt er zur Arbeitslosigkeit und Armut.

Deswegen befinden sich bei dieser Art Rassismus die Migranten an erster Stelle. Migranten werden nicht wegen rassischer Zugehörigkeit ausgegrenzt oder gehasst, sondern aufgrund von sozialer und wirtschaftlicher Faktoren. Aus diesem Grund spielt in dieser Art Rassismus, dessen Ziel Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund sind, eigentlich das wirtschaftliche Element eine Rolle.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Ausländerfeindlichkeit, welches als eines seiner Elemente angesehen wird, steht in direktem Zusammenhang mit Rassismus. Ausländerfeindlichkeit beinhaltet die Angst, Unsicherheit oder den Hass gegenüber einer Person oder Personengruppe, die als Ausländer bezeichnet wird und somit kulturell anders ist. Innerhalb dieser Definition werden die Ausländer als eine Bedrohung gegen die nationale Einheit angesehen.

Die ‚Ausländer‘, die wegen einer anderen Kultur, Religion oder Identität diskriminiert werden, werden nicht nur wegen ihrer Kultur innerhalb einer anderen Bevölkerung so behandelt. Zugleich wird befürchtet, dass diese Menschen die Kultur in der Fremde ändern, und die Führung übernehmen werden um somit die in dem Land befindende Kultur zu entfremden. Die Einstellung der ausländerfeindlichen Personen ist, die sich in der Bevölkerung befindenden Ausländer wirkungslos zu machen, um die eigene Kultur zu schützen. Andererseits ist die Ausländerfeindlichkeit auch durch die Sozialisierung entstanden. Beim Unterschied zwischen Gut und Böse ist der Ausländer ‚böse‘ und deshalb wird geglaubt, dass bei der Sozialisierung alles Negative von den ‚bösen‘ Ausländern kommt, während die heimischen sich mit ‚gut‘ identifizieren.

Die Unsicherheit und Angst gegenüber den Ausländern haben ihren Ursprung nicht nur darin, dass sie ‚Ausländer‘ sind, sondern auch aufgrund der Sorge, dass in Zukunft Gefahren aufkommen könnten. Dementsprechend hat die Ausländerfeindlichkeit, statt mit der Rassentrennung eher mit Ausländern zu tun, die mit Begriffen wie Fundamentalismus, Mafia, Drogenverkauf oder Kriminellen in Verbindung gebracht werden.

Dennoch sind Rassismus und Ausländerfeindlichkeit von gleichen Faktoren geprägt. Der Rassismus führt zu Vorurteilen, Klischee-Gedankengut und Diskriminierung. Auch sind rassistische und ausländerfeindliche Ideen und Einstellungsweisen für manche eine logische Schlussfolgerung, die auf Pauschalisierungen basiert.

Rassismus ist nach der bitteren Erfahrung des 2. Weltkrieges in der internationalen Literatur weitgehend behandelt worden und ist Gegenstand der universellen Rechtswissenschaft. Zuerst hat die UN in der Universalen Menschenrechtserklärung betont, dass jede Person, ohne jegliche Rassentrennung von Recht und Freiheit Gebrauch machen darf.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Die Erklärung der Aufhebung Aller Rassentrennungen der UN vom 20. November 1963 (1904 (XVIII). Entscheidung der Generalversammlung) bringt die Notwendigkeit einer zügigen Aufhebung jeglicher Rassentrennung sowie der Sicherstellung der Bewahrung der menschlichen Würde besteht auf der ganzen Welt zum Ausdruck. Außerdem wurde zwischen dem Vertrag gegen Diskriminierung (Arbeit und Beruf) der Internationalen Arbeitsorganisation im Jahre 1958 und der Bildungs- und Kultugesellschaft der UN von 1960 festgelegt, dass unter dem Vertrag gegen Diskriminierung in der Bildung, sowohl in der Arbeitswelt als auch in dem Bildungswesen die Rassendiskriminierung verboten wird und dagegen Maßnahmen zu ergreifen sind.

Am 21. Dezember 1965 wurde das **Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung** unterschrieben. In diesem Vertrag ist der Begriff „Rassendiskriminierung“ wie folgt definiert: Jede auf den genannten Merkmalen beruhende „Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung“ mit dem Ziel oder der Folge, „dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten oder Grundfreiheiten“ im Bereich des öffentlichen Lebens „vereitelt oder beeinträchtigt“ wird.

Nach der **Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) bzw. Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten**, ist es notwendig, dass jedes Individuum von diesen Rechten und Freiheiten unvoreingenommen und ohne diskriminiert zu werden, profitiert. Außerdem wurden am 4. November 2000 insgesamt 12 Protokolle als Anhang beigefügt, welche das Verbot gegen Rassendiskriminierung betonen und neben den im Vertrag beinhalteten Rechten auch, alle Rechte die in Verbindung mit dem Gesetz anerkannt sind‘ zum Ausdruck bringen.

Sowohl die Vereinten Nationen, der Europäische Ausschuss sowie die Europäische Union erlassen mehrere Entscheidungen, Vorschläge, Mitteilungen, Verordnungen, um Rassismus zu widerstehen. Außerdem sind das Komitee gegen Rassendiskriminierung der Vereinten Nationen und das Europäische Komitee gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) universelle und regionale Mechanismen die ausschließlich Rassismus und Ausländerfeindlichkeit beobachten.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

I.5.2. Gründe für den Anfang und Aufstieg des Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit in Europa

Rassismus ist ein in Europa entstandener Begriff, welcher auf diesem Kontinent auftauchte und sich entwickelte. Außerdem ist es wichtig zu erwähnen, dass Rassismus vor allem in Folge des Kolonialismus entstand.

Um den menschlichen Unterschied zwischen dem Herrscher und den Kolonisten hervorzuheben: der Herrscher legalisierte seine unterdrückende Herrschaft gegenüber den einheimischen Völkern. Demnach war in den Augen der europäischen Kolonialisten die weiße Rasse den Rassen mit dunklerer, gelber oder schwarzer Hautfarbe überlegen

Dementsprechend breiteten sich die europäische Theorie des Rassismus auf der ganzen Welt rapide aus und führte im Ergebnis zu unbeschreiblichen Leid. Auch wenn rassistische Ideologien gelegentlich in den Hintergrund rückten, war es nicht möglich solche ganz aus der Welt zu schaffen. Im Gegenteil ist mit Bedauern zu beobachten, dass Rassismus in letzter Zeit wieder auftaucht. Deswegen ist es notwendig sich mit den Gründen des Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit in der Europäischen Union zu befassen.

I.5.2.1. Gründe für den Anfang und Aufstieg des Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit in der Europäischen Union

Die Europäische Union besteht aus europäischen Ländern, die nach der großen Niederlage des 2. Weltkrieges – Hintergrund des Krieges war wiederum Rassismus – zusammenkamen, um Diskrepanzen aus dem Weg zu räumen, gegen Probleme gemeinsam vorzugehen und die Grenzen zwischen den Nationalstaaten aufzuheben. Gerade hier wird in letzter Zeit immer mehr Rassismus und Ausländerfeindlichkeit an den Tag gelegt. Wenn auch nur teilweise innerhalb der Mitgliedsländer der Europäischen Union finden sich Gründe für diese Ideologie, von der vor allem Nicht-Europäer oder Personen, die nicht westlich sind. Diese sind im Bestreben der Einheitsbewahrung und Gewährleistung der Ausdehnung zu finden sowie, damit einhergehend, in der Globalisierung, Terroranschlägen, Immigration und politischen Debatten als Hauptherausforderungen der Europäischen Union.

Europäische Integration. Durch die Hervorbringung neuer politischer Bereiche und der Expansion mit Aufnahme neuer Mitgliedsländer, ist eine Integration in der EU fortwährend zu beobachten. Die EU, die als Gesamtorgan zielstrebig die Rechte in Europa



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

vereint, ist gleichzeitig Auslöser für eine ächtende Vergangenheit. Einerseits repräsentiert die EU durch ihrer Festigung und Verbreitung eine internationale Dynamik, andererseits bringt sie spezifisch den Bevölkerungsaufbau, innerhalb Nation und Staat und den Wohlstand der Nation und des Staates, zum Stillstand und ist somit Auslöser nationalistischer Gefühlen.

Die Angst, diesen Wohlstand durch Ausbreitung zu teilen und die Entwicklung rechtsextremistischen Züge unter dem Deckmantel dieses Zweifel bildet bei der Integration Europas, wenn auch nur bedingt, eine Grundlage für Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.

Zunehmende Terroranschläge. Der auf die Vereinigten Staaten von Amerika ausgeübte Terroranschlag vom 11. September trug auf nationaler und internationaler Ebene dazu bei, Änderungen in der Sicherheitspolitik einzuführen.

Gleichzeitig wird angenommen, dass dieser Anschlag zu einer noch negativeren Einstellung gegenüber Ausländern führte, da man befürchtete, der Fundamentalismus würde weiter wachsen. Das Attentat wurde von radikal moslemischen Gruppen organisiert. Gemäß Behauptungen wurde es deshalb für notwendig empfunden, Moslems, im Gegensatz zu anderen Migranten, als größeres Problem anzusehen. Die Terroranschläge in Madrid von 2004 und in London von 2005 führten dazu, dass Europa den globalen Terrorismus direkt zu spüren bekam und diese Anschläge als Argument gegen Ausländer verwendete, um ihnen Angst und Zweifel einzujagen.

Massenimmigration. Nach dem 2. Weltkrieg kam es zur Massenimmigration damit Europa wieder aufgebaut werden konnte. Die Immigration führte zur Änderung der Bevölkerungsschichten und steht seitdem in politischen sowie sozialen Bereichen zur Debatte. Die Eigenschaft eine globale Arbeitskraft zu haben und die globalen Krisen, welche zu Zweifel der nationalen Politik führen, zeigt sich vor allem durch die Abgrenzung der Migranten und führt somit zu einer Migranten ausgrenzenden Debatte bezüglich Rassismus und Ausländerfeindlichkeit gegenüber diesen Personen.

Außerdem werden Migranten, die Asylanten oder Flüchtlinge sind, als erste auf der Liste der Abgrenzung geführt, die aus rassistischen Aussagen und Tendenzen stammt. Die Demographie aller Migranten, die auf sozialer Schicht Integrationsprobleme haben, legt den Grundstein des Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit in Europa.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Wirtschaftsprobleme. Im zwanzigsten Jahrhundert hat die sich auf internationaler Ebene entwickelnde Wirtschaft eine Interaktion und gegenseitige Abhängigkeit gebracht.

Die Wirtschaftskrisen haben ihre Wirkung insbesondere bei der reichen westlichen Bevölkerung gezeigt und am meisten die Mittel- und Unterschichten zum Schaden geführt. Ausländer wurden dabei für diese Schäden verantwortlich gemacht. Die Globalisierung auf wirtschaftliche Ebene, welche demographisch die Völker änderte, hatte einen negativen Einfluss auf die Volksschichten und gab dem Rechtsextremismus Möglichkeit zu gedeihen. Dieser trägt, auf national-staatlicher Ebene, immens zur rassistischen und ausländerfeindlichen Ideologien bei, die Ausländer für die Arbeitslosigkeit des heimischen Volkes beschuldigen, Ausländer für die wirtschaftliche Belastung verantwortlich zu machen und dementsprechend das Gefühl zu vermitteln, der Wohlstand des Volkes sei gesunken.

Politische Debatten und Tendenzen. In der neuen Weltordnung und Integration in die EU ist zu beobachten, dass sich Themen der Migration und Sicherheitsmängel negativ auf das Volk auswirken und somit eine Basis für Rassismus und Ausländerfeindlichkeit bereiten.

Allerdings wird diese Basis erst sichtbar durch den Missbrauch jener Ideologien seitens nationaler Politiker als legalisierte Lösungsangebote, anstatt beim Volk diese zu berichtigen.

Obwohl es in den Bereichen Anstellung oder Niederlassung zu offenkundigen Diskriminierungen der rassistischen und ethnischen Wurzeln kommt, werden auf politischer Instanz weder effektive noch umfassende Maßnahmen ergriffen. Die Hauptquelle der gegebenen Probleme führt dazu, dass die Ausländer als „die anderen“ bezeichnet und folglich in einer diskriminierenden Weise unterschieden werden.

Unten werden öffentliche Berichte, die in den EU-Mitgliedsstaaten aus rassistischen Motiven begangenen Straftaten genannt. Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, sind rassistische Straftaten in den EU-Mitgliedsstaaten allgemein angestiegen. In Frankreich wurden gemäß dem Bericht in 2009 (im Gegensatz zu 2008) eine mehr als 100-prozentige Steigerung dieser Straftaten beobachtet. Es ist auffallend, dass England und Wales am meisten Straftaten mit rassistischen Motiven aufführen.

Diesen Ländern folgt, gemäß einem Bericht von einer insgesamt zehnjährigen Periode mit fast 150.000 Straftaten, Deutschland.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Tabelle 2: Tabelle der Straftaten, die aus rassistischen Motiven begangen worden sind, 2000-2009. (Quelle: Agentur der EU für Grundrechte, grundlegende Rechte: Herausforderungen und Erfolge in 2010)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2008-2009 Änderung in Prozent	2000-2009 Änderung in Prozent
Belgien	757 Straftaten	751	727	848	1.021	1.272	1.375	1.304	1.188	1.053	%11.4	%8.5
Tschechische Rep.	364 Straftaten	452	473	335	364	253	248	196	217	265	%22.1	-%6.0
Dänemark	28 Ereignisse	116	68	53	37	87	227	35	175*	306	%74.9	%89.1
Deutschland	-	14.725 Straftaten	12.933	11.576	12.553	15.914	18.142	17.607	20.422	19.468	%4.7	%8.2 2001-2009
Frankreich	903 Meldungen	424	1.317	833	1.574	979	923	723	864	1.841	%113.1	%6.1
Irland	72 Meldungen	42	100	62	84	94	173	214	172	128	%25.6	%27.9
Österreich	450 Beanstandungen	528	465	436	322	406	419	752	835	791	%5.3	%11.3
Polen	215 Straftaten	103	94	111	113	172	150	154	122	109	%10.7	-%1.5
Slowakei	35	40	109	119	79	121	188	155	213	132	%38.0	%31.6
Finnland	495 Straftaten	448	364	522	558	669	748	698	1.163*	448	%19.1	%33.1
Schweden	2.703 Straftaten	2.785	2.391	2.436	2.414	2.383	2.575	2.813	4.826**	4.707	%2.5	%10.3
England & Wales	47.701 Ereignisse	53.121	54.858	49.344	54.157	57.863	60.926	62.071	58.445	55.862	%4.4	%2.2
Schottland			1.699 Übergriffe	2.673	3.097	3.856	4.294	4.474	4.54\$3	4.564	%0.5	%18.1 2002-2009
Nord-Irland							1.006 Ereignisse	1.183	1.044	1.036	-0.8%	-%0.5 2002-2009

* Aufgrund der Änderungen der Ereignisaufzeichnungen sind diese Angaben mit denen aus dem Vorjahr nicht zu vergleichen.

** Aufgrund der Änderungen hassbedingter Straftaten sind diese Angaben mit denen aus dem Vorjahr nicht zu vergleichen.

Die unten aufgeführte Tabelle zeigt Straftaten, die aus rechtsextremen Motiven begangen worden sind. Ab 2010 wurden nur vier europäische Länder öffentlich berichtet. Dabei ist Deutschland an erster Stelle. Man sieht auch eine allgemeine Steigerung dieser Straftaten seit 2001. Somit ist deutlich zu erkennen, dass Deutschland eine große Masse an Personen hat, die rechtsextreme Ideologien haben. Es ist Wert zu erwähnen, dass diese Straftaten vor den organisierten Straftaten kommen.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

*Tabelle 3: Tabelle der Straftaten, die aus rechtsextremistischen Motiven begangen worden sind, 2000-2009.
(Quelle: Agentur der EU für Grundrechte, grundlegende Rechte: Herausforderungen und Erfolge in 2010)*

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2008-2009 Änderung in Prozent	2000-2009 Änderung in Prozent
Österreich	291	301	261	264	189	188	204	280	333	356	%6.9	%1.8
Deutschland	-	10.054	10.902	10.792	12.051	15.361	17.597	17.176	19.894	18.750	% 5.8	%16.6 2001-2009
Frankreich	207	198	179	148	461	419	301	247	129	181	%40.3	%0.1
Schweden	566	392	324	448	306	292	272	387	667*	538	%19.3	%2.3

*Aufgrund der Änderungen der rechtsextremen Straftaten sind diese Angaben mit denen des Vorjahres nicht zu vergleichen.

Die in Deutschland aktive Stiftung Amadeu Antonio gab an, dass nach einer Untersuchung mehrerer Morde, die nach der Wiedervereinigung des Ostens und Westens aus rassistischen Motiven begangen worden sind, sich ihre Anzahl auf 182 beläuft. Gemäß der Stiftung sind unter den Opfern nicht nur Ausländer, sondern auch Polizeibeamte, Sinti und Roma, Obdachlose, Angehörige der Punkbewegung, Rechtsanwälte und Kinder enthalten. Die Angaben des Außenministeriums der Türkischen Republik besagen, dass von dem ersten Opfern in 1988 bis zum heutigen Tag 24 türkischstämmige Personen aus rassistischen Motiven begangenen Morden zum Opfer gefallen sind. Die Morde wurden durch Angriffe und Brandanschläge durchgeführt.

Hier werden einige Beispiele aufgeführt, die in dem ersten Quartal 2012, unter den öffentlichen Einträgen des Außenministeriums der Türkischen Republik erwähnt werden. Diese Einträge, die in einigen europäischen Ländern aus rassistischen und ausländerfeindlichen Motiven ausgeführten Taten gegen türkischstämmige Personen und Bürgerechtsvereine angeben, sind die folgenden:



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Tabelle 4: Beispiele der Anschläge, die aus rassistischen und ausländerfeindlichen Motiven im ersten Quartal 2012 ausgeführt worden sind

	Datum	Land	Stadt	Tat	Fall
1	01.01.2012	Deutschland	Hamburg	Angriff auf eine Moschee	In Hamburg wurde ein Angriff mit Molotowcocktail auf die Zentralmoschee der DITIB ausgeübt. Die Fenster der Stellvertretung der Moschee wurden zerbrochen.
2	03.01.2012	Deutschland	Köln	Angriff auf eine Moschee	An die Wände und gegenüber der Fatih Moschee der DITIB in Düren wurden Beschriftungen von Beschimpfungen gegen Türken vorgenommen.
3	04.01.2012	Deutschland	Frankfurt	Brandanschlag	In Neuhof wurde ein Angriff auf einen türkischen Dönerladen ausgeübt.
4	05.01.2012	Deutschland	Frankfurt	Brandanschlag	Es wurde versucht auf das Depot eines Vereins der Moschee einen Brandanschlag auszuüben.
5	07.01.2012	Deutschland	Frankfurt	Brandanschlag	In Darmstadt wurde auf das Gebäude des türkisch-islamischen Vereins brennendes Material geworfen.
6	12.01.2012	Deutschland	Frankfurt	Drohbrief	In Dietzenbach wurde an die Moschee der DITIB ein beleidigender Brief geschickt. Dieser Brief enthielt die Nachricht 'der Islam gehört nicht zu Deutschland' und eine Ankündigung einer geplanten Versammlung, die gegen den Propheten Mohammed gerichtet ist.
7	11.01.2012	Frankreich	Lyon	Wandparole	Auf die Wand des türkischen Kulturvereins in Montbrison wurde ein Hakenkreuz charakterisiert.
8	12.01.2012	Österreich	Salzburg	Drohung	Vor der Tür einer türkischstämmigen Person wurden sich im eigenen Blut befindende Schweinefüße gefunden.
9	20.01.2012	Bulgarien	Burgaz	Brandanschlag	Auf die Varna Aziziye Moschee wurden Molotowcocktails geschmissen, um diese zu verbrennen.
10	22.01.2012	Deutschland	München	Angriff	Ein polizeilich bekannter 28-jähriger Neonazi beleidigte einen türkischstämmigen Taxifahrer und brach ihm die Nase.
11	06.02.2012	Deutschland	Karlsruhe	Angriff	In einer verkehrsenge Straße hat ein Deutscher gegen das ihn nervende türkische Paar rassistische Beleidigungen ausgesprochen. Gleichzeitig wurde eine andere türkischstämmige Frau geschlagen. Die Frau musste physisch und psychisch behandelt werden.
12	09.02.2012	Deutschland	Berlin	Drohbrief	Eine Gruppe mit dem Namen „Vereinigung Neuer Philosophen“ schickte an zwei Moscheen einen Drohbrief, der die Ausländer aufforderte Deutschland innerhalb von sechs Monaten zu verlassen, oder es würde zur Tat geschritten werden. Der gleiche Brief wurde an eine Moschee in Stuttgart geschickt.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

13	16.02.2012	Griechenland	Komotini	Angriff	In einem Friedhof, der aus der Zeit des Osmanischen Reiches stammt, wurden einige Grabsteine zerbrochen, manche zerstört.
14	16.02.2012	Frankreich	Lyon	Rassistische Parolen	In Bourgneuf wurde eine auf Türken abgesehene Briefkampagne begonnen, die rassistische und ausländerfeindliche Parolen beinhaltet.
15	16.02.2012	Deutschland	Mainz	Drohbrief	An den Verein der Selimiye Moschee der DITIB wurde ein Drohbrief geschickt.
16	18.02.2012	Belgien	Brüssel	Rassistische Propaganda	Beim türkisch-belgischen Sozialverein der Alaaddin Moschee in Charleroi Marchienne-au-Port wurde eine Plastik-Schweinemaske, mit der Inschrift „geht nachhause“ gefunden.
17	20.02.2012	Schweiz	Zürich	Rassistische Parolen	Am 20.02.2012 berichtete die Zeitung 20 Minuten, die eine hohe Auflage hat, in der Hauptschlagzeile, dass die Schweizer Volkspartei in Widen auf ihrer Website gegen Türken und Jugoslawen rassistische Parolen wie „Türkenschweine“, „Dreckige Jugoslawen“ geschrieben hätte. Die Nachricht wurde bestätigt.
18	20.02.2012	Deutschland	Berlin	Angriff	Eine türkischstämmige Person wurde Opfer eines verbalen Angriffes von einem Deutschen. Am Abend des gleichen Tages wurde bei dieser Person (türkischstämmig) eine Hausdurchsuchung seitens der Polizei durchgeführt, mit der Begründung, dass er eine Waffe besitzt. Die Person wurde ohne Anhörung brutal zusammengeschlagen.
19	21.02.2012	Deutschland	Nürnberg	Rassistische Parolen	In Neumarkt wurde auf das Gebäude des Vereins DITIB „Türken Raus“ geschrieben und darunter ein toter Vogel liegen gelassen.
20	21.02.2012	Deutschland	Berlin	Verbaler Angriff	Eine Gruppe der Grundschule E.O. Plauen, die meist aus Kindern mit Migrationshintergrund und einem Türken besteht, wurde während eines Ausfluges in der Trambahn von einem Fahrgast mittleren Alters laut beschimpft. Während der Mann die rassistischen Worte „Man sollte euch alle in die Gaskammern stecken“ die Gruppe beschimpfte, war gleichzeitig eine Frau unter den Fahrgästen, die zustimmende Beleidigungen von sich gab. Von den restlichen Fahrgästen kam keinerlei Reaktion.
21	25.02.2012	Deutschland	Hannover	Angriff	In München wurde von einer sechsköpfigen Gruppe ein Angriff auf einen Dönerladen ausgeführt. Dem Besitzer wurde gedroht, dass er das nächste Mal selber Opfer sei, wenn er bis zum Geburtstag von Hitler, am 20. April, den Laden nicht schließt. Die Person hält nach diesem Angriff aus Angst den Laden seit längerem geschlossen.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

22	28.02.2012	Deutschland	Hannover	Drohbrief	Die Gruppe „Vereinigung Neuer Philosophen“ schickte einen Drohbrief, der zuvor an die Moscheen in Berlin und Stuttgart geschickt wurde. In dem wurden die Ausländer aufgefordert Deutschland innerhalb sechs Monaten zu verlassen oder es würde zur Tat geschritten werden.
23	02.03.2012	Deutschland	Hannover	Rassistische Parolen	An die Wand der Sultan Murad Moschee der DITIB in Bad Essen wurden Hakenkreuze und Nazi-Symbole charakterisiert.
24	07.03.2012	Deutschland	Köln	Angriff	Eine türkischstämmige Person, die auf die Polizeiwache gebracht wurde, machte unerlaubte Aufnahmen. Die Polizeibeamten benutzten unkontrollierte Gewalt und behandelten ihn in einer verächtlichen Weise. Die Person behauptet, dass er so behandelt wurde, weil er Türke sei.
25	08.03.2012	Deutschland	Hannover	Drohbrief	Die Gruppe „Vereinigung Neuer Philosophen“ schickte einen Drohbrief, der zuvor an die Moscheen in Berlin und Stuttgart geschickt wurde. In dem wurden die Ausländer aufgefordert Deutschland innerhalb sechs Monaten zu verlassen oder es würde zur Tat geschritten werden.
26	20.03.2012	Ukraine	Odessa	Angriff	Im Dorf Mirnoye des Bezirkes Akmescit, wurden moslemische Grabstätte zerstört und über neue Gräber mit dem Auto gefahren.
27	22.03.2012	Frankreich	Paris	Drohbrief	An das türkische Generalkonsulat wurde ein Brief mit folgenden Aussagen geschickt: „Der Islam ist die Religion der dreckigen Ausländer.“, „Frankreich ist eine dreckige Juden-Araber Müllhalde.“ und „Tot der Juden-Islam Bedrohung.“
28	23.03.2012	Deutschland	Berlin	Belästigung	Schülern der 9. Klasse des Carl-von-Ossietzky Gymnasiums in Berlin, wo die meisten Schüler Türken sind, wurde ein Ausflug organisiert. Als sie am Ostbahnhof in den Zug einstiegen, beleidigte einer der Gleisarbeiter die Schüler, indem er einem anderen Fahrgast zuschrie: „Hier hast du einen Zug voller Kanaken“. Dies wurde der Polizei mitgeteilt, die allerdings die Personalausweise des Lehrers und der Jugendlichen kontrollierte.
29	27.03.2012	Frankreich	Lyon	Belästigung	Im türkischen Kulturverein in Bourgoin-Jaillieu wurden betende Moslems von der Nachbarbaustelle mit lauten Schreien beschimpft und belästigt.

Abgesehen von den Straftaten, die von zivilen Personen durchgeführt werden, sind in manchen europäischen Ländern auch Sicherheitsbeamte des öffentlichen Diensts dafür verantwortlich, gegen türkische Bürger mit rassistischen und ausländerfeindlichen Motiven eine unglaubliche Gewalt auszuüben und dies auf einer belästigende Weise. In der



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

niederländischen Stadt Beverwijk wurde im Juli 2011 ein 22-jähriger Mann namens İhsan Gürz in einem Imbiss Teil eines Streits. Als er zur Wache geführt wurde, weigerte er sich und wurde somit mit Gewalt dorthin gebracht. Dort kam er ums Leben. Es wird behauptet, dass Gürz in der Wache brutalster Gewalt ausgesetzt wurde und infolge dessen starb. Auf den Fotos, die vor seinem Tod gemacht wurden, wurden die Spuren seines Schicksals festgestellt. Gemäß den Kenntnissen werden die Befragungen bezüglich des Falles sehr langsam durchgeführt.

Im Allgemeinen ist es erschreckend beobachten zu können, dass der Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit in Europa ansteigen. Rechtsextreme Parteien erhalten immer mehr Stimmen und vermehren sich. Dies ist bei den letzten Wahlen und Wahlkampagnen zu erkennen:

Tabelle 5: Die Tabelle zeigt die Durchschnittswerte der Wahlen in den europäischen Ländern an, die einen Anstieg beim Rechtsextremismus aufweisen

<i>Land</i>	<i>Partei</i>	<i>Durchschnittswerte der letzten Wahlen</i>
Schweiz	<i>Schweizer Volkspartei</i>	%29
Norwegen	<i>Fortschrittspartei</i>	%29
Finnland	<i>Die Wahren Finnen</i>	%19
Frankreich	<i>Nationale Front</i>	%18 (Dieser Durchschnittswert ist von der Präsidentschaftswahl.)
Österreich	<i>Freiheitliche Partei Österreichs</i>	%17,5
Ungarn	<i>Jobbik, Bewegung für ein besseres Ungarn</i>	%17
Niederlande	<i>Partei für die Freiheit</i>	%15
Dänemark	<i>Volkspartei Dänemark</i>	%12,3
Griechenland	<i>Goldene Morgendämmerung</i>	%7

Tabelle 6: Rechtsextremistische Parteien in einigen europäischen Ländern

Österreich	<i>Freiheitliche Partei Österreichs</i>	Bei den Wahlen in 1999 erhielt die Partei 27% Stimmen und stieg somit an die Spitze. In 2008 erhöhte sie bei den Wahlen, im Gegensatz zu den letzten Wahlen, den Durchschnittswert und kam somit auf 17,5% Stimmen. Die Drittgrößte Partei AÖP wurde in der letzten Bewertung als erste Partei angesehen. Die Partei ist für ihre Neonazi Debatten bekannt, und rückt die Ausländerfeindlichkeit und den Islamwiderstand weiterhin in den Vordergrund.
-------------------	---	--



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Dänemark	<i>Volkspartei Dänemark</i>	Die Volkspartei Dänemark, welche bei den Wahlen von 2011 430.000 Stimmen erhielt und somit einen Wert von 12,3% Stimmen erreichte, ist als rechtsextremistische Partei bekannt. Die sich offen zur Ausländerfeindlichkeit bekennende Partei, geht gegen Völker aus verschiedenen Kulturen vor und fordert, dass Ausländer sich assimilieren müssen.
Finnland	<i>Die Wahren Finnen</i>	Die wahren Finnen erhielten bei den Wahlen in 2011 19% Stimmen und wuchsen somit zur größten Partei des Landes. Als Opposition gegen die Europäische Union führt die Partei eine harte Politik gegen Migranten durch.
Frankreich	<i>Nationale Front</i>	Diese Partei, die von Jean-Marie Le Pen gegründet wurde, war bis 1986 im Parlament. Allerdings wurde sie seitdem gesperrt und vom Parlament ausgeschlossen. Die Hauptpolitik der Partei ist die Migrantenfeindlichkeit. Deshalb wurde Le Pen wegen rassistischen Debatten öfter bestraft. In den letzten Jahren hat die Partei Debatten über die „Islamfeindlichkeit“ geführt. Die Tochter von Jean-Marie Le Pen und neue Parteivorsitzende Marine Le Pen, hat am 22. April 2012 im ersten Jahr ihres Amtes, bei den französischen Präsidentschaftswahlen mit 6 Millionen Stimmen 18% erreicht und somit den dritten Platz belegt. In den Allgemeinen Wahlen, 2007, lag der Durchschnittswert der Partei bei 4,3%.
Niederlande	<i>Partei für die Freiheit</i>	Unter dem Vorsitz des rechtsextremistischen Geert Wilders, rückt die Partei für die Freiheit Debatten der Islam-, Türkei- und Ausländerfeindlichkeit in den Vordergrund. Bei den Wahlen in 2006 erhielt die Partei 6% Stimmen, bei den Wahlen in 2010 15%. Mit diesem Wert und somit 1,5 Millionen Stimmen, wurden sie die drittgrößte Partei.
Schweiz	<i>Schweizer Volkspartei</i>	Die Partei nahm bei den letzten Wahlen, mit den Wert von 29% Stimmen, den ersten Platz ein und ist in der Schweizer Geschichte die Partei, die am meisten Stimmen erreichte. Die Partei, welche gegen Ausländer gerichtete strenge Vorkehrungen rechtfertigt, hat im Jahre 2009 ein Minarette-Verbot angefertigt. Die Partei geht gegen die Strafbarkeit des Rassismus im Land vor und verteidigt vehement, dass der Ausschuss für den Kampf gegen Rassismus aufgehoben werde.
Ungarn	<i>Jobbik, Bewegung für ein besseres Ungarn</i>	Die Partei ist wegen ihre Debatten und Parteimitglieder bekannt für ihre Sinti und Roma- sowie Homosexuellenfeindlichkeit. Der Durchschnittswert der erhaltenen Stimmen waren in 2006 2%, während sich in 2010 bei den Allgemeinen Wahlen diese Zahl auf 17% erhöhte. Im Land ist sie die drittgrößte Partei.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Norwegen	<i>Fortschrittspartei</i>	Die im Land zweitgrößte Fortschrittspartei hat einen Durchschnittswert von 29%. Die Politik der Partei besteht aus den Forderungen, strengere Maßnahmen gegen ausländische Flüchtlinge zu ergreifen und Einschränkungen für die Einreise der Ausländer-Familien zu regeln.
Griechenland	<i>Goldene Morgendämmerung</i>	<p>In den Parlamenten der europäischen Länder ist die Partei Goldene Morgendämmerung als die rechtsextremistischste Partei bekannt, welche als Neonazis und Faschisten beschrieben werden.</p> <p>Es wurde beobachtet, dass die Parteimitglieder von zeitweise gegen Migranten und ethnische Gruppen gewalttätige Kampagnen durchführten. Das Symbol der Partei erinnert an das Nazi-Symbol. Die Partei hat bei den Wahlen, die im Mai 2012 stattfanden, aufgrund der Wirtschaftskrise 7% Stimmen erhalten und mit 21 Sitzen das erste Mal das Recht erhalten, ins Parlament einzuziehen.</p>

I.5.3. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland

Deutschland wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts auf internationaler Ebene eine starke Nation und somit im 1. Weltkrieg eine der wichtigsten Parteien. Nach der Kriegsniederlage Deutschlands, wurde der Versailler Vertrag geschlossen, um Deutschland wieder aufzuhelfen, nicht ihre Niederlage zu verkünden.

Die Kosten des Krieges, die heftigen Urteile des Versailler Vertrages sowie die Wirtschaftskrise in 1929 führten zu Spannungen in der Wirtschaftswelt. Dem folgten der Anfang und die Entwicklung der Nazi-Ideologie von Adolf Hitler, aus Angst der Verbreitung des Kommunismus in Deutschland. Der Nazismus verbreitete sich sehr schnell und hatte Rassismus als Grundlage: die Überlegenheit der deutschen Rasse gegenüber Nicht-Ariern, insbesondere Juden, Sinti und Roma und ein, in Hinsicht der Rassen homogenisiertes Volk. Diese Ideologie sah andere Rassen als niederwertig an, vor allem führte dies zum Juden-Hass. Mit der Idee, dass Deutschland der Wirtschaftskrise vereint entkommen kann, wurde Adolf Hitler im Jahre 1933 zum Bundespräsidenten gekürt und mit dieser Staatsführung für die Verbreitung des Nazismus im Lande verantwortlich. Hitlers Rassenüberlegenheitsidee anerkannte den Versailler Vertrag nicht, weitete die Militärstrategie aus, sollte zum wirtschaftlichen Aufschwung führen und flößte somit dem deutschen Volk Hoffnung und Vertrauen ein.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Die Rassenpolitik Hitlers führte dazu, dass sich vorerst die deutsche Rasse im Staat vereinen sollte. Nach den Schritten Österreich einzugliedern und Gebiete der Tschechischen Republik, in denen die Mehrheit Deutsche waren, einzunehmen, rief Deutschland einen neuen Weltkrieg hervor, um an der Spitze zu bleiben. Während des Krieges wurden Millionen Juden und Sinti und Roma, die in Deutschland lebten, aus lediglich rassistischen Gründen umgebracht. Der Krieg, welcher auf Deutschlands rechtsextremistischer Politik basierte, führte zu insgesamt 50 bis 70 Millionen Todesopfern weltweit.

Nach der Niederlage und Auflösung von Nazi-Deutschland, versuchte das neu gegründete Deutschland (West-Deutschland) alle Spuren des Nazismus zu beseitigen. Damit der Rechtsextremismus nicht an die Macht kommen kann, wurde zuerst ein Grundgesetz erlassen. Die führenden Nazis wurden in den Nürnberger Urteilen vor Gericht zum Tode verurteilt. Die Verbreitung des Nazismus wurde verboten und der Massenmord an den Juden als Genozid akzeptiert, seine Verleumdung als Straftat betrachtet. Deutschland, welches nach der Diktatur wieder eine demokratische Regierung einführte, versuchte auf rechtllichem Wege auf verschiedener Weise gegen Rassismus, die Ursache des erfahrenen großen Leides im Land und der ganzen Welt, vorzugehen.

Allerdings konnte die Basis des Nazismus nicht beseitigt werden, obwohl diverse Maßnahmen ergriffen wurden.

In der Nachkriegszeit kam es in West-Deutschland zur Wiedergeburt der rechtsextremistischen Politik. Kurz nach dem Krieg wurden Nationalsozialistische Parteien verboten, allerdings, durch die Änderungen des Gesetzes, wurden manch rassistische Neonazi-Parteien gegründet (Sozialistische Reichspartei sowie Deutsche Reichspartei). Diese Parteien erhielten im ersten Bundestag der Nachkriegszeit den Durchschnittswert von 5% der Stimmen. Zwischen den Jahren 1949 und 1952 repräsentierten andere rechtsextremistische Parteien die Bundes- und Landtage. Deren Unterstützung sank jedoch mit der Zeit: 1949 lag das Wahlpotential bei 1 Million, 1961 sank dieses auf 290.000. 1952 wurde die rechtsextremistische Partei "Sozialistische Reichspartei" mit einem Beschluss des Verfassungsgerichtes verboten. Außerdem wurden im Jahre 1953 Verbote gegen den Rechtsextremismus ausgesprochen, wenn bei den Wahlen 5% überschritten wurde.

Im Jahre 1964 fasste der Rechtsextremismus, mit der Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), erneut Fuß. Bei den Wahlen von 1969



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

unterstrich sie einen Erfolg von durchschnittlich 4,3% Stimmen, konnte aber diesen Erfolg nicht fortführen. Die NPD erreichte mit ihren nationalistischen Kampagnen sowohl rechte, als auch linke Parteien. Die NPD wollte ihre Stimmen erhöhen und begann deswegen Neonazi-Vereine zusammenzulegen. Schließlich nahm Ende der 1990er die Mitgliederanzahl der Neonazi-Vereine ab, während die NPD-Mitglieder zunahm. Auch wenn auf nationaler Ebene es für die NPD verboten ist, in den Bundestag einzutreten, nimmt die Anzahl der Sitze auf lokaler Ebene weiterhin zu. Bei den sächsischen Landtagswahlen in 2004 erzielte sie 9,2% Stimmen. Gegenwärtig sind in zwei Landtagen (Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern) Abgeordnete der NPD vertreten.

Der Rechtsextremismus existiert auch außerhalb der NPD kontinuierlich weiter. 1983 wurde die Partei "Republikaner" gegründet und war in den Regionalräten erfolgreich vertreten. Bei den Wahlen in West Berlin erreichten die Stimmen einen Wert von 7,5%. Nach den 1990er Jahren wuchs die Partei fortwährend. In Baden-Württemberg erhielt die Partei mit 10,9% Stimmen das erste Mal das Recht, in einem Landtag einzuziehen. Eine andere unter rechtsextremen Flügel gegründete Partei war Anfang der 1970er die "Deutsche Volksunion" (DVU). Bei den Wahlen in Schleswig-Holstein des Jahres 1992, erhielt die Partei mit großem Erfolg einen Durchschnittswert von 6,3% Stimmen. 2011 wurde die Partei mit der NPD vereint.

Auch wenn diese Parteien im Einzelnen nicht effektiv sind, haben sie dennoch einen Effekt auf die Hauptparteien Deutschlands bezüglich der geführten Politik und Debatten. Es ist beachtenswert, dass die Hauptparteien versuchen den Weg der rechtsextremistischen Parteien abzuschneiden indem sie deren Debatten in ihre eigene einfügen. Die sich im rechtsextremistischen Flügel befindende stärkste Kraft besteht aus der Union der NPD und DVU. Diese Union führte bei den Bundestagswahlen in 2009 zu 1,5% Stimmen. Der mäßige Durchschnittswert der Stimmen bei den Allgemeinen Wahlen, hat bei der allgemeinen Strategie in den lokalen Parlamenten keinen Einfluss. Somit wird die Union der NPD und DVU durch die Unterstützung der jungen Wähler stärker und nimmt an Sitzen zu. Mit dem Slogan "Krieg, um am Leben zu bleiben", machte die Partei eine öffentliche Bekanntmachung, dass sie Debatten gegen den Islam in Europa, die zur Globalisierung und multikulturellen Bevölkerung führen werde. Die NPD zählt gegenwärtig mehr als 7.000 Mitglieder. Im Jahre 2003 kam es zu einem Gerichtsfall, in dem die Bundesrepublik



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Deutschland die NPD stilllegen wollte. Obwohl die deutsche Regierung dies über den Bundes- und Landesrat beim Bundesverfassungsgericht beantragte, wurde der Gerichtsfall abgebrochen. Es stellte sich nämlich heraus, dass die eingeladenen Zeugen der NPD Geheimagenten sind. Dies machte die Zeugenaussage ungültig und begründete somit diese Einstellungsweise. Zuletzt wurden im Zeitraum 2000 – 2006 neun ausländisch stämmige Bürger aus rassistischen Motiven von Neonazis umgebracht. Als in diesen Begebenheiten festgestellt wurde, dass NPD-Mitglieder in diesen Morden eine Rolle spielten, wurde aufgrund des Umfangs, den rechtsextremistischen Terrorismus der NPD-Verwicklung auf den Knopf gedrückt, um die Partei zu schließen.

Der Aufstieg des Rechtsextremismus in Deutschland wird sowohl von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen als auch durch die Europäische Union und Sichtweise auf Migranten erklärbar. Im Gegensatz zu anderen Ländern in Europa, ist Deutschland wegen seiner Nazi-Vergangenheit bis heute ein von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit geprägtes Volk. Es sind jedoch bestimmte Hauptgründe gegeben, warum seit dem Jahr 2000 diese Ideologien zunehmend Zulauf finden. Einer dieser angeblichen Gründe ist der Terroranschlag vom 11. September 2001. Seitdem ist eine feindselige Haltung Westens gegenüber dem Islam zu spüren. Gleich nach dem 11. September wurden in London und Madrid Terroranschläge ausgeführt. Als herauskam, dass sich die Terroristenorganisationen und deren Mitglieder in vielen Ländern der westlichen Welt befinden, brachte dies ein Angstgefühl gegenüber Ausländern und vor allem Moslems mit sich.

Dieses Gefühl schlug dann in tatsächlich ausgeführte physische und psychische Anschläge um. Der Gedanke, dass seit der Ausbreitung des Islam das europäisch ‚kultivierte und fortgeschrittene‘ Volk und dessen Wohlstand zurückgedrängt wird, fing an sich zu verbreiten. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit haben sich aus folgenden Gründen verbreitet: Politiker erwähnten, dass die ‚Multikultur‘ den Bankrott erfahren habe; feindselige Debatten gegen Ausländer wurden benutzt, um bei den Wahlen mehr Stimmen zu erhalten. Aufgrund der Interdependenz der internationalen Märkte kam es zu Wirtschaftskrisen, die zu mehr Arbeitslosigkeit führten. Den Wohlstand nun mit Migranten zu teilen war daher ein unangenehmer Gedanke. Deshalb sah man Migranten als Rivalen an und nahm an, dass die Migranten ihren Lebensunterhalt mit den Steuergeldern des Staates bestritten. Diese und ähnliche Sichtweisen waren in der Verbreitung solchen Gedankenguts führend.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Die Gründe, warum das Interesse gegenüber den Rechtsextremismus gestiegen ist, sind wie folgt: Der Unterschied zwischen dem Islam und dem Christentum wird nicht als Gewinn angesehen, sondern als Disharmonie; der Gedanke des Dschihad (Heiliger Krieg) in der islamischen Religion wird falsch verstanden; bei den moslemischen Migranten, vor allem Türken, will man nur die schlechten Beispiele sehen; in den Medien werden Probleme bezüglich Migration und Migranten fortlaufend in den Mittelpunkt der Diskussionen gedrängt; der Glaube an die Demokratie nimmt ab, da die Rechte und Freiheiten allen Bürgern, einschließlich Ausländer, gewährt werden.

Die in 1980er Jahren in Deutschland vorangetriebene Modernisierung hat im Ergebnis zu einem Wohlstand der 2/3 der Gesellschaft. Der restliche Teil von 1/3 des Volkes bestand aus schlechtbezahlten Arbeitern, Staffellarbeitern, Hilfsarbeitern, Jugendlichen und von langjährigen arbeitslosen Personen. Die verschiedenen Wirtschaftskrisen führten zu einem großen Anstieg der Arbeitslosenquote. Es ist nicht falsch zu sagen, dass sich unter diesen Personen vor allem Menschen befinden, die wirtschaftlich keine sichere Zukunft sahen, zum Rechtsextremismus mehr geneigt waren und vor allem in gewalttätige Ausländerfeindlichkeit verwickelt wurden. Deshalb können ausländerstämmige, die sich Arbeitsmöglichkeit geschaffen haben, zum Zielkreis dieser Gruppen gehören.

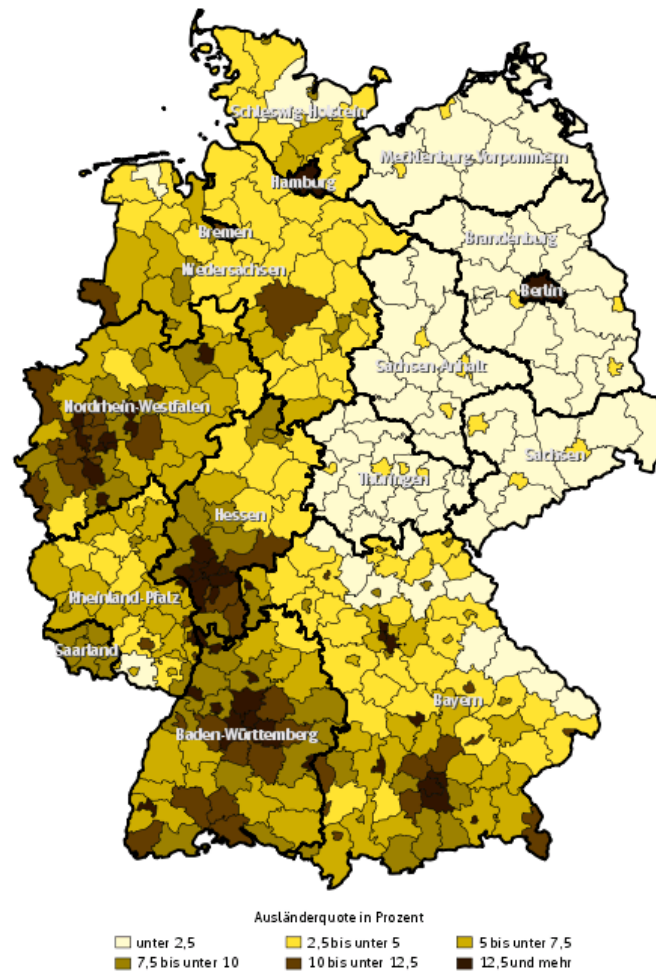
In Deutschland leben in der Gesamtbevölkerung 16 Millionen Menschen (19%), die mindestens einen Elternteil haben, der seine Wurzeln in einem anderen Land hat. Andererseits beläuft sich die Zahl der sich im Land befindenden ausländischen Staatsangehörigen (Stand 31.12.2011) auf 7.369.909. Innerhalb dieser Zahl besteht die größte Bevölkerung aus den Türken. Nach der Türkei kommen (Bürger von) Italien, Polen, Serbien-Montenegro-Kosova, Griechenland, Kroatien und der Russischen Föderation. Mit der heutigen und alten Staatsangehörigkeit sind unter den Migranten die Türken, inklusive derjenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, wieder an erster Stelle. Den türkischstämmigen folgen (Bürger von) Polen, der Russischen Föderation, Italien, Rumänien und Griechenland. Ein Blick auf die Länder zeigt, dass Bremen mit 26,3%, Hamburg mit 26,3% und Baden-Württemberg mit 25,5% die Länder mit höchsten Migrantenanteilen sind. Nach der Wiedervereinigung von Ost und West gab es, im Gegensatz zu den Bundesländern im Westen und Süden, in den neuen Bundesländern (Bundesländer im Osten) eine niedrigere Quote von Einwohnern, die Migranten sind. Auf der unten aufgeführten Landeskarte wird jeweils die



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Quote der ausländischen Staatsangehörigen gezeigt, die in den einzelnen Regionen Deutschlands leben:

Tabelle 7 : Die verhältnismäßige Verteilung der Ausländer gemäß den Regionen in Deutschland, Stand 31.12.2011



Quelle: Statistisches Bundesamt, www.destatis.de

Der Aufbau mancher Städte weist auf, dass die Einwohnerzahl der Migranten mehr als 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Die Einwohnerzahl in München besteht zum Beispiel zu 35% und in Nürnberg zu 38,3% aus Personen mit Migrationshintergrund. In Dortmund beträgt die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund 30,8%. In vielen Städten sind mehr als 55% der Einwohner unter 6 Jahren Kinder mit Migrationshintergrund. Beispielsweise liegt in Frankfurt die Quote der unter sechs-jährigen Kinder mit Migrationshintergrund bei 67,5%.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Laut einer 1992 durchgeführten Nachforschung, wurde herausgestellt, dass 51% der Ostdeutschen und 60% der Westdeutschen wollen, dass die Ausländer in ihre ‚Ursprungsländer‘ zurückkehren. Im selben Jahr wurde in einer anderen Nachforschung festgestellt, dass 37% der Deutschen, aufgrund des ‚Ausländerproblems‘, Sympathie gegenüber rechtsextremistischen Parteien bekunden. Somit stiegen die Gewalttaten gegen Ausländer zwischen den Jahren 1990 und 1992 von 309 auf 2.639 an.

Gemäß den Angaben des Deutschen Bundesverfassungsschutzes, wurden in Deutschland im Jahre 2007 31.000 Mitglieder, im Jahre 2008 30.000 Mitglieder, im Jahre 2009 26.000 Mitglieder und im Jahre 2010 25.000 Mitglieder in rechtsextremistischen Gruppen geführt. Dieser Fall zeigt, dass rechtsextremistische Parteien sich verkleinerten und die unteren Kulturschichten der Rechtsextremisten ebenfalls weniger wurden. Andererseits werden Zunahmen in Neonazi-Gruppierungen festgestellt: während diese sich in 2006 auf 4.200, in 2007 auf 4.400 und in 2009 auf 5.000 vermehrten, war diese Zunahme in 2010 auf 5.600 gestiegen. Im Jahre 2009, im Gegensatz zum Vorjahr, nahmen mit 238 rechtsextremistischen Demonstrationen diese um 50% zu. Im Jahre 2010 erhöhte sich die Zahl auf 240.

In Deutschland wurden im Durchschnitt in 2009, 18.750 und in 2010, 15.905 aus rechtsextremistischen Motiven begangene Straftaten festgehalten. Davon waren 762 gewalttätige Straftaten. Gewalttätige Straftaten aus rechtsextremistischen Gründen, machten 4,8% aller rechtsextremistischen Straftaten aus. Alle aus rechtsextremistischen Motiven begangenen Straftaten beinhalteten 80,6% illegale Propagandaaktivitäten (2010: 11.384; 2009: 13.280) sowie Hassgehetze und Gewalttaten gegen einzelne Personen oder Gruppen (2010: 1.433; 2009: 1.997).

Nach Angaben des Ministeriums, besagt die Erwiderung der Linken Partei auf die Anfrage des Bundesinnenministeriums, dass in den durchgeführten Durchsuchungen, zwischen 2009 und 2011, 811 Waffen beschlagnahmt worden sind. Unter diesen befanden sich 15 Schusswaffen, 16 Langrohrgewehre und 8 schwere Waffen. Außerdem wurden 40 Geräte mit Sprengstoffvorrichtung, 331 Stichwaffen, 210 Gaspistolen und Tränengassprays gefunden.

Zu den Beispielen der Straftaten aus rechtsextremistischen Motiven in den



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Bundesländern: in Deutschlands größtem Bundesland Nordrhein-Westfalen, mit über 17 Millionen Einwohnern und fast 2 Millionen Ausländern, wurden im Jahre 2011 insgesamt 3.015 Straftaten aus rechtsextremistischen Motiven festgestellt. Innerhalb dieser Fälle wurden bei 190 Straftaten Gewalt angewandt. Die Details der ausgeführten Straftaten in den jeweiligen Quartalen sind wie folgt:

Tabelle 8: Die Erwiderung der Abgeordneten Verena Schaffer (Bündnis 90/Grüne) auf den vom 12. Januar 2012 gestellten Antrag der Landesregierung Nordrhein-Westfalens.

Straftat	2011/Periode			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Mord	0	0	0	0
Brandanschlag	1	0	2	0
Bombenanschlag	0	0	0	0
Landesfriedensbruch	2	1	0	2
Gefährdung der Medienfreiheit	0	0	0	0
Anschlag	34	42	44	49
Widerstandsleistung	2	1	3	4
Raubüberfall	0	2	0	1
Erpressung	0	0	0	0
Freiheitsbegrenzung	0	0	0	0
sexuelle Übergriffe	0	0	0	0
Bedrohung/Missbrauch	5	10	8	8
Vandalismus	56	57	127	53
Verletzung der Artikel 86 und 86a des Strafgesetzes ²	461	515	507	491
Volksverhetzung	69	109	70	70
Landfriedensbruch	0	2	1	2
Erniedrigung	30	37	42	25
Verstoß gegen das Vereinsgesetz	0	0	0	0
Verstoß gegen das Gesetz über Versammlung und Demonstration	7	8	17	6
Andere	5	9	14	4
Gesamtstraftaten	672	793	835	715

² Das deutsche Strafgesetzbuch regelt im Paragraph 86 Sanktionen gegen das Verbreiten Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, in Paragraph 86a werden Sanktionen gegen Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen geregelt.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Im selben Bundesland wurden in 2011, bei den aufgezählten Straftaten 156 Verdächtige festgenommen. Bei Aufteilung dieser in Geschlecht und Alter sind am meisten 18 – 25-jährige männliche Personen in diese Taten involviert. Aufgrund der aus rechtstremistischen Motiven ausgeführten Straftaten, wurden in 2011, 3.627 Ermittlungen durchgeführt. Die Anzahl der öffentlichen Anklagen lag bei 774. Während 392 Gerichtsverhandlungen durchgeführt beziehungsweise in Gang gesetzt wurden, sind 2.905 Ermittlungen eingestellt worden.

Insbesondere waren die Türken, als die ausländische Personengruppe mit dem höchsten Anteil in Deutschland, von Brandanschlägen, bewaffneten beziehungsweise unbewaffneten Angriffen, Anschlägen, Drohbriefen oder ähnlichen Gewaltakten und Bedrohungen betroffen. Einige Beispiele sind wie folgt:

Am 17. Dezember 1988 wurde durch Neonazis in der Stadt Nürnberg, auf die Wohnung einer türkischen Familie ein Brandanschlag ausgeübt. Dabei verloren Osman, Fatma und Mehmet der Familie Can ihr Leben. Der Täter wurde zu einer 12-jährigen Haftstrafe verurteilt.

In der Stadt Solingen wurden am 29. Mai 1993 eine junge türkischstämmige Familie Opfer von Rechtsextremen. Dabei wurde ihre Wohnung in Brand gesetzt. Bei diesem Anschlag kamen Saime, Hülya sowie Hatice Genç, Gülistan Öztürk und Gülsüm İnce, von denen zwei Kinder waren, ums Leben. 14 weitere Personen wurden dabei zusätzlich verletzt. Wie sich herausstellte, wurden die Täter, im Alter von 16 und 23 Jahren, mit Neonazi-Organisationen in Verbindung gebracht. Die Täter wurden gerichtlich mit Rassismus und Ausländerfeindlichkeit beschuldigt und gemäß Jugendgesetzes zu 10 bis 15 Jahren Haft verurteilt. Im Gedenken des Falles wurde in Solingen ein Denkmal gesetzt und jedes Jahr, am 29. Mai, wird eine Gedenkfeier organisiert.

Am 30. April 1994 wurden in Nippes, Stadtteil Köln, der Klassenraum einer Schule, in dem Förderunterricht für türkische Schüler stattfindet, zerstört, türkische Bücher und Flaggen zerrissen, die Bilder Atatürks zerrissen, die Unterrichtsmaterialien zerstört und an die Wände Hakenkreuze charakterisiert.

Am 9. Juni 2004 wurde durch die Neonazi-Organisation Untergrund der Nationalsozialisten in der Keup Straße, die in Köln-Mülheim von Geschäften überwiegend



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

türkischstämmiger Händlern geprägt ist, ein Bombenanschlag durchgeführt. Bei diesem Anschlag wurde eine Person schwer-, 22 Personen verletzt.

Am 20. März 2008 wurden an die Wand der DITIB Moschee in Idstein Neonazi Symbole und rassistische Slogans charakterisiert. Im Jahre 2010 wurden in der Martyrer Moschee, der größten Moschee in Berlin, vier Brandanschläge durchgeführt. Ein Teil der Moschee wurde schwer beschädigt.

Am 8. Dezember 2011 wurden eine sich zu Besuch befindende türkischstämmige Person, ihr Kind und ihre Schwiegermutter von einem 25- bis 26-jährigen Deutschen mit Kraftausdrücken und Beleidigungen provoziert. Der Provokateur nahm ein Messer aus seiner Tasche und drohte mit folgenden Worten: „Wir werden alle Türken köpfen. Und eure Kinder auch.“

Diese Fälle sind nur einige hunderter Verletzungen, Anschläge, Waffenangriffe, Brandanschläge und Bedrohungen. In den Nachbarschaften, in denen Türken leben, ist es immer noch möglich solche Ereignisse zu sehen. Im Zeitraum 2000 – 2006 stellte sich heraus, dass es zu sehr vielen gewalttätigen Neonazi-Serienmorden kam. Diese Ereignisse werden von der Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit und den höchsten Bundesbehörden verurteilt. In einem der vorher erwähnten Unterpunkte sind diese Beispiele ersichtlich. Mit großem Bedauern ist zu beobachten, dass nach der Enthüllung der Mörder, Angriffe und Demonstrationen gegen Türken und Moslems seitens rassistischer Gruppierungen zunehmen.

Die Anzeichen des Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit in Deutschland zeigt sich in jedem Lebensbereich. Einer der Bereiche sind vorerst die Bildungs- und Arbeitswelt. Die oben genannten Punkte bezüglich Bildung und Arbeitswelt zeigen auf welche Weise türkischstämmige Personen unter Rassendiskriminierung leiden. Die rassistischen und ausländerfeindlichen Taten werden nicht nur Wort-wörtlich ausgeführt, sondern sind auch in den Bereichen wie Musik, Literatur und Presse zu finden.

Die Musikgruppe „Gigi and the Brown Town Musicians“ hat in 2009 ein Album veröffentlicht und lobte in dem Lied „Döner-Morde“ die Morde an 8 Türken und einem Griechen. Der rassistische und hässliche Text beinhaltete folgende Strophe: *„Der Dönermörder töte 9-mal in einer skrupellosen Weise, seine Begierde ist jedoch nicht gestillt, die Beobachter wollen einen neuen Mord ... Der Angst und Terror wird den Döner besiegen,*



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

der Döner wird in ihren Hälsen stecken bleiben, da 9 nicht reichen.”³ Im selben Album wurde in dem Lied „Bis nach Istanbul” verlangt, dass alle Türken zurückkehren sollten.

Thilo Sarrazin, Parteimitglied der SPD, veröffentlichte während seiner Amtszeit im Vorsitz der Deutschen Bundesbank (in 2010) das Buch „Deutschland schafft sich ab”. Dort werden Ausländer offenkundig verabscheut und die Ausländerfeindlichkeit angeheizt. Sarrazin behauptet in seinem Buch folgendes: während chinesische, russische, vietnamesische oder polnische Migranten, die in Deutschland leben, keine Schwierigkeiten haben sich anzupassen und das Land zu bereichern, läge das eigentliche Problem bei den Moslems, die sich zunehmend vermehren und dennoch in der Bildung und der Arbeitswelt im Gegensatz zu den Deutschen weniger Repräsentant sind. Die moslemischen Migranten können gegen das Problem der demographischen Entwicklung im Land keine große Rolle in der Lösung spielen, stattdessen seien sie für wirtschaftliche und soziale Probleme verantwortlich. Die demografische Entwicklung führe zur Vernichtung des deutschen Volkes.

Neben Deutschland würden auch in anderen West- und Südländern Europas ähnliche Probleme bezüglich Moslems an den Tag gelegt. Die Schwierigkeit der Moslems in die Arbeitswelt hineinzukommen und an der Bildungswelt teilzunehmen führe zur Entwicklung einer Parallelgesellschaft. Die Anzahl der Moslems in den Straf- und Terrorakten nehme zu. Es führe zur Sorge, dass in Europa die moslemischen Minderheiten schnell wachsen. „In keiner anderen Religion wie dem Islam ist es so einfach, zu Gewalttaten und zum Terrorismus überzugehen“. Das Kopftuch wäre die wehende Flagge einer zurückgebliebenen Ideologie. Noch schlimmer ist, dass das Buch mit einer Auflage von über einer Million zum Bestseller wurde. Das Buch und dessen Inhalt wurden wochenlang in den Medien diskutiert.

Ein anderer erwähnenswerter Fall, der die Einstellung Deutschlands gegenüber Migranten zeigt ist, dass es dem am 18. November 1990 zur Unterzeichnung freigegebenen „Beschluss des internationalen Rechtsschutzes aller Migranten-Arbeiter und derer Familienangehörigen” immer noch nicht zugestimmt hat.

Gleichzeitig zeigt die deutsche Polizei gegenüber Ausländern fortwährend eine rassistische und ausländerfeindliche Einstellung. In der Presse wird erwähnt, dass Drohbriefe, die an türkischstämmige Personen geschickt werden nicht weiterverfolgt werden. Diese

³ <http://www.internethaber.com/>



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Personen erwähnten, dass die Polizei nicht einmal Anzeigen bezüglich der Drohbrieфе aufnahme, diese Fälle somit als unwichtig betrachten. Beispielsweise, hatte Mehmet Şimşek, Besitzer einer Marktkette, einen Drohbrief erhalten und wollte eine Anzeige bei der Polizei machen. Diese erwiderte: „Keine Angst, die können gar nichts machen. Es ist nur ein Blatt Papier. Es macht auch keinen Sinn Verdächtige einzusperren. Nach einer bestimmten Zeit schmeißen wir den Brief weg.“ Am 20. Februar 2012 wurde in der Wohnung des türkischstämmigen deutschen Staatsangehörigen Halil Benli Baştaş, aufgrund einer Falschanzeige, eine Hausdurchsuchung wegen Waffenbesitz durchgeführt. Ohne jegliche Vernehmung, wurde er in der Nacht von einer Spezialeinheit heimgesucht, auf brutalster Weise zusammengeschlagen, medizinisch nicht versorgt und ihm wurde untersagt, am Telefon Türkisch zu sprechen.

II. NEONAZI-SERIENMORDE IM ZEITRAUM 2000 – 2006

II.1. Chronologie der Morde

Im Zeitraum 2000 – 2006 sind in sechs Städten Deutschlands, acht türkisch- und eine griechisch stämmige Personen jeweils mit Kopfschüssen umgebracht worden. In allen Morden wurden Schalldämpfer und eine Waffe des Typs Ceska 83 benutzt. Das gemeinsame Merkmal der Opfer war, dass sie Kleinhändler (oder so vermutete Kleinhändler) waren. Hauptmerkmale der auf professionelle Weise durchgeführten Mordserie sind Gebrauch von Schalldämpfern, das Fehlen von Patronenhülsen an einigen Tatorten, die Auswahl von Tatzeitpunkten, zu denen keine Zeugen hierfür anwesend waren und das spurlose Hinterlassen der Tatorte.

Die Mordserie fing im Jahre 2000 in Nürnberg, mit der Ermordung von Enver Şimşek an und endete im Jahre 2006 in Kassel, mit der Ermordung von Halit Yozgat. Gemäß der Chronologie wurden die Morde auf folgende Weise ausgeführt:



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Tabelle 9: Die, gegen Türken gerichteten Neonazi-Morde in Deutschland im Zeitraum 2000 - 2006



1. Enver Şimşek, Besitzer eines Blumengroßhandels mit Ständen in mehreren Städten, darunter auch Nürnberg, lebte im Städtchen Schlüchtern, des Bundeslandes Hessen. Am Freitag, den 9. September 2000 wurde in Nürnberg ein Mitarbeiter krank und fiel aus. Şimşek, der für diesen Mitarbeiter einsprang und wegen einer eingegangenen Bestellung sich auf den Weg machte, wurde zwischen 12.45 und 14.45 Uhr in seinem Minibus, von acht abgefeuerten Kugeln aus zwei verschiedenen Waffen mit Schalldämpfern schwer verletzt.

Aufgrund zweier Kopfschusswunden, lag Şimşek im Koma und verlor zwei Tage später sein Leben. Er wurde am 4. Dezember 1961 geboren und war bei seinem Tod 38 Jahre alt. Der in der Türkei in Isparta Şarkikaraağaç geborene und dort eingetragene Şimşek,



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

hinterließ zwei Kinder, Kerime und Semiya, und seine Ehefrau.

Nach der Tat schloss Adile Şimşek den Familien-Blumenladen in Friedberg und kehrte in die Türkei zurück. Grund dafür war ihr Schmerz, welcher zu psychischen und physischen Kummer führten. Wegen heftigem Stress und starker Depressionen, kann sie seit dem Jahre 2000 nicht mehr arbeiten. Aufgrund der starken Depressionen lebt sie mit ihren Kindern in derselben Wohnung. In Deutschland weilt sie in der Wohnung ihres kleinen Bruders und in der Türkei lebt sie die meiste Zeit alleine. Die Kinder sind jedoch weiterhin in Deutschland und fahren mit ihrer Ausbildung fort.

2. Abdurrahim Özüdoğru, Techniker einer Uhrenfabrik, arbeitete einerseits in seinem Hauptjob und andererseits in der Schneiderei, zusammen mit seiner Frau, die er in Nürnberg für sie eröffnet hatte. Am Mittwoch, 13. Juni 2001, betreute er an der Ecke Gyulaer Straße Kunden. Zwischen 16.15 und 17.00 Uhr wurde Özüdoğru von Terroristen mit zwei Schusswaffen mit Schalldämpfern per Kopfschuss umgebracht. Die Täter waren so skrupellos, dass sie sogar die getöte Person filmten. Nach einiger Zeit verschwanden die Täter spurlos vom Tatort. Manche Augenzeugen behaupteten eine flüchtende Person osteuropäischer Herkunft gesehen zu haben.

Özüdoğru, der am 21. Mai 1952 in Bursa Yenişehir geboren und eingetragen war, hinterließ seine Tochter und Ehefrau. Seine Frau Gönül Özüdoğru und Tochter Tülin Özüdoğru waren auf psychischer und physischer Ebene völlig niedergeschmettert. Aufgrund der psychologischen Probleme wurden beide von verschiedenen Krankheiten geplagt. Seine Tochter Tülin war wegen ihrer Erkrankung an Gelbsucht ein Jahr lang in Behandlung, seine Frau Gönül erkrankte an Krebs.

Die Familie des Geschäftseigentümers Özüdoğru war nach dem Mord auf Hilfe angewiesen. Um den Lebensunterhalt zu bestreiten und gleichzeitig an der Universität studieren zu können, mussten seine Frau und Tochter in Jobs wie Abspül- und Reinigungshilfe, Security Angestellte, Verkaufskraft und Bibliothekarin arbeiten. Aufgrund des erlebten Traumas und der Krankheiten bestreitet Gönül Özüdoğru seit 2006 ihren Lebensunterhalt mit Arbeitslosengeld.

Die zum Tatzeitpunkt an der Universität Wiesbaden Elektroingenieurwesen studierende Tülin Özüdoğru, musste wegen Beerdigungsformalitäten eine bestimmte Zeit in die Türkei und blieb somit den Kursen fern. Trotz dieser Entschuldigung konnte sie die belegten Kurse nicht abschließen und musste somit eine Pause ihres Studiums einlegen. Die



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

psychischen und physischen Krankheiten und die Notwendigkeit, arbeiten zu müssen führten dazu, dass sie ihr Studium bis heute nicht beenden konnte.

3. Am Mittwoch, 27. Juni 2001, zwischen 10.45 und 11.15 Uhr, wurde der Gemüsehändler **Süleyman Taşköprü**, in seinem Laden an der Schützenstraße, Hamburg-Bahrenfeld von Terroristen mit zwei Schusswaffen mit Schalldämpfern per dreifachem Kopfschuss hingerichtet. Die Mörder trennten alle Telefonnetzverbindungen und nahmen die Kugelhülsen mit, um keine Spuren zu hinterlassen.

Taşköprü, der am 4. Mai 1970 in Afyonkarahisar Şuhut geboren und eingetragen war, hinterließ seine dreijährige Tochter. Süleyman Taşköprü führte diesen Laden, um den Lebensunterhalt für sich selber, seine Eltern und seine Schwester zu bestreiten. Nach dem Mord konnte die Familie den Laden des getöteten Sohnes nicht mehr betreten und, aufgrund des Schmerzes wurde dieser geschlossen.

Die Eltern von Taşköprü übernahmen das Sorgerecht für seine 3-jährige Tochter. Nach dem Mord wollten die Eltern von Süleyman Taşköprü nicht mehr in Deutschland bleiben. Sie sind jedoch weiterhin in Deutschland, da sie sich um ihre Enkelin kümmern müssen.

4. Habil Kılıç, der in München als Gemüsehändler arbeitete und seit einigen Monaten mit seiner Frau im Stadtteil Ramersdorf einen Gemüseladen führte, wurde am Mittwoch, 29. August 2001, zwischen 10.35 und 10.50 Uhr des Tages von den in den Laden kommenden Mörder per Kopfschuss getötet. Um keine Spuren zu hinterlassen, ließen die Mörder keinerlei Kugelhülsen liegen. Der Laden war gleich neben einer Polizeistelle. Manchmal parkten sogar Streifenwagen vor dem Laden.

Kılıç, der am 1. Januar 1963 in Artvin-Borçka geboren wurde, hinterließ seine Ehefrau und eine Tochter. Nach dem Ereignis musste der Laden und die über dem Laden befindende Wohnung aus Sicherheitsgründen geschlossen werden, was dazu führte, dass seine Frau den Lebensunterhalt nicht bestreiten konnte und zusammen mit ihrer Tochter die Wohnung verlassen musste. Obwohl sie ein Geschäft besaßen, wurden sie und ihre Tochter bedürftig. Sie verließen Deutschland nicht, damit keiner auf den Gedanken komme, dass sie geflüchtet sind. Ehefrau Pınar Kılıç war gezwungen als Spül- und Reinigungshilfe zu arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Ihre Bewerbungen auf gegebene Stellenangebote wurden, in Verbindung mit Behauptungen zu den Todesumständen ihres Mannes abgelehnt und führten zu psychologischen Störungen.

Ihre Tochter Damla wurde aus der Schule ausgegrenzt und musste schließlich



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

abgemeldet werden, da behauptet wurde, dass ihr Vater wegen Mafiaverbindungen umgebracht wurde.

5. Mehmet Turgut wurde an der Martin-Niemöller-Straße, in Rostock-Toitenwikel in seinem Dönerimbiss, der vier Wochen vorher eröffnet wurde am Mittwoch, 25. Februar 2004 gegen 10.00 und 10.20 Uhr durch eine Schusswaffe mit Schalldämpfer per Kopfschuss ermordet. Er war zu dem Zeitpunkt allein. Der in Deutschland illegal lebende Turgut trug einen Personalausweis mit dem Namen Yunus Turgut bei sich. Erst 7 Jahre später sollte herausgefunden werden, dass er in Deutschland illegalerweise lebte und den Ausweis seines Bruders benutzt.

Mehmet Turgut, der am 3. Januar 1979 in Elazığ Kovancılar geboren und eingetragen war, kam 5 – 6 Monate vorher nach Deutschland. Er hatte große Hoffnungen. Er konnte nicht legal einreisen und wählte somit den illegalen Weg. Die Polizei erwischte ihn jedoch und warf ihn ins Gefängnis. Während seine Verwandten rechtlich gegen seine Ausweisung vorgingen, wurde er dennoch so schnell wie möglich ausgewiesen. Auch wenn sich die Behörden darüber freuten, dass es erstaunlicherweise so schnell mit der Ausweisung klappte, hatten sie keine Ahnung, welches Schicksal sie erwarten würde.

Nach dem Mord wurde auf einige in Deutschland lebenden Familienangehörigen des Opfers vonseiten der Sicherheitsbehörden Druck ausgeübt und dies führte zu großen Problemen. Der Besitzer des Imbisses, ein Verwandter, musste aufgrund des Mordes den Imbiss schließen und die Stadt verlassen.

6. İsmail Yaşar war ein Dönerimbiss Besitzer an der Ecke Scharrerstraße, in Nürnberg und bei seinen Kunden sehr beliebt. Am Donnerstag, 9. September 2005 gegen 9.50 und 10.15 Uhr, wurde er von den in den Laden eintretenden Mördern durch Schusswaffen mit Schalldämpfer per Kopfschuss ermordet.

İsmail Yaşar, der am 1. Oktober 1955 in Şanlıurfa Suruç geboren wurde, war 50 Jahre alt. Vor dem Ereignis hatte er sich von seiner Frau scheiden lassen, hatte allerdings weiterhin Kontakt zu ihr. Er hatte mit seiner Ex-Frau ein Kind.

Eine Woche vor dem Mord wurde er in einer Zeitung als der beste Dönerverkäufer in Nürnberg beschrieben. Als er ermordet wurde, gab dieselbe Zeitung unter seinem Foto über Yaşar unbegründete Behauptungen wider, dass er Mafia- und Drogengeschäftsverbindungen



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

habe. Seine Schulden, die mehrere zehntausend Euro hoch waren, übernahm seine Ex-Frau, Besitzerin einer kleinen Schneiderei.

Seine Ex-Frau Belgin Ağırbaş litt wegen der Ausgrenzung in ihrem Umfeld, aufgrund negativer Nachrichten der Medien, in materieller und geistiger Hinsicht und sah sich gezwungen sich in psychotherapeutische Behandlung zu begeben. Während sie in Behandlung war und kurzzeitig in der Türkei weilte, kehrte sie dennoch nach Deutschland zurück und eröffnete ihre Schneiderei erneut. Aufgrund des Mordes arbeitet Belgin Ağırbaş, trotz materieller und psychischer Schwierigkeiten weiter. Ihr Sohn führt seine Berufsausbildung fort.

7. Am Dienstag, 24. April 2006 gegen 12.55 Uhr, wurde **Mehmet Kubaşık**, der an der Mallinckrodt Straße in Dortmund einen Kiosk und Imbiss hatte, von zwei Personen durch Schusswaffen mit Schalldämpfer per Kopfschuss getötet. Er war zu dem Zeitpunkt auf seinem Fahrrad, in der Nähe seines Ladens.

Kubaşık, der am 1. Mai 1966 geboren und in der Türkei in Kahramanmaraş Pazarcık eingetragen war, war deutscher Staatsangehöriger. Im Jahre 1991 kam Mehmet Kubaşık nach Deutschland, hatte zunächst Jobs an Baustellen und in der Spedition und eröffnete dann seinen eigenen Laden. Kubaşık hinterließ seine Ehefrau, zwei Jungen und eine Tochter, insgesamt drei Kinder, das älteste zum Tatzeitpunkt 11 Jahre alt

Nach dem Mord war nun seine Frau Elif Kubaşık für die drei kleinen Kinder verantwortlich. Der Imbiss wurde aus Ermittlungszwecken monatelang von den Behörden geschlossen gehalten. Somit konnten die bestehenden Schulden nicht gezahlt werden und der Imbiss wurde komplett geschlossen. Nach dem Mord bestreitete die Familie zwischen 2006 – 2009 ihren Lebensunterhalt mit Arbeitslosengeld und blieb so am Leben. Seit 2009 bestreiten sie ihren Lebensunterhalt mit der Renteneinkunft.

Elif Kubaşık war aufgrund der Auswirkung des Mordes ihres Mannes 4 – 5 Jahre unter psychologischer Behandlung. Als die Mörder enthüllt wurden, kam ihre Krankheit erneut auf. Sie musste erneut therapeutisch behandelt werden.

8. Der in Kassel geborene und aufgewachsene **Halit Yozgat**, wurde in der Hollander Straße, in der er mit seinem Vater ein Internetcafé besaß, am Donnerstag, den 6. April 2006 gegen 17.00 Uhr vom seinem Mörder im Cafe durch eine Waffe mit Schalldämpfer per



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Kopfschuss ermordet. Zu dem Zeitpunkt befanden sich Kunden im Cafe.

Halit Yozgat, der am 6. Februar 1985 geboren wurde, war zum Todeszeitpunkt 21 Jahre alt und hatte sowohl die türkische, als auch die deutsche Staatsangehörigkeit. Der einzige Sohn der Familie Yozgat, die in der Türkei eingetragen ist, Halit Yozgat, war das jüngste und letzte Opfer.

Nach dem tragischen Fall, schlossen die traurigen Eltern, die ihren einzigen Sohn verloren, das Internetcafe. Es wurden intensive Maßnahmen vorgenommen, die Mörder zu finden. Der Vater, Ismail Yozgat hatte nur eine Bitte: den Straßennamen seiner Arbeitsstelle in den seines Sohnes zu ändern. Halit Yozgats Name wurde in derselben Stadt als Platzname vergeben („Der Halit-Platz“).

II.2. Verhalten der Ermittlungs- und Untersuchungsbehörden

Es wird behauptet, dass die Serienmorde, die im Jahre 2000 anfangen, vom ersten bis zum letzten Mord, durch die verantwortlichen Sicherheitskräften und Staatsanwaltschaften mit großem Feingefühl untersucht wurden.

Aus dem ersten Mord, der an Enver Şimşek ausgeführt wurde, wurden bei den Untersuchungen folgende Schlussfolgerungen dieser Ereignisse gezogen: alle befragten Türken wenden entweder häusliche Gewalt an oder haben direkte Verbindungen zur Mafia.

Obwohl Enver Şimşek jung war, schaffte er es, aus nahezu dem Nichts Aufträge zu bekommen, diese zu erweitern und somit eine Firma im Blumengroßhandel zu eröffnen. Dieses Fakt führte dazu, dass die Fahnder sich auf die Frage konzentrierten, woher er das Geld hatte. Vorerst wurde Verdacht auf häusliche Gewalt geschöpft: eine halbe Stunde nach dem Mord wurde Şimşeks Schwager, der von seinem Tod nichts wusste, von der Polizei mit der Vernehmungsfrage ‚Hast du aufgerufen um zu erfahren, ob er tot ist oder nicht? ‘ konfrontiert. Seine Frau, die auf intensivste Weise vernommen wurde, wurde mit den Fragen ‚Hast du diese Tat mit deinen Geschwistern geplant?‘, ‚Wo hast du das Geld versteckt? ‘ konfrontiert. Zeitgleich wurden die Themen über die Mafia- oder Drogenverbindungen in Erwägung gezogen. Schließlich, nach einigen anderen Morden, wurde klar, dass diese Morde mit häuslicher Gewalt nicht in Verbindung gebracht werden können. Als Anhaltspunkt wurden Mafia- oder Drogenverbindungen nun mehr in den Vordergrund gedrängt. Die Polizei wurde im Falle von Türken, die befragt worden waren oder freiwillig Informationen



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

weitergaben auf die gleiche Spur geleitet. Insbesondere versuchten die türkischstämmigen Personen, die Schwierigkeiten bei der Aufenthaltsgenehmigung hatten, durch ihre (Falsch-) Aussagen von der Polizei eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. Diese Behauptungen wurden von der Polizei ernsthaft untersucht, allerdings ohne Ergebnis.

Gemäß Aussagen der Familien haben die Untersuchungsbehörden folgende Logik geführt: ‚Etwas müssen diese Personen falsch gemacht haben, dass sie umgebracht worden sind‘ und somit bei den Untersuchungen Vorurteilen Raum gegeben. Folglich wurde etwa Hintergründe bezüglich Familienkonflikten, Wirtschaftsivalitäten, Mafia- und Drogenverbindungen in Betracht gezogen, der rechtsextremistische Terror dagegen gar nicht. Die Untersuchungsbehörden versuchten eine Verbindung zwischen Drogenverbindungen in Şimşeks Jugend herzustellen und verdächtigten nicht den rechtsextremistischen Terror, obwohl dieser in Deutschlands Vergangenheit sehr oft eine Rolle spielte.

Wie im ersten Mord waren die Familienangehörigen auch bei den weiteren Morden die ersten Verdächtigen. Ebenso wurde geglaubt, dass die Familienangehörigen jeweils den Grund der jeweiligen Morde kannten. Sie wurden somit sehr langen, ermüdenden und erschöpfenden Vernehmungen ausgesetzt. Süleyman Taşköprüs Familie wurde 8 – 10 Stunden lang vernommen. Nach der Ermordung von Mehmet Kubaşık, musste seine Familie 8 – 9 Stunden aussagen. Nach einer sehr langen Vernehmung von Abdurrahim Özüdoğrus Frau und Tochter, wurde ihrer ebenfalls präsenten 71-jährigen Mutter bei der Vernehmung ein Speicheltest entnommen. Die alte Frau gab diesbezüglich zu Recht und bedeutungsvoll als Kommentar: ‚Verschwendet weiter eure Zeit, während die Mörder draußen rumlaufen!‘ Die sich am Tag des Mordes von Habil Kılıç im Urlaub in der Türkei befindende Frau und Tochter, wurden bei der Vernehmung mit der Frage ‚Warum seid ihr zweimal in die Türkei geflogen?‘ konfrontiert. Auch Kılıçs ältere Mutter wurde vernommen. Gleich nach dem Mord wurde die Mutter, Ertan Olgun, vom Kriminalamt zur Vernehmung gebeten, allerdings musste sie ohne weitere Anweisungen in einem Zimmer des Kriminalamtes drei Stunden warten. Nach drei Stunden wurde sie von einem Beamten informiert, dass ihr Schwiegersohn Habil Kılıç getötet worden ist und ‚seine Organe unversehrt und gesund seien‘. Olgun konnte sich selber nicht erklären, warum sie so lange warten musste und warum man ihr den Bericht ‚seine Organe sind unversehrt und gesund‘ gab. Die einzelnen Familienangehörigen wurden unzählige Male vernommen. An diesem Datum wurde die 12-jährige Tochter, Deniz Damla



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Kılıç, von den Vernehmungen nicht ausgeschlossen, trotz aller Einwände seitens ihrer Familie. Es wurden mehrere Male von den Familienangehörigen DNA-Tests und Fingerabdrücke entnommen. Außerdem wurden von der ganzen Familie einzelne Fotos gemacht und somit wurden sie wie Mordverdächtige behandelt.

Zeitgleich wurden die Verwandten des in Rostock getöteten Mehmet Turgut 4 – 5 Mal jeweils mindestens 10 Stunden lang vernommen. Ihren Aussagen wurde kein Glaube geschenkt und somit mussten sie vor ein Schwurgericht treten. Einmal dauerte die Gerichtsverhandlung genau 13 Stunden und am nächsten Tag wurde die Verhandlung fortgeführt. Bei der Vernehmung wurden die Verwandten voreingenommen beschuldigt, dass sie Informationen über das Ereignis haben, dennoch schweigen.

In der Zeitspanne der Vernehmung wurde das Telefon der einzelnen Personen abgehört und nach jedem durchgeführten Telefonat wurden die Familienangehörigen nochmal vernommen. Es wurden Themen wie PKK, Blutrache, häusliche Gewalt und ob es Mafiaverbindungen gibt oder nicht in Betracht gezogen.

Nach dem Mord an Ismail Yaşar wurde seine kurz vor der Ermordung geschiedene Frau, die weiterhin mit ihm ein Unternehmen betrieb, beharrlich vernommen. Eine der Vernehmungen dauerte 12 Stunden. Die Ermittlungen bezüglich der Ex-Frau wurden weitergeführt, da sie fortwährende wirtschaftliche Beziehung zu ihm gehabt hatte. Die Ladenbesitzerin einer kleinen Schneiderei wurde wegen den ständigen Vernehmungen bei der Polizei von ihrer Arbeit abgehalten.

Manche Familien hatten Rassismus gar nicht in Erwägung gezogen. Andere, dagegen, hatten dies deutlich zum Ausdruck gebracht. Özüdoğrus Familie hatte von Anfang an betont, dass Ausländerfeindlichkeit Hintergrund des Mordes ist, denn sie wussten, dass Abdurrahim Özüdoğru ein normales Leben zwischen Arbeit und Familie führte, völlig an seine Familie gebunden war und sich mit niemandem einließ.

Allerdings war gemäß den Ermittlern „finanzielle Angelegenheiten“ Motiv für die Morde. Dessen war man sich so sicher, dass nach der Ermordung von Mehmet Turgut die Aussage der Verwandten, dass der Hintergrund möglicherweise Ausländerfeindlichkeit war, mit der Gegenaussage: „Wir sind sicher, dass die Morde absolut nichts mit Ausländerfeindlichkeit, sondern mit der Mafia, Geld und Drogen zu tun haben und das große



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Geldgeschäfte Hintergrund sind‘ ausgeschlossen wurde. Schließlich erwiderten die Staatsanwaltschaftsbehörden, dass nach einigen Morden keinerlei Hinweise auf ‚Ausländerfeindlichkeit‘ gefunden worden sind und dies als Hintergrund auszuschließen wäre.

Kurz nach der Ermordung von Habil Kılıç merkte seine Frau, Pınar Kılıç, dass ein 35 – 40-jähriger Mann den Laden beobachtete. Sie näherte sich der Person und fragte, warum er den Laden beobachte und merkte, dass diese Person Verletzungen am Hals hatte. Als sie nachfragte, wer für diese Verletzungen verantwortlich sei, erhielt sie als Erwiderung: „Die Neonazis“. Sofort ging sie zur nächsten Polizeistelle, allerdings sagten die Beamten, dass sie nicht verantwortlich sind. Daraufhin kontaktierte sie die Kriminalpolizei. Eine kurze Zeit später kamen die Beamten und gingen der betroffenen Person nach. Danach wurde Pınar Kılıç mitgeteilt, dass die Verletzungen der Person nichts mit dem Mord zu tun habe.

Die Familien waren, aufgrund der Art der geführten Vernehmungen sowie der voreingenommenen Einstellung, sehr bedrückt.

Während Enver Şimşek auf der Intensivstation lag, wurden seine traumatisierten 13- und 14-jährigen Kinder, als sie auf ihren Vater warteten und ohne elterliche Beaufsichtigung waren, vernommen. Habil Kılıçs 12-jährige Tochter wurde vernommen und musste sich einem DNA-Test unterziehen.

Als İsmail Yaşar getötet wurde, fiel seine Frau bei Ankunft am Tatort in Ohnmacht. Statt medizinisch betreut zu werden, wurde sie in der Polizeistelle zur Vernehmung gezwungen. Die Beamten, die ständig in den Laden kamen, führten mit der Aufforderung ‚Schließen sie den Laden und kommen sie mit zur Dienststelle‘ dazu, dass die Arbeit liegen blieb. Belgin Ağırbaş wurde von den Beamten mit den Bemerkungen ‚Haben Sie keine Angst, den Laden alleine zu führen? Ihr Mann arbeitete auch alleine‘ irritiert. Als sich eines Tages zum Beileid des Todes von Mehmet Kubaşık 200-300 Personen in seiner Wohnung befanden, wurden diese von der Polizei mit Zuhilfenahme von Hunden durchsucht. Sie wurden nicht nur etliche Male vernommen, auch ihre Telefone wurden abgehört. Von Kubaşiks Familienangehörigen wurden mehrere Male DNA-Tests und Fingerabdrücke entnommen. Den 6- und 9-jährigen Kindern wurde ebenfalls eine DNA-Probe entnommen. Seine Frau, Elif Kubaşık, wurde, nachdem sie das Ereignis mitbekam bei der Vernehmung ‚Wer hat ihn umgebracht, wo sind seine Schusswunden‘ gefragt. Die Vernehmung begann am Morgen und



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

dauerte bis in die Abendstunden.

Aufgrund der Spurensicherung der Morde, die in den einzelnen Läden stattfanden, wurden die Läden abgesperrt. Diese konnten Wochen- bzw. monatelang nicht betreten werden. Nach einer langen Zeit wurden die Läden wieder an die Familien freigegeben, allerdings waren diese im selben Zustand wie am Tag des Mordes, ohne jegliche Reinigung und mit Blutspuren. Nach dem Mord von Habil Kılıç wurde der Laden drei Monate lang abgeriegelt und der Zutritt verboten. Drei Monate später, als die Polizei den Laden der Familie wieder zur Verfügung stellte, musste die Familie mit Entsetzen feststellen, dass die Blutspuren nicht richtig entfernt worden waren und der Laden voller Würmer war. Die Familie musste selber die Spuren am Tatort entfernen. Diese Begebenheit führte zu einem unbeschreiblichen Schock in der Familie. Die Familien, die die Spuren des Mordes entfernen mussten, wurden nochmals mit dem großen Schmerz konfrontiert. Nach dieser Art der Behandlung sah sich keiner von den Familien imstande die eigenen Läden nochmal zu eröffnen. Süleyman Taşköprüs Vater, Ali Taşköprü, sagte in diesem Sinne bedeutende Worte: „Den Ort, wo ich mit meinen Händen die Blutspur meines Sohnes beseitigte, werde ich nie mehr betreten, auch wenn dort Gold gefunden wird.“

Die Schließung der Läden trug nicht nur zum Schmerz bei, sondern war auch eine ernsthafte Last für die Familien. Die Lebensmittel in den Läden verschimmelten. Obwohl die Läden geschlossen blieben, mussten die laufenden Kosten, wie Miete und Strom, beglichen werden.

Schließlich wurden die Familien von den Morden noch mehr geplagt. Die Morde waren für sie eine Belastung und die Familien konnten den Schmerz nicht vollständig teilen. Hintergrund dessen waren die folgenden Behandlungsweisen gegenüber den Familien – ohne Rücksicht auf Kinder und alte Personen: stunden- und tagelange Vernehmungen, entnommene DNA-Tests, geschossene Fotos, ständige Einladung zu Vernehmungen, abgehörte Telefonate, Wochen- bzw. monatelang abgeriegelte Läden, Rückgabe der Läden voller Blut, beleidigende Fragen und Bemerkungen, Freigabe der Vermutungen an die Presse, Vernehmungen die nur in einer Richtung geführt wurden, Darstellung der Getöteten als ‚Schuldige‘ und deren Familien als ‚Verdächtige‘.

Die Untersuchungsbehörden haben bei den Untersuchungen und Vernehmungen keine gute Strategie angewandt. Ihre Einstellung und Verhaltensweisen waren von Vorurteilen und



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

klischeehaftem Denken geprägt.

Wurde bei den Vernehmungen, während Mafia- oder Drogenverbindungen, PKK-Verbindungen, häusliche Gewalt in Betracht gezogen worden sind, die Ausländerfeindlichkeit vorsätzlich oder aus Fahrlässigkeit nicht in Betracht gezogen? Diese Fragezeichen entstehen, vor allem wegen der Tatsache, dass die Mordfälle jahrelang nicht gelöst werden konnten und die starken Verdachtsmomente über die Vorgehensweise der Sicherheitsbehörden in diesen Verfahren.

Eigentlich wurden Anhaltspunkte gefunden, dass Rassismus eine Rolle in den Morden spielte. Aus folgenden Gründen war es notwendig, dass rassistisch-ausländerfeindliche Motivmöglichkeiten nicht auszuschließen waren: keinerlei Verbindung zwischen den Morden, professionelle Organisations- und Vorgehensweise bei den Morde, Herausstellung, dass sich die Opfer nicht kannten, obwohl Jahre zwischen den Morden vergingen und diese dennoch durchgeführt wurden, keinerlei Hinweise auf die fokussierten Vermutungen (Mafiaverbindungen, usw.), keine festen oder informativ vorhandenen Hinweise bei den Anzeigen. Zu guter Letzt ist Deutschland ein Land, in dem die Einstellung der Ausländerfeindlichkeit intensiv ist und es hat bis heute ein Register, das voll mit aus rassistischen Gründen begangenen Morden an Ausländern. Deshalb ist es in keinerlei Weise zu entschuldigen, dass diese Möglichkeit als Motiv nicht in Betracht gezogen wurde.

Die deutsche Polizei hatte für die Morde Sonderermittlungskommissionen gegründet: unter dem Bundesinnenministerium, Gruppe Ceska und unter dem Bayerischen Innenministerium, Gruppe Bosphorus. Die Ereignisse wurden von den Ermittlungsgruppen mit der Türkei in Verbindung gebracht und deshalb wurde von den türkischen Sicherheitseinheiten Hilfe angefordert. Die türkische Sicherheitseinheit hat Informationen bezüglich der Begegnung von den Verwandten der Getöteten und der in die Türkei eingegangenen Ein- und Auszahlungen von den Getöteten und deren Verwandten erforscht und der deutschen Polizei mitgeteilt. Allerdings brachten die Bemühungen keinerlei Ergebnisse. Während die Untersuchung fortgeführt wurde, haben die Bundesbehörden sich mehr auf internationale Drogengeschäfte konzentriert. Obwohl die Familien Ausländerfeindlichkeit erwähnt hatten kam diese Möglichkeit niemals auf die Tagesordnung.

Interessanterweise ist eines der Details, dass die Phantombilder, die von Zeugen beschrieben worden sind, den nach Jahren ertappten Mördern verblüffend ähnelten. Eigentlich



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

hatte die Polizei Informationen und Fotos bezüglich der aus drei Personen bestehenden Neonazi-Gruppe. Wie später erwähnt wird, waren diese Morde nicht die einzigen Straftaten der Neonazi-Gruppe. Eines der Gruppenmitglieder, Uwe Böhnhardt, hängte in 1996 eine Puppe an eine Brücke in Jena, die einen Davidstern hatte und die Inschrift „Vorsicht Bombe“ enthielt. Er wurde daraufhin zu 2 bis 6 Jahren Haft verurteilt. 1998 wurde er wegen einer Bombenherstellung und Verdacht auf Planung eines Bombenanschlags gesucht.

Im Jahre 2008 wurde ein Polizeinspektor, der Untersuchungen gegen Rechtsextremismus führte, vor seiner Haustüre niedergestochen. Am Tatort behaupteten Augenzeugen, eine Frau und einen Mann gesehen zu haben. Das Phantombild der Frau weist heute im direkten Vergleich mit Beate Zschaepe eine verblüffende Ähnlichkeit auf. Wenn man bedenkt, dass die Polizei Bilder von den drei Terroristen hatte, ist ersichtlich, dass bei den Vernehmungen einiges schief ging.

Im Jahre 2007 behauptete die deutsche Polizei, dass so eine Mordserie, die mit gleicher Waffe durchgeführt wurde, in Deutschland seit dem Jahr 2000 in so einem Ausmaß noch nie gesehen wurde. Um die Morde aufzudecken waren innerhalb Deutschland 150 Polizeibeamte im Einsatz. Allein in Hamburg wurde 276 verschiedene Hinweise gefunden, 326 Verdächtige verhört und 1.900 Personen kontrolliert. Wenn man davon ausgeht, dass in Deutschland andere Ermittlungsbehörden ähnliche Untersuchungen durchgeführt haben, so wird einem das kolossale Ausmaß (!) dieser bewusst.

Im Jahre 2008 sind die Angaben der Untersuchungen innerhalb Deutschland wie folgt: 11.000 Personen wurden näher betrachtet und es wurde festgestellt, dass diese 32 Millionen Einträge haben. Nach einiger Zeit wurden diese Angaben auf 3.500 Anhaltspunkte und 40 Millionen Einträge erweitert.

Beispielsweise hat die Polizei in Nürnberg die Kriminal-Spezialeinheit von 48 auf 9 Polizisten reduziert, nachdem sie festgestellt hatte, dass sie die Mordfälle nicht lösen kann.

Der Präsident dieser Spezialeinheit sagte: „Die von der Morduntersuchung abgezogenen Beamten werden später wieder bei den Untersuchungen teilnehmen“. Diese Behauptung zeigt jedoch, dass die Polizei eine abwartende Position bezog. Man wartete nun darauf, dass die Mordfälle sich durch irgendeinen auftretenden 'Zufall' von selbst lösen würden.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Allerdings führten die Rechtsextremisten in dieser Zeit ständig Aktionen gegen Ausländer durch. Ereignisse wie versuchte Brandstiftungen, Angriffe, Drohbriefe traten häufig auf. Die Sicherheitseinheiten haben jahrelang den Zweifel illegaler Aktivitäten verfolgt. Eigentlich ist bekannt, dass Morde von kriminellen Banden in kürzester Zeit gelöst werden können. Deshalb war der Gedanke, bei den Hintergründen der jahrelangen Morde nicht immer nach demselben Grund zu suchen, lohnenswert. Wenn die deutschen Behörden vom der Verfolgung der Spur illegaler Aktivitäten nur einmal abgelassen hätten und andere Wege ausprobiert hätten, um auf die Lösung zu kommen, wäre diese schneller und nicht dem Zufall belassend, ‚wissend & wollend‘ gefunden worden.

Interessant ist, dass in einem der Fälle die Musikgruppe „Gigi and the Brown Town Musicians“, eine von den Neonazis allseits bekannte Musikgruppe, im Lied „Döner-Morde“ des in 2009 veröffentlichten Albums, die Morde und die Mörder erwähnten. Während im Lied den Mördern gedankt wurde, wurde ganz offen gesagt, dass „neun nicht reichen“, bezüglich der Neonazi-Hinrichtungen der acht türkischen Personen und einer griechischen Person. Zeitgleich wurde das Album, aufgrund von rassistischen Texten im Jahre 2010 verboten. Trotz alledem kam bei den Untersuchungen kein Verdacht an rechtsextremistischen Hintergründen auf.

Eine andere falsche Einstellung der Untersucher und Ermittler nach der Auflösung der Morde war, die aufgenommenen Fotos den Familien zu zeigen. Dies führte dazu, dass die Familien die Tragik nochmals durchlebten. Eine andere Kontroverse ist, dass den Familien bezüglich der Ereignisse Informationen, über die laufenden Ermittlungen allerdings keine Informationen gegeben wurden. Außerdem haben die Familien von den Medien mitbekommen, dass die Morde von Neonazis durchgeführt worden sind. Es wurde keine Notwendigkeit gesehen, über diesen Ermittlungsstand den Familien Bescheid zu geben. Die Grundlage der Schweigepflicht bei der Untersuchung darf bei einer allgemeinen Information nicht angewandt werden.

Wegen dieser ernsten Lage, wurden über 450 Personen, inklusive mehr als 300 Privatdetektive, beauftragt, die Straftaten der Terroristengruppe zu erforschen.

II.3. Verhalten der Medien

Es ist sinnvoll die Presseorgane, die gleich nach den Morden über die Getöten Nachrichten verfassten, zu analysieren. Die Kommentare der Schlagzeilen in den Zeitungen



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

nach jedem Mord, Behauptungen und den Morden gegebene Namen verstärkten das von den Familien durchlebte Trauma und waren mitverantwortlich dafür, dass sie noch tieferen Schmerz empfanden. Schließlich hatten die Familien ihre Gefühle der Sonderkommission ja aus erster Hand beschrieben.

Vom ersten Mord an Enver Şimşek, bis zum letzten Mord an Halit Yozgat wurden alle Getöteten in der Presse mit Drogen- oder Schutzgeldbanden in Verbindung gebracht und diese Umstände als potentielle Motive für die Morde angeführt. Die Behauptungen spitzten sich so zu, dass die wichtigsten Nachrichtenquellen berichteten, die Morde wären von Abdullah Çatlı, der in Deutschland eine illegale Organisation gründete, durchgeführt worden. Außerdem wurde behauptet, dass Angehörige des tiefen türkischen Staates (angeblich den Staat & die Regierung lenkender Geheimbund innerhalb des Staates, A.d.Ü.) in Deutschland dahinter steckten.

Zum Beispiel wurde in der Bild Zeitung vor dem Mord an İsmail Yaşar in einem der Titel erwähnt, dass er in Nürnberg der ‚beste Dönerverkäufer‘ wäre. Nachdem er getötet wurde, wurde dasselbe Bild von ihm benutzt, mit den Behauptungen, dass er mit Drogen- oder Schutzgeldbanden zu tun hätte. Vor allem waren die Familien, aufgrund der Nachrichten sehr betrübt, denn nun wurden die Getöteten im deutschen Volk als „Schuldige“ angesehen. Deshalb hat sich die Sichtweise der Bürger gegenüber den Familien geändert, da sie nicht als Familien eines „Opfers“ sondern eines „Schuldigen“ oder „eines Ausländers, der in gefährliche Geschäfte involviert war“ wahrgenommen wurden. Ihre Beziehungen mit den Nachbarn brachen, sie hatten Schwierigkeiten Arbeit zu finden, die Kinder sollten den Schulen fernbleiben, sie verloren ihre Arbeitsstellen und die Leute zeigten mit dem bloßen Finger auf sie als Negativbeispiele. Die andauernde Verdächtigung der Familien und ihrer Verwandtschaft fügte den Trauernden zusätzlich tiefen Schmerz hinzu.

Über Habil Kılıç, der am 29. August 2001 umgebracht wurde, wurden in den Nachrichten berichtet, dass er wegen Mord, Mafiaverbindungen oder Drogenhandel getötet worden sei. Dies führte dazu, dass die Familie sozial ausgegrenzt wurde. Außerdem fand Pınar Kılıç (die Frau von Habil Kılıç), die ihre Ausbildung als Einzelhandelskauffrau abschloss, aufgrund dieser Nachrichten keine Arbeitsstelle.

Ferner konnte die gemeinsame Tochter, Deniz Damla Kılıç, gemäß der Schulleitung,



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

nicht mehr als Schülerin akzeptiert werden und wurde aufgefordert, die Schule zu wechseln. Über Abdurrahman Özüdođru wurden diverse Nachrichten veröffentlicht, in denen berichtet wurde, dass er Verbindungen zur Mafia oder mit Drogen sowie zusätzlich eine Geliebte gehabt hätte. Seine Frau und Tochter wurden durch diesen spekulativen Nachrichten von der Gesellschaft ausgegrenzt, der Kontakt mit ihren Nachbarn wurde abgebrochen. Außerdem stempelten einige beide als die Frau-und-Tochter des Drogenverkäufers ab.

Eines Abends las die Tochter, Tülin Özüdođru, die Schlagzeilen über ihr Vater in der Zeitung. Als sie am nächsten Morgen erwachte, musste sie feststellen, dass sie wegen heftigem Stress ihre Hörfähigkeit verlor. Die unter Behandlung stehende Tülin Özüdođru konnte eine lange Zeit ihr Hörsinn nicht zurückerlangen. Die Tochter von Mehmet Kubaşık, Gamze Kubaşık, ging, aufgrund der Nachrichten – ihr Vater sei wegen Mafiaverbindungen ermordet worden– ein Jahr lang nicht aus dem Haus und konnte ihre 100 km weit entfernte Ausbildungsstätte nicht besuchen. Sie wurde wie andere Familien als negatives Beispiel angesehen und auf ihr wurde mit nacktem Finger gezeigt.

Mit Behauptungen wie Drogen, Mafia PKK, Grauwölfeln, Schutzgeldbanden, Wettbanden, Glücksspiel-Netzwerk wurde eigentlich gemeint, „wie gefährlich die Ausländer“ seien.

Das schlimmste an dem Einstellung der Medien bezüglich der Morde war, dass seit der Veröffentlichung der Morde, die Serienmorde waren, und, außer einer, alle Opfer Türken waren, die deutsche Presse die Bezeichnung „Döner-Morde“ verwendete. Dabei wurde versucht sowohl die Getöteten und deren Familien, als auch das gesamte türkische Volk zu erniedrigen. Gleichzeitig war dies eine Anspielung auf angeblich eine interne Abrechnung der Türken. Dieser Ausdruck ist ein Beispiel dafür, wie erniedrigend die Medien sind und stellt eine große Respektlosigkeit gegenüber den Opfern sowie den Familien dar. Egal welche Behauptungen über sie gemacht wurden, sie wurden nicht als „Menschen“ betrachtet und wurden somit Gesprächsthema durch Verleumdung sowie Rassismus. Die Morde, die in der kompletten deutschen Presse diesen Namen erhielten, brachte den Familien noch mehr Leid und Schmerz. Als jedoch bekannt wurde, dass die Morde von Neonazis begangen worden waren, revidierten die Medien den Namen und gebrauchten diesen nicht mehr.

Dies war für alle Volksschichten schockierend und gleichzeitig beschämend, die



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Medien waren nicht ausgeschlossen. Auch wurde nach einiger Zeit, in 2011, das Wort „Döner-Morde“ vom Institut für Deutsche Sprache als das schlechteste Wort gewählt. Somit wurde dieser Schmach öffentlich betont.

Nicht nur in der deutschen, sondern auch in der türkischen Presse wurden, aufgrund des Einflusses der deutschen Presse, die Morde mit „Dönerverkäufer-Morde“ wiedergegeben. Es ist eine Ratlosigkeit, dass dieser Name nach der Auflösung der Mordfälle immer noch benutzt wurde.

Nachdem die Morde aufgelöst wurden war das Einstellung der Presse etwas positiver. Wie ein Sockenfaden wurden diese Fälle gelöst und der Skandal, dass der Staat auch eine Verbindung mit den Morden hatte, wurde durch die Presse detailliert ausgeführt. Die tiefen Interessen an die Pläne der Morde und die ausführlichen Nachrichten der Medien trugen sehr zur Konfrontation und zur Aufklärung des Volkes und der Politik bei.

Allerdings wurden in der Zeit des Schocks und Schmachs provokativen Nachrichten Raum gegeben. Am 23. Februar 2012, am Tag der Gedenkfeier, forderte der Vater von Halit Yozgat, dass die Straße, in der er geboren, aufgewachsen und getötet wurde in seinen Namen geändert wird. Am selben Abend machte ein Fernsehsender in der Nachbarschaft eine Umfrage, mit dem Ergebnis, dass die Nachbarn den Namen der Straße nicht ändern wollen. Es ist offensichtlich, dass es total fehl am Platz ist, bei so einer sensiblen Thematik von einem Sender eine Umfrage zu machen. Es ist ein Zeichen des Vorurteils, dass die Nachbarn durch die deutsche Presse die Namensänderung zu einem Problem machten.

III. ENTLARVUNGSPROZESS DER MÖRDER UND WEITERE ENTWICKLUNGEN

III.1. Aufspürung der Mörder

Am 7. September 2011 in Eisenach, Thüringen haben zwei Männer einen maskierten Banküberfall verübt. Diese bewaffneten zwei Personen, die mit Fahrrad geflohen waren, haben versucht, sich in einer abgelegenen Gegend dergleichen Stadt in ihrem Wohnwagen zu verstecken. Allein die Polizei hat die Verfolgung weiter betrieben und konnte aufgrund mancher Zeugenaussagen die Spur der Räuber aufnehmen

Am 4. November 2011 fand eine Polizeistreife einen weißen Wohnwagen, der den Bankräubern gehörte, in einer Baustelle. Die Räuber haben anhand eines Polizeifunkgeräts



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

erfahren, dass die Polizei sie bald finden würde. Als sich die Beamten dem Wagen näherten, haben sie zwei Schüsse von dem Wageninneren gehört. Während man auf die Polizeiverstärkung wartete ging der Wagen in Flammen auf. Der im Wageninneren befindliche Uwe Mundlos hatte seinen Genossen Uwe Böhnhardt mit einem Kopfschuss getötet. Danach hat er den Wagen in Brand gesteckt und mit der gleichen Waffe Selbstmord begangen. Die Räuber bevorzugten lieber den Tod als festgenommen zu werden. Nach der Brandlöschung hat man Waffen und Munition in dem Wohnwagen gefunden.

Es waren gerade drei Stunden nach dem Brand vergangen als in Zwickau-Sachsen in einem Haus Feuer ausbrach. Es handelte sich um ein Haus, wo Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt zusammen mit einer Frau namens Beate Zschaepe wohnten. Beate Zschaepe hat nach Anweisung von Mundlos und Böhnhardt gehandelt, die mitteilten, sie würden 'bald festgenommen werden, sie müsse das Haus vernichten' und folglich das Haus in Brand gesteckt. Sie bezweckte sämtliche Beweise im Haus zu vernichten. Aber das Haus brannte nicht vollständig aus.

Währenddessen hat man in dem verbrannten Wohnwagen neben Munition eine Waffe gefunden. Es wurde Zugehörigkeit dieser der Polizeibeamtin Michele Kiesewetter festgestellt, die vor vier Jahren getötet wurde. Man hat festgestellt, dass die im Wohnwagen tot vorgefundenen Bankräuber in Zwickau in dem verbrannten Haus zusammen mit einer jungen Frau gelebt hätten. Am 8. November 2011 hat sich Beate Zschaepe in Begleitung ihres Anwalts der Polizei gestellt.

In dem abgebrannten Haus hat man viele Waffenmunitionen sichergestellt. Eine davon war eine Pistole der Marke Ceska 83 mit Schalldämpfer wobei vier DVDs gefunden wurden. Man hat sofort festgestellt, dass die Pistole in der Tötung von acht Personen türkischer Abstammung und eine Person griechischer Abstammung im Zeitraum 2000-2006 gebraucht wurde. In den DVDs wurden Morde, Bombenangriffe sowie andere Aktionen berichtet und die Fortsetzung der Morde angekündigt. Nunmehr war klargeworden, dass die Morde durch eine rechtsextremistische Gruppe verübt wurden. Die Gruppe trug den Namen *Nationalsozialistischer Untergrund-NSU*. Man hat nach erster Untersuchung die Anzahl der Mitglieder als drei festgestellt: Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschaepe.

Das Neonazi-Trio war eigentlich seit 1990er Jahren zusammen. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands waren viele junge Menschen in Bezug auf die Zukunft



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

hoffnungslos, da Thüringen eine Region war die mit hohen Arbeitslosigkeitsraten zu kämpfen hatte. In dieser hoffnungslosen Stimmung haben sich viele in die Welt des Rechtsextremismus begeben.

Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe haben sich in jungen Jahren von den rechtsextremen Gruppen angesprochen gefühlt. Im Bundesland Thüringen, Stadt Jena haben sie mit einer militanten Gruppe Bekanntschaft geschlossen, die den Namen der Stadt trug. Die Jena-Gruppe bestand Mitte 90er Jahre aus acht Personen. Der Anführer der Gruppe, der auch Mundlos und Böhnhardt angehörten, war jemand namens Andre. Zschäpe war auch unter ihnen. Diese drei Neonazis haben sich rasch einen Platz in der rechtsextremen Welt Thüringens gemacht. Die im Fadenkreuz des Verfassungsschutzes befindliche Gruppe, hat regelmäßig an den Versammlungen des "Thüringer Heimatschutzes" teilgenommen, der von dem stellvertretenden Landesvorsitzenden des NPD –Thüringen 1996 gegründet wurde. Böhnhardt und Mundlos wurden radikaler und haben sich eine andersartige Stellung im Vergleich zu anderen Rechtsextremisten verschafft. Mundlos und Böhnhardt haben ihre Fliegerjacken und Soldatenstiefel mit braunen Hemden ausgetauscht und somit die Uniformen der paramilitären Kampforganisation SA der Hitlerschen Partei. Ihre Feindschaft gegen Ausländer, linksgerichteten und Juden hat diese drei Neonazis zusammengebracht.

Im Jahre 1996 hat Uwe Böhnhardt das Motto der rechtsextremen Terrorgruppe festgelegt: Taten statt Worte. Böhnhardt der arbeitslos und Waffenliebhaber war, hat eine mit Judenstern versehene Puppe an einer Autobahnbrücke gehängt. Dieser Spielzeugpuppe hat er dazu ein Schild verpasst das den Hinweis enthielt: „Vorsicht, Bombe“. Das Landeskriminalamt Thüringen hat eine Sonderkommission gebildet um die Sache zu untersuchen, diese konnte aufgrund der Beweislage direkt zu Uwe Böhnhardt führen. Gegen ihn wurde wegen Verdachts der Volksverhetzung ermittelt. Der polizeilich gesuchte Uwe Böhnhardts Wagen wurde im November 1996 angehalten und durchsucht. Im Fahrzeug fand man ein Messer, eine Gasflasche und beiderseits geschärfte Ninja Sterne sichergestellt. Dennoch wurde Uwe Böhnhardt freigelassen.

Zwischen 30. Dezember 1996 und 2. Januar 1997 wurden an die Sicherheitsdirektion und Stadtverwaltung von Jena mit Hakenkreuz versehene Bombenbriefe verschickt. Das Neonazi-Trio wurde sofort verdächtigt. Die Staatsanwaltschaft hat wegen „Bedrohung des gesellschaftlichen Friedens durch Verbrechensausübung“ die Ermittlung aufgenommen. In



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

diesem Zusammenhang wurden Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt vernommen, es wurde aber kein Ergebnis erzielt. Die Ermittlung wurde 18 Juni 1997 eingestellt.

Am 28. September 1997 wurde in Jena vor dem Theater ein Gepäckstück gefunden, das mit Hakenkreuz versehen war. Es beinhaltete eine Briefbombe. Die Bombe, welche 10 Gramm TNT beinhaltete, wurde vermutlich wieder von Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe hergestellt. Da der Zünder fehlte, explodierte die Bombe nicht.

Im Oktober 1997, einige Tage nach dem Angriff an das Theater, wurde Uwe Böhnhardt aufgrund seiner Tat mit der Spielzeugpuppe im Jahre 1996 wegen „Volksverhetzung, Waffenbesitz und Landfriedensbruch“ zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Seine Strafe wurde jedoch von den Justizbehörden zur Bewährung ausgesetzt. Somit hat er Zeit gewonnen um seine Aktionen fortzusetzen. Zusammen mit Zschäpe und Mundlos haben sie Rohrbomben gebaut. Am 26. Dezember 1997 wurde wieder eine Briefbombe in einem Gepäck gefunden, das mit einem Hakenkreuz beschmiert war. Diesmaliges Ziel war das Antifaschistische Widerstanddenkmal am Jenaer Nordfriedhof. Im Gegensatz zu den früheren Fällen konnten die Ermittler Beweise sammeln, die direkt zum Nazi-Trio führten. Uwe Böhnhardt, der Beschaffer des Briefbombenmaterials war gelegentlich beschäftigt, sein Vater hatte einen Bauernhof mit Angestellten. Die Beamten beobachteten Böhnhardt nun intensiv.

Am 25. Januar 1998 entdeckte die Polizei in der Nähe des Klärwerks im Jena die Bombenwerkstatt der Neonazis. In der Werkstatt wurden rechtsextremistisches Propagandamittel, Bomben und 1,4 kg TNT sichergestellt. In der Garage waren neben vier fertigen Rohrbomben anderes Material vorhanden um Bomben herzustellen. Es wurde festgestellt, dass Beate Zschäpe im 1996 die Garage angemietet hat. Die Nachbarn sagten aus, Uwe Mundlos sowie Uwe Böhnhardt dort ein und – ausgingen. Böhnhardt gelang die Flucht vor der Polizei. Mundlos und Zschäpe tauchten unter. Die Täter wurden erst zehn Tage nach der Tat anhand von Bildern gesucht.

Im Januar 1998 wurde das Haus der Beate Zschäpe, die mit ihrer Mutter zusammenwohnte, polizeilich durchsucht und während der Razzia rechtsextremistisches Propagandamittel sowie Waffen gefunden. An ihrer Zimmerwand hing die Reichskriegsflagge. Man hat in dem Zimmer ein umgeändertes Monopoly-Spiel gefunden: Der Teil „Gefängnis“ wurde als „Konzentrationslager“ umbenannt, der Bereich „Anfang“



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

wurde mit Hakenkreuz versehen.

Die Ermittler haben einen Tag nach Ihrer Durchsuchung der Bombenwerkstatt, in der Wohnung des Uwe Mundlos im Jenas Plattenbauggebiet Winzerla aufgrund Gefahr im Verzug eine Razzia veranstaltet und diese durchsucht. Allein Mundlos, Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt waren verschwunden.

Das Grab des alten Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, wurde binnen einiger Monate zweimal das Ziel eines Bombenangriffs. Die Polizei stellte intensive Untersuchungen an, konnte jedoch keine Spur entdecken, die zu den Tätern führte. Am 27. Juli 2000 explodierte am Eisenbahnhof Düsseldorf-Wehrhahn während im dichten Berufsverkehr eine Splitterbombe. Zehn Migranten aus dem Osteuropa wurden schwer verletzt. Eine schwangere Migrantin verlor ihr ungeborenes Kind. Die Bombe wurde vor einer Unterrichtsstätte für die deutsche Sprache der jungen (24-28 Jahre) Migranten in eine Tüte gesteckt und explodierte gerade dann als diese nach dem Unterricht das Gebäude verließen. Zehn der Migranten – meist Juden - wurden verletzt. Die Polizei befragte in einem Jahr ungefähr 1.500 Personen und stellte 451 Beweise fest. Dennoch konnte man die Täter nicht ergreifen. Es sind Verdachtsmomente vorhanden, dass hinter diesen Angriffen das Terrortrio steckt.

Die Neonazi-Organisation hat am 9. September 200 den Blumenhändler Enver Şimşek getötet und eine entsetzliche Mordserie begonnen.

Am 19. Januar 2001 morgen um 7 Uhr ging ein Sprengsatz in einem Kaufmarkt los. Die 19-jährige Tochter des Marktbesitzers, eine Deutsch-Iranerin wurde schwer verletzt. Die Polizei gab das Phantom-Bild des Verdächtigen frei und gründete eine Ermittlungskommission die aus 20 Personen bestand. Dennoch konnte man den Täter nicht finden. Es sollten zehn Jahre vergehen bis durch das Bekennervideo der Nazis alles enthüllt wurde.

Neun Monate nach dem Mord an Enver Şimşek, am 13. Juni 2001 haben Die Mörder erneut angegriffen, indem sie in Nürnberg den Schneider Abdurrahim Özüdoğru erschossen. Knapp nach zwei Wochen haben die Neonazis wiederholt zugeschlagen und am 27. Juni 2001 töteten Süleyman Taşköprü, der in Hamburg als Gemüsehändler arbeitete.

Um Ihr Leben im Untergrund zu finanzieren hat das Nazi-Trio regelmäßig Postämter und Banken überfallen. Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt haben am 5 Juni in Zwickau



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

maskiert und ausgerüstet mit schweren Waffen einen Banküberfall durchgeführt. Mundlos und Böhnhardt waren zu jenem Zeitpunkt nunmehr erfahrene Bankräuber geworden. Seit 1999 hatten sie in Chemnitz 3 Post –Filialen überfallen.

Das vierte Opfer der der Mörder-Nazis war Habil Kılıç, der einen Gemüseladen betrieb. Es war am 29. August 2001. Wie bei den anderen Morden wurde die gleiche Waffe verwendet, woraufhin die Morddezernate in Nürnberg, Hamburg und München zusammenzuarbeiten begonnen. Sie haben ab November 2001 eine Sonderkommission namens „Halbmond“ gegründet. Man hat die Rauschmittel-Mafia-Verbindung im Verdacht.

Man verdächtigt das Trio 2001 unter anderem mit einer Spreng-Falle eine Frau iranischer Abstammung schwer verletzt zu haben.

Das Mördertrio, das seit fünfeinhalb Jahren im Untergrund lebt, setzte ihre Finanzierung durch Raubüberfälle fort. Am 23. September 2003 haben sie in Chemnitz eine Bank überfallen und konnten fliehen. Am 25 September 2002 wurde ein anderer Banküberfall in Zwickau verübt. Böhnhardt und Mundlos standen im Verdacht diesen verübt zu haben, wobei 48.000 Euro entwendet wurden.

Während die deutsche Polizei, durch die Gründung der Sonderkommissionen die Morde untersuchte, haben die Neonazis 25. Februar 2004 in Rostock ihr fünftes Opfer gezählt: Mehmet Turgut. Turgut wurde getötet als er in einem Dönerladen arbeitete.

Am 9. Juni 2004 in Köln an der Keupenstraße, in einem Gebiet wo türkischstämmige Gewerbetreibende besonders dicht anzutreffen sind, ging eine Bombe, die mit Zehnzentimeter Schreiner Nägeln verstärkt war, in einem Friseurladen mit einer starken Explosion los. Schrapnell-Splitter, waren überall auf der Straße. Fenster von 16 Häusern zerbrachen. Die handgemachte Nagelbombe wurde in einem Fahrrad versteckt und durch Fernbedienung gezündet. Von den Verletzten 22 Personen waren einige schwer verletzt - davon waren 21 türkischer Herkunft. Nach sieben Jahren konnte man feststellen, dass dieser Angriff das Werk des Zwickauer Nazi-Trio war. Denn in den Bekennervideos haben sich die Mörder damit gebrüstet.

Die Nazi –Organisation hat genau ein Jahr nach dem Kölner Bombenangriff, am 9. Juni 2005, İsmail Yaşar getötet, der in Nürnberg einen Dönerladen betrieb. Polizeibeamten haben festgestellt, dass der Mord mit der gleichen Waffe der vorherigen fünf Morde verübt



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

wurde, somit haben sie verstanden, dass diese die sechste der Serienmorde war.

Nach sechs Tagen haben die Nazi-Mörder am 15. Juli 2005 in München den Schlüsselmacher Theodoros Boulgaridis. Um ca. 18.00 Uhr wurde Boulgaridis, der allein im Laden war, mit drei Kopfschüssen getötet. Boulgaridis, der zwei Töchter im Alter von 15 und 18 hatte, eröffnete seinen Schlüsselmacherladen gerade vor 15 Tagen.

Am 4. April 2006, ein Jahr nach dem letzten Mord, tötete man den Mehmet Kubaşık, der in Dortmund einen Imbiss laden besaß. Die ballistische Untersuchung der Kugeln ergab, dass die Mordwaffe eine Pistole gleicher Marke war. Die Sicherheitseinheiten mit ihren Sonderkommissionen dachte immer noch an eine Sache mit internationaler Rauschgiftverbindung. Mit Hilfe türkischer Sicherheitsorganisation wurden die Ermittlungen auch in der Türkei weiterbetrieben.

Am 6. April 2006, nur zwei Tage nach dem letzten Mord haben sie vor Augenzeugen Halit Yozgat getötet, einen deutschen türkischer Herkunft. Das war der letzte Mord, den die Mörder mit der Pistole der Marke Ceska verübten. Man hat unter der Kundschaft den Andreas Temme festgestellt, einen Angehörigen der Verfassungsschutzlang. Trotz der Anwesenheit der Augenzeugen gelang es den Neonazis die Flucht ohne erkannt zu werden. Das war das letzte Kettenglied der Neonazi-Morde. Die Kugeln der Ceska-Pistole wurden nach 2006 nicht mehr festgestellt.

Allein am 25. April 2007 in Heilbronn, fand man die Polizeibeamtin Michele Kiesewetter (22) tot neben das Streifenfahrzeug auf, ihr Kollege war schwer verletzt. Kiesewetter hatte gerade ihre Ausbildung abgeschlossen. Sie wurde am Kopfende erschossen, es war eine Hinrichtung. Am Tatort haben die Kriminalbeamten festgestellt, dass zwei Dienstwaffen der angegriffenen Polizeibeamten zusammen mit den Handschellen entwendet wurden.

Am 13 September 2008 Alois Mannichl, der Polizeidirektor in Passau, der durch seinen harten Kurs gegen die Extremisten bekannt war, wurde in Fürstzell (Bayern), vor seinem Haus niedergestochen und schwer verletzt. Der Angreifer hat vor dem Stich Mannichl zugerufen und gesagt: „Gruß von dem nationalen Widerstand.“ Die Kriminalinspektoren haben sofort daraus geschlossen, dass es sich um einen rechtsgerichteten Angriff handele, konnten jedoch die Identität des Täters nicht feststellen. Phantombilder haben nach Jahren



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

einen Zusammenhang mit Beate Zschaepe und Uwe Böhnhardt ergeben, so dass der Verdacht entstand, ob diese doch nicht die Tat des Neonazitrios war.

Am 7. September 2011 haben Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in Thüringen, Arnstadt eine Bank überfallen und ausgeraubt. Dieser war der letzte erfolgreiche Raub der Nazis. Böhnhardt und Mundlos gelang die Flucht ohne gefasst zu werden.

Es wurde dann festgestellt dass die Bankräuber, die während ihres letzten Überfalls vor ihrer Festnahme sich selbst töteten, eigentlich Mitglieder einer terroristischen Organisation waren, die rassistische, grauenhafte Morde begangen und Bombenangriffe durchgeführt haben. Insgesamt hatten sie definitiv 10 Morde begangen und 14 Banküberfälle verwirklicht. Es sind viele Andere Morde und Aktionen, die der Organisation zugeschrieben werden. Durch die Enthüllung ihrer Taten, sind Straftaten leicht entdeckt worden.

III.2. Vorwürfe gegen Nachrichtendienste, Sicherheits- und Untersuchungsbehörden

Es sind Fragen an der der Tagesordnung, die die späte Lösung der Morde, das erfolgreiche Verstecken der Terrorgruppe, die aus anderen Gründen häufig verfolgt wurde, sowie die fehlenden Maßnahmen des Verfassungsschutzes und der Sicherheitsbehörden gegen diese Bildung betreffen.

Es wird behauptet, Agenten der Verfassungsschutzorganisation ihre Kenntnisse nicht geteilt und somit die Festnahme der Terrorgruppe verhindert, sogar die Morde direkt oder indirekt unterstützt zu haben. Es wurden Fragen bezüglich der Erfolgslosigkeit der deutschen Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden, die drei Rechtsextremisten seit den 90er Jahren kannten und sie doch nicht verdächtigten, gestellt.

Am 13. November 2011 in Niedersachsen wurde ein Komplize des Nazitrios namens Holger gefasst. Holger habe im Jahre 2007 der Mördertrio Führerschein, und vier Monate zuvor Reisepässe beschafft, ferner auf Holger seien oftmals Wohnwagen für die Nazis angemietet worden, einer dieser Wohnwagen sei durch die Terrorbande im April 2007 für den Mord an die Polizeibeamtin Michele Kiesewetter gebraucht, der Wohnwagen in dem Mundlos und Böhnhardt sich selbst töteten war ebenfalls auf den Namen Holgers eingetragen. Interessant ist die Behauptung, dass Holger seit langer Zeit in rechtsextremen Kreisen verkehre und die Behörden über ihn einiges gewusst haben. Der Sprecher des Verfassungsschutzes Maren Brandenburger, hat bestätigt, über Holger manches im 1999



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

ermittelt zu haben, man habe über die Teilnahme des Holger an den von den Neonazis veranstalteten Protestveranstaltungen gewusst.

Denn nach Enthüllung der Tatsache der Bekanntheit des Holger seit langer Zeit, haben der Landesinnenminister Uwe Schünemann und der Leiter des Verfassungsschutzes Wargel gestanden, den Rechtsextremisten Holger unter Kontrolle haben zu müssen, stattdessen hätten sie seine Spur verloren und einen schweren Fehler begangen.

Nach Verlangen des LVS Thüringen wurde Holger im 1999 unter Verdacht als Beihelfer der Terroristen gewesen zu sein durch Landesamt für VS Niedersachsen drei Tage in Gewahrsam genommen.

In diesem Zeitabschnitt hat Holger versucht, Tätern der Serienmorde, der Dreiergruppe, Unterschlupf im Ausland zu beschaffen. Nach seiner Freilassung hat Holger dreimal mit jemandem telefoniert, dessen Identität nicht festgestellt werden konnte, obwohl er als rechtsextrem eingestuft war, wurde er mit der Begründung: ‚das ist Sache des Bundeslandes Thüringen‘ nicht mehr verfolgt. Das Amt f. Verfassungsschutz hat die Daten bzgl. dieses rechtsextremen nicht ständig protokolliert und seinen Status in Fällen seiner Verwicklung als Beobachter gewertet. Auskünfte über Holger wurden im Jahre 2002 mit der Begründung gelöscht er sei ein sympathisierendes Individuum. (entspricht Etwa dem Mitläufer, A.d.Ü.)

Einer der wichtigsten Punkte, die den wachsenden Verdacht über Nachrichtendienste erhärten, ist die Feststellung, dass Andreas Temme, Angehöriger des LfVS Hessen, zum Zeitpunkt des Mordes an Halit Yozgat oder einige Minuten zuvor in dem Cafe als Gast zugegen war. Temme, der in sein Heimat als kleiner Adolf bekannt war, wurde nach dem Mord des Halit Yozgat als einer der sechs Personen in dem Cafe gesucht. Obwohl fünf davon kamen und ihre Kenntnisse aussagten, Andreas Temme, der nicht kam, wurde als Angehöriger des LfVS Hessen identifiziert. Sein Haus wurde als Verdächtiger durchsucht und erst 10 Tage nach der Tat konnte er vernommen werden. Temme sagte bezüglich der Tat und des Mordes aus, er habe keinen Mord im Cafe noch einen Schuss gehört. Im Cafe habe er pornographische Seiten im Internet angesehen und dann gegangen. 10 Tage lang habe er weder Nachrichten gehört noch irgendetwas über den Mord gehört. In der durchsuchten Wohnung des Temme wurde eine Waffe ohne Schein sowie ein Buch über Serienmorde gefunden. seiner kurzen Untersuchungshaft wurde er trotz der nicht eingetragenen



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Schusswaffe freigelassen. Dass Temme in einer anderen Stadt wohnt und dieses Internetcafe bevorzugt, ist eine wichtige Einzelheit. Eine Behauptung, die den Verdacht wachsen lassen, ist es, dass er von den neun Morden an sechs in jenen Städten war, die gerade den Tatort hergab. Interessant ist es dabei, dass nach Auftauchen die Temme, das Mördertrio keinen Mord aus rassistischen Beweggründen verübt hat. Morde die manchmal im Abstand von einem Jahr oder zwei Tagen geschahen, haben 2006 plötzlich aufgehört.

Das Rätselraten hinsichtlich der Nachrichtendienste bezüglich der Unkenntnis der rechtsextremistischen Gruppe als Täter der Morde, ist der Umstand, dass es allg. bekannt ist, dass der Verfassungsschutz in der Umgebung der Nazis Informanten stellt. Z.B im 2003 haben Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat gemeinsam die Schließung der rechtsextremistischen Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) beantragt, das Bundesverfassungsgericht hat die Untersuchung aufgenommen, die Sache wurde von dem Gericht angenommen und mündliche Verhandlungen angesetzt. Da aber der geladene Schatzmeister der Partei sich als ein alter Informant der LfVS in NRW entpuppte (Maulwurf), wurde die Untersuchung mit der Begründung eingestellt, die geheimen Dienste und die NPD seien miteinander sehr verflochten und -die Partei- „fehle daher die Möglichkeit, sich vor dem BVerfGe frei und aus freiem Willen zu verteidigen, dieses Recht sei dieser dauerhaft verletzt worden“. Somit endete das Parteischließungsverfahren. Denn es wird behauptet, innerhalb der NPD seien mindestens 150 Informanten anwesend, wovon mind. 10 Information über die Leitungsebene sammeln würden. Es hegt den Verdacht, dass keine Information vorliegt, obwohl die meisten Neonazi-Gruppen mit der NPD in Verbindung stehen.

Das sind nicht alle Behauptungen bzgl. der Nachrichtendienste. Der Alt-Präsident des LfVS Thüringen Helmut Roewer hat ausgesagt, man habe im 1995 den früheren stellv. Landesvorsitzenden der thüringischen NPD Thomas Dienel als Spitzel engagiert und Dienel habe bis 1997 für diese Stellung ca. 20 Tausend Euro erhalten. Dienel hat später gestanden, dieses Geld für rechtsextreme Propagandazwecke verwendet zu haben.

Der frühere stellv. Landesvorsitzenden der NPD-Thüringen Tino Brandt habe während seiner Amtszeit als Agent für den LfVS fungiert, als Angehöriger des NR-Dienstes seit 1994 Brandt bis 2001 im Austausch für die von ihm beschaffte Information 200 Tausend DM erhalten. Es wird behauptet, während seiner Agententätigkeit habe er mit dem Geld die Organisation Thüringen Heimatschutz gegründet. Denn die Mitgliedschaft von Uwe Mundlos,



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Uwe Böhnhardt und Beate Zschaepe in der Organisation wurde festgestellt. Das Trio ist später abtrünnig geworden und gründete die NSU.

Der Alt-Präsident des LfVS Thüringen Helmut Roewer hat ausgesagt, der LfVS Thüringen habe während seiner Amtszeit 1994-2000 den Agenten und Spitzeln in den Neonazigruppierungen ca. 1 Million 500 Tausend Euro übergeben.

Eine andere Behauptung über die NR-Dienste, ist, dass es sich einige Male die Gelegenheit zur Ergreifung der Mörder ergab, jedoch das thüringische LfVS die Zusammenarbeit mit dem LKA Thüringen plötzlich verweigert habe, weshalb die Festnahme der Mörder unterblieb.

Es ist bekannt, dass der Geheimdienst zu anderen Zeitpunkten die Zusammenarbeit mit dem LKA verweigerte, weshalb die Mörder ihre Spuren verwischen konnten. Denn das Nazi-Trio ist im 1998 in den Untergrund gegangen und ihre Spuren gingen verloren. Neben diesen Behauptungen geht aus den Unterlagen des LKA Thüringen hervor, dass ein Beamter bei ihrer Flucht behilflich war.

Es wird behauptet, in einer Geheimsitzung hinsichtlich der Verantwortung des Nachrichtendienstes des Aufsichtsausschusses des Landtags Thüringen, die Telefongespräche der Bande seien heimlich von einem Angehörigen des LfVS abgehört und dabei erfahren worden, dass diese für falsche Pässe Geld benötigt haben, um eben das Versteck zu ermitteln, habe man 2 Tausend Mark ‚Pass-Geld‘ bezahlt.

Es wurde sogar behauptet, in dem Wohnwagen, wo Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt umkamen, solche Pässe aufgefunden seien, die nur Angehörigen des Geheimdienstes erteilt werden. Hinzu kommen die Behauptungen, dass die Sicherheitsbehörden in dem gebrannten Haus in Zwickau Unterlagen sicherstellten die ‚Legal illegal‘ wären. Dieser Ausdruck wird für Urkunden verwendet, die mit dem Geheimdienst in Verbindung stehenden Personen erteilt werden. Am Ende dieser Behauptung ist der Verdacht entstanden, ob die Mörder doch nicht Geheimdienstspitzel waren. Das LfVS meint zwar seit 1998 keinerlei Nachricht von dem Trio bekommen zu haben, so weiß man es, dass Beate Zschaepe nach dem erwähnten Jahr mit dem LfVS oftmals in Verbindung stand.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Ein anderer Skandal ist die Behauptung, die Neonazis hätten Schusswaffenausbildung in der Schweiz erhalten. Man hat Kenntnis darüber dass NPD-Mitglieder im August 2007 als geladene der Schweizer Demokraten (SD) in die Schweiz fuhren und dort in einem Sonderlager Waffenausbildung erhalten haben.

Nachdem diese Behauptung bekannt wurde, musste der stellv. Vorsitzender der SD seinen Amtrücktritt ankündigen. Die bei den Morden verwendete Pistole Ceska 83 Tschechischer Herstellung kam aus der Schweiz, weshalb die Frage auftauchte ob die Neonazis und die Schweizer Rechtsextremen miteinander in Verbindung standen. Die deutsche Polizei stellte fest, dass die Pistole Ceska 83 tschechischer Herstellung, nur 24 Stück produziert und diese in die Schweiz verkauft wurden. Daraufhin begann eine Zusammenarbeit mit der Schweizer Polizei, welche im Kanton Solothurn Razzien veranstaltete, allein die Spur der Mordwaffe verschwand nach einem gewissen Punkt.

Eine wichtigere These als diese besagt, die Neonaziorganisationen würden durch die Bundeswehr ausgebildet. Es wird dabei behauptet, der von der Bundeswehr gegründete paramilitäre Verband der Reservisten würde die Angehörigen der rechtsextremen NPD in Waffenkunde ausbilden. Die Überprüfung des Schriftverkehrs der NPD ergab, dass der aus 122Tausend Mitgliedern bestehende Verband, zu denen aktive Generäle ebenso zählen und dem Verteidigungsministerium untersteht, den NPD-Leitern Waffenausbildung erteilt hat.

Der Vizepräsident des Verbands der Reservisten der Deutschen Bundeswehr Michael Sauer, hat nach dem die Sache in den Medien bekannt wurde, zugegeben, vom Staat eine jährliche Mittelzuweisung in Höhe von 16 Millionen Euros zu erhalten und NPD-Mitglieder an der Waffe ausgebildet zu haben. Außerdem wurde festgestellt, dass der Verband, dessen Mitglieder überwiegend pensionierte Soldaten sind, über Umwege Waffen beschafft und die aussortierten Fahrzeuge der Bundeswehr in den Dienst der Neonazigruppen stellt.

Ein anderer Skandal betrifft die Löschung mancher wichtiger Mobilfunknummern durch das BKA. Eine sich auf Geheimunterlagen stützende Meldung besagt, dass die Datenlöschung des Mobilfons einer Person genannt Andre, der aufgrund des Verdachts der „Neonazi Terrorzelle bei den von ihr begangenen Morden Hilfe geleistet haben festgenommen wurde, mit Schreiben 9 Dezember 2011 angeordnet wurde. Als Hintergrund für diese geheime Tätigkeit wird angegeben, das BKA wollte die Entlarvung seiner Spitzel in den rechtsextremen Kreisen verhindern, denn normalerweise dürfe die Bundespolizei



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Mobilfunkdaten bis zur Beendigung eines Verfahrens nicht löschen.

Ein weiterer Skandal bezüglich der Nachrichtendienste, ist die Tatsache dass Uwe Böhnhardt im 2000 vor Beginn der Mordserien vor seiner Festnahme eine knappe Flucht gelang. LfVS Sachsen habe aufgrund einer Meldung, Uwe Böhnhardt würde sich am 30 September oder 1. Oktober 2000 mit einer Frau genannt Mandy treffen, vor dem Gebäude ein Kamera gestellt, jedoch nicht feststellen konnte, dass die das Haus betretende Person Uwe Böhnhardt war. Denn drei Wochen nach dem Treff in Chemnitz wurde Enver Şimşek das erste Opfer der Rassisten. Wäre festgestellt worden, es handele sich bei der beobachteten Person um den Böhnhardt, so wären vielleicht die Serienmorde verhindert worden.

Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum in Berlin hat berichtet, 10 Jahre zuvor sei in der Zeitschrift "Der Weiße Wolf" von der Terrorzelle NSU berichtend gestanden: "Danke der NSU. Sie trägt jetzt Früchte. Der Kampf geht weiter". Dass diese Meldung der unter der Beobachtung des LfVS stehenden Zeitschrift unbemerkt blieb, verdient die Aufmerksamkeit.

Die Thesen hinsichtlich der Nachrichtendienste beschränken sich nicht auf den Verfassungsschutz sondern betreffen auch den Militärischen Abschirmdienst. Es wird behauptet, das Material für den von dem Trio in Jena durchgeführten Bombenangriff sei von der Bundeswehrmunitionsbeständen beschaffen worden. Nach einer anderen Meldung wurde dem Büro des MAD in Leipzig nach Abtauchen des Trio über dessen Aufenthalt Infos zukamen, aber diese Daten seien durch das Zentrum des MAD in Köln nicht bewertet worden.

Zuletzt, wird behauptet, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt hätten sich nicht selbst getötet sondern seien hingerichtet worden, um das Wissen der Mörder nicht preiszugeben.

Ein Grund dieser ist, dass beim Uwe Mundlos, dem die Tötung seines Kameraden zugeschrieben wird und angeblich anschließend Selbstmord beging, keine Schmauchspuren festgestellt werden konnten. Außerdem wird gesagt, eine Person habe sich zügig entfernt, kurz bevor der Wohnwagen in Flammen aufging. Außerdem sei es entdeckt worden, dass Mundlos und Böhnhardt den Selbstmord mit einem Gewehr begangen, was als eine verdächtige Methode gilt.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

III.3. Haltung der Politiker

III.3.1. Reaktionen

Gegenwärtig besteht der Rumpf der deutschen Politik aus fünf politischen Parteien, die im Jahre 2009 die 5% Wahl-Hürde erfolgreich bestanden und in den Bundestag kamen. Diese sind im zentralen Rechtslager das Duo der CDU und CSU mit 237 Abgeordneten, somit den meisten Sitzen und bildeten die Regierung. Im Zentrum links ist die Hauptoppositionspartei die SPD mit 146 Sitzen. Die FDP hat 93 Sitze; die Linke hat 76 Sitze und Bündnis 90/Die Grünen haben 68 Sitze in dem Bundestag.

In dem Koalitionsprotokoll der Regierungsparteien CDU/CSU mit FDP nach 2009-Wahlen nahm die Thematik der Migration und Integration breiten Raum. Es wurde der Eindruck erweckt, man würde von dem in den letzten Jahren verfolgten harten Kurs nicht abweichen. Denn beide Regierungsparteien sowie die Hauptoppositionspartei betonen die Integration bezüglich der Migration und Migrantpolitik zu jeder Gelegenheit, somit stellen sie einen harten Kurs zur Schau, insbesondere zu den Wahlzeiten. Es wird durch die legalen Regelungen der letzten Jahre verhindert, dass der Migrant den Status des Gastes nicht übersteigt.

Man darf unterdessen die Wirkung der politischen Aussagen nicht außer Acht lassen, die mitunter in Deutschland rassistische Töne schlagen.

Die Erklärungen Thilo Sarrazins, der ein Sozialdemokrat und früheres Mitglied des Vorstands der Deutschen Zentralbank ist, sowie des Horst Seehofer, Bayerischer Ministerpräsident und Vorsitzender der CDU (wohl CSU, A.d.Ü.) die schweren Vorwürfe gegen türkische wie arabische Migranten enthalten, haben in der öffentlichen Meinung die Angst und Beunruhigung bezüglich der Moslems in den Vordergrund gerufen. Im Jahr 2010 November, hat der Bundesinnenminister Thomas de Maiziere erklärt, man erwarte einen „islamischen“ Terroranschlag im Balde, hat den Blickwinkel gegen die Moslems verschärft. Wiederum erfolgten die schweren Vorwürfe des Bundeswirtschaftsministers (wohl des Finanzministers, A.d.Ü) Wolfgang Schäuble an die Zeitungen. Diese Aussagen haben zweifelsohne das rassistische Gedankengut und die Ausländerfeindlichkeit geschürt.

Während die Politik für die Migration und Migranten ständig auf der Tagesordnung steht, erschütterte die Tatsache der Enthüllung rassistischen Hintergründe an der Tötung der



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

türkischstämmigen durch die Neonazis die deutsche Politik erheblich. Christian Wulff als Bundespräsident und Kanzlerin Angela Merkel allen voran, haben andere Vertreter der Bundesregierung sowie Politiker auf Länderebene haben diese Anschläge aufs schärfste verurteilt, der erlebte Schock wurde zum Ausdruck gebracht. Die türkische Gemeinschaft in Deutschland wurde von den Politikern besucht, man hat den Kampf gegen die Rechtsextremisten versprochen. Die Verwandten der Opfer wurden von dem Bundespräsidenten Christian Wulff empfangen; die im Bundestag vertretenen politische Parteien haben in einer gemeinsamen Stellungnahme die Morde verurteilt, in einer hierfür angesetzten Sitzung eine Schweigeminute gehalten.

Das Wichtigste ist es, dass die Aufmerksamkeit auf die Nichthinderung bzw. Nichtlösung der Mordfälle gelenkt wurde und der Wille entstand, die Fälle gründlich zu untersuchen.

Vor allem der damalige Bundespräsident Christian Wulff hat seine Wut und sein Scham bezüglich der Morde zum Ausdruck gebracht. Er hat für das Gedenken der Mordopfer am 23. Februar 2012 eine Gedenkfeier angesetzt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel, die bezüglich der Migrationspolitik die Integration häufig betont und manchmal ihren Ton verschärft, hat sich in ihrer Erklärung hinsichtlich der Morde begnügt, Ihre Besorgnis auszudrücken. In ihren späteren Stellungnahmen hat sie in scharfer Art Ihre Scham ausgedrückt, es würde alles daran gesetzt werden, um die Fälle zu lösen. In der ihrer während der Gedenkfeier am 23. Februar 2012 gehaltenen Ansprache hat sie um Verzeihung von den unter Verdacht stehenden Opferangehörigen gebeten und Ihr Leid zum Ausdruck gebracht. Sie hat die Fehler der Sicherheitsbehörden und den fehlenden Schutz gegen die Feindseligkeit und Drohungen der Rechtsextremisten eingestanden und versprochen, die Fälle vollständig zu lösen.

Durch alle verantwortlichen Minister des Bundes sowie auf Länderebene wurde die Nichtlösung als Schwäche eingestuft, die Fahrlässigkeit der NR-Dienste und Polizeibehörden, die Wahrscheinlichkeit der Verwicklung der NR-Dienste und andere Vorsätze sowie Fahrlässigkeit zum Ausdruck gebracht. Wiederum wurde auf jeder Ebene die rassistische Dimension und die Peinlichkeit der Verdächtigung der Mordopfer zum Ausdruck gebracht.

In diesem Zusammenhang kann beobachtet werden, dass sowohl die Bundesregierung



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

als auch die Landesregierungen sowie die führenden Oppositionsparteien eine positive Haltung bekunden, sich nicht scheuen Fragen jeder Art zu stellen, Antworten auf Fragen suchen und durch die Bewegung von Mechanismen verschiedener Art sich bemühen eine wirkungsvolle Ermittlung aufzunehmen.

Neben dieser Tatsache hat der Integrationsminister İlkay Öney in Baden-Württemberg, hat gegenüber einer türkischen Nachrichtenagentur eine Erklärung bezüglich der tiefen Staates(=illegalen staatlichen Strukturen bzw. das Schattenreich der selbsternannten Strippenzieher aus dem ultranationalistischen Lager und dem Militär, A.d.Ü.) in Deutschland abgegeben, er wurde jedoch durch die Abgeordneten der CDU unter schweren psychologischen Druck gesetzt. So wurde offen signalisiert, er möge als türkischstämmiger Politiker keine kritische Haltung an den legen. Da sowohl die deutschen Medien als auch die Politiker mehrfach alles zum Ausdruck bringen, über die Sache Untersuchungsausschüsse gegründet werden und die Kanzlerin sich in der Öffentlichkeit entschuldigt hat, das Unterdrucksetzen des Öney ist nicht hinnehmbar. Damit die Fälle erhellt werden und solche Morde nicht mehr erlebt werden, ist es wesentlich, dass die Sache freimütig diskutiert wird.

Während die Politiker auf jedem Plattform die Anschläge verurteilten, haben die Öffentlichkeit und Zivilorganisationen durch diverse Aktionen sowie Demonstrationen die Morde verurteilt. Vor allem während der Gedenkfeier am 23. Februar 2012 sollte man hier die Schweigeminute erwähnen, die durch alle Gewerkschaften deutschlandweit gehalten wurde. Solche Feiern gegen den rechtsextremen Terror tragen zum Gefühl der Sicherheit der Ausländer bei und muss hier mit Genugtuung erwähnt werden.

III.3.2. Konkret eingeführte Schritte

Nach Feststellung rassistischer Motive an den Serienmorden und Fahrlässigkeit der NR-Dienste sowie der Sicherheitsbehörden hat die deutsche Politik eine Reihe von Untersuchungsmechanismen eingeschaltet. Allen voran wurden im Bundestag und in Landtagen Untersuchungsausschüsse gegründet und die parlamentarische Prüfungswege geschaffen. Auf Bundesebene wurde im Bundestag Untersuchungsausschuss über den Nationalsozialistischen Untergrund gegründet, regional haben die Landtage in den Bundesländern Sachsen und Thüringen, wo die Naziterroristen besonders aktiv waren, jeweils ein Untersuchungsausschuss gegründet. Außerdem ist auf Initiative der politischen Ämter



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

sowohl auf Bundes- als auch Länderebene eine Gemeinsame Expertenkommission gebildet worden.

Der Deutsche Bundestag hat am 26. Januar 2012 durch Unterschrift der fünf Vertretergruppen (CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKEN und BÜNDNIS 90/Grünen), einen Untersuchungsausschuss gebildet um die Neonazimorde zu untersuchen. Diesem aus 11 Mitgliedern bestehenden Ausschuss sitzt Sebastian Edathy, Abgeordneter der oppositionellen SPD.

In dem Ausschuss-Bildungsantrag wurden als primäre Ziele angegeben: Die Erforschung des NSU als Terrorgebilde, seiner Mitglieder, seiner Anschläge, seines sozialen Umfeldes, seiner Unterstützer, die Erhellung der Tatsache des unerkannten Verbrechenbegehens, die Strukturen der Sicherheits -und Ermittlungsbehörden, ihre Zusammenarbeit, Befugnisse und Eigenschaften, Erzielung von gemeinsamen Empfehlungen in dem Kampf gegen das Rechtsextreme; Feststellung des Kenntnisstandes der Sicherheits - und Ermittlungsbehörden zwischen 1. Jan. 1992 und 8. Nov. 2001 bezüglich der Verfahren betreffend Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschaepe sowie ihre Hilfeleistenden und ihr beistehenden Gebilden, über die Terrororganisation den NSU sowie dessen Mitglieder und ihnen zu Last gelegten Taten, wie dieser Kenntnisstand durch die genannten Behörden bewertet wurden und welche diesbezügliche Tätigkeiten dieser durch sie erfolgten.

Außerdem sind folgende Punkte durch den Ausschuss zu erhellen:

1. Ob die Bundesbehörden durch Fehler oder Fahrlässigkeit die Bildung der terroristischen NSU, seine Anschläge und Unterstützernetz erleichtert bzw. die Enthüllung der eben diesen verübten Verbrechen und deren Verfolgung erschwert haben.
2. Welcher Beitrag die Verbindungen des terroristischen NSU zu rechtsextremen Personen, Kreisen und Organisationen zur Vorbereitung und Unterstützung der Terrorakte geleistet haben mögen.
3. Überprüfung des Vorhandenseins internationaler Verbindungen des terroristischen NSU; falls ja inwieweit die zuständigen Behörden solche Hinweise bewertet haben.
4. Die Rolle der „Vertrauenspersonen“ (Angehörige des NR-Dienstes) in ihrer Beauftragung im Zusammenhang mit dem Terrorgebilde NSU sowie seinen



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Unterstützern und seinem Umfeld, welche rechtliche und tatsächliche Grundlagen für die Beauftragung vorlagen, ob die Beauftragung und die Durchführung der Aufträge der „Vertrauenspersonen“ ausreichend kontrolliert und analysiert wurden, Regeln in der Auftragsdurchführungen der „Vertrauenspersonen“ sowie ob interne Anweisungen der Sache gerecht waren oder nicht, ob durch die „Vertrauenspersonen“ die NSU-Akten finanziell oder anderweitig unterstützt wurden oder nicht.

5. Ob dem Terrorgebilde NSU –bzw. sein Umfeld- Erleichterung in Beschaffung von Sprengstoffen, Waffen, falschen Ausweispapieren, sicheren Wohnungen und Geld erleichtert wurde, wenn ja, welcher Art.
6. Ob man auf Bundesebene gemäß GVG 120, 1 u. 2 (wahrscheinlich handelt es sich um GVG, ohne Gewähr, A.d.Ü.) ausreichende Hinweise der gerichtlichen Verfolgung beschaffen wurden, wenn Ja, wann und der Grund der Nichteinleitung einer Ermittlung.
7. Ob für die heutigen Ermittlungen bedeutenden Beweise hinsichtlich des NSU und dessen Unterstützer, Hinweise bzw. anderweitiger Kenntnisse durch die Sicherheitsbehörden gelöscht wurden.

Der Ausschuss hat ferner die Überprüfung folgender Punkte beschlossen;

1. Aus der Perspektive der Rechtsextremen, die Struktur der Bundessicherheits- und Ermittlungsbehörden und deren Organisation, welchen Schlussfolgerungen hinsichtlich der Zusammenarbeit und Kenntnisteilung solcher Einrichtungen des Bundes und der Länder gelangen kann.
2. Dass während den Ermittlungen die Auffrischung der Leiden der Opferangehörigen sowie Opfer der rechtsextremistischen Täter wirksam vermieden werden soll und wie dies zu bewerkstelligen ist.
3. Die Verbesserung des Kampfes mit rechtsextremer Gewalt auf jedem Gebiet (Unterdrucksetzen, Verhinderung, Erhöhung der Sensibilität der zuständigen Einrichtungen) und Wege hierzu.

Der Ausschuss möchte seine Arbeit bis zum Frühjahr 2013 abschließen. Ermittlungsausschüsse die gemäß Artikel 44 des Grundgesetzes der BRD gegründet werden,



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

können Zeugen und Sachverständige anhören, die Anstalten/Einrichtungen auffordern, Information sowie Unterlagen vorzulegen, die Gerichte und Verwaltungsbehörden auffordern erweiterte Untersuchungen anzustellen. Untersuchungsausschüsse fassen die Ergebnisse ihrer Berichte und legen diese dem Plenum/der Vollversammlung vor.

Die im Bundestag gegründeten Untersuchungsausschüsse werden im allg. als die wirksamsten Waffen der Opposition bezeichnet. Denn Regierungen haben keine freundliche Gedanken bezüglich der Erörterung ihrer Fehler in den öffentlichen Sitzungen.

Da es sich aber Neonazimorde handelt, hat jede führende Partei die Ausschussgründung gutgeheißen um später nicht mit dem Vorwurf konfrontiert zu werden, gegen rechtsextremen Terror nichts unternommen zu haben.

Der erste regionale Ausschuss wurde durch den Landtag Thüringen gegründet. Es wird erwartet, dass der Landesuntersuchungsausschuss Thüringen seinen diesbezüglichen Erst-Bericht binnen eines Jahres vorlegen und seinen Abschlussbericht im Sommer 2014 erklären wird.

Der letzte Untersuchungsausschuss wurde in dem Land Sachsen, ein Land wo das Trio häufig aktiv war (eine der Zellenwohnungen war in Zwickau) um die verbrecherischen Verbindungen und Korruption zu untersuchen. Ziel dieses ist, auf Landesebene die Verantwortung der zuständigen Behörden bezüglich der Morde zu klären

Neben den durch die Parlamente gegründeten Ausschüsse wurden durch die Regierung am 8. Februar 2012 eine aus vier Personen bestehende Bund-Länder-Expertenkommission gegründet die auf Bundes- wie Länderebene wirken wird.

Zwei Mitglieder dieser Kommission wurden von der (Bundes)Regierung, andere 2 wurden durch Landerinnenministerkonferenz vorgeschlagen. Diese besteht aus dem Berliner Innensenator a.D. Ehrhart Körting (SPD), dem Hamburger Innensenator a.D. Heino Vahldieck (CDU), dem Münchner Fachanwalt für Strafrecht Eckhart Müller (vorgeschlagen durch die FDP) sowie von den Grünen vorgeschlagenen dem Bruno Jost, Staatsanwalt a.D. bei dem BGH. Durch diese Kommission wird die Erhellung der Hintergründe der Serienmorde sowie die vollständige Aufklärung der Störungen zwischen den zuständigen NR-Diensten und Sicherheitsbehörden bezweckt. Aufgabe dieser ist, Bewertung der Zwischenberichte der Untersuchungsausschüsse und anderer Kenntnisse diverser Herkunft



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

sowie Vorschlagsbildung zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden des Bundes und Ländern. Die Kommission wird ihre abschließenden Kenntnisse 2013 der Öffentlichkeit vorlegen

Die Mitglieder der Kommissionen und Ausschüsse werden nicht voneinander getrennt wirken sondern Information und Unterlagen miteinander teilen, so die Mitglieder dieser. Als Hindernis für die Arbeit wird die Dauer der Arbeit angesehen. Die in der Türkei mit drei Monaten begrenzte Wirkungsdauer, darf in Deutschland bis Ende der Legislaturperiode dauern.

Allein eine solche lange Zeitdauer kann durch Beschäftigung der Abgeordneten nicht nur mit den Ausschussangelegenheiten, sondern mit den Wahlen, den Wählern und anderen Parlamentssachen Unterbrechungen verursachen und Verlust der Anfangsbegeisterung bedeuten.

Neben den Ausschüssen für Untersuchungen und Ermittlungen hat der Aufsichtsausschuss des Bundestags, der Aufsicht über die Tätigkeit der Bundesnachrichtendienste führt, aufgrund der starken Behauptungen über diese sich hierzu eingeschaltet. Dieser hat die Akten der LfVS der Länder Thüringen und Hessen -wo die Mörder wirkten und organisiert waren- bezüglich der Neonazimorde zur Überprüfung übernommen, in geheimen Sitzungen Angehörige dieser angehört.

Die Kommunikation der politischen Stellen mit den Opferangehörigen sind bisher positiv verlaufen. Barbara John, frühere Ausländerbeauftragte des Landes Berlin, wurde als Ombudsman berufen um den Opfern als Beraterin beizustehen und die Verbindung zwischen Opferangehörigen und der Regierung herzustellen. John hört sich die Probleme der Familien an und übermittelt sie der Bundesregierung, trägt zur Lösungsfindung bei.

Während des Deutschlandbesuches hat sich John mit dem Untersuchungsausschuss der großen Nationalversammlung der Türkei getroffen, es wurde festgestellt, dass sie sich sehr eng um die Familien kümmert, notwendige Kritik an die Regierung richtet und somit der Lösungsfindung beiträgt, was mit Befriedigung registriert wurde.

Es wurde durch die Bundesregierung beschlossen, den Opferangehörigen und anderen Geschädigten ohne Nachweispflicht eine Abfindung zwischen 5 und 10 tausend Euro bezahlt wird. Obschon die Abfindungsidee positiv ist, abgesehen von der geistigen Qual, ist diese



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

ziemlich entfernt ihre finanziellen Schäden zu ersetzen (s. Chronologie der Morde).

Denn die bezahlten Abfindungen beruhen auf den Grundsatz des sozialen Risikos, das wiederum auf objektiver Verantwortung fasst, die durch die Verwaltung zu hindernden aber nicht verhinderten Schäden wegen des Ursachenprinzips ohne Schuldbedingung ersetzt. Allein Entschädigungen solcher Art, übersehen eigentlich die ideellen Schäden. Die den Getöteten und Geschädigten durch die Sicherheitsbehörden vermittelten Gefühle der „Beschuldigung“ und „Beschuldigte“ haben Leid verursacht, sie haben ihre Ruhe, ihren Frieden und Sicherheitsgefühl verloren, was außer Acht gelassen wird. Daher wäre es zu erwarten gewesen, die Idee der Entschädigung der Schädigung durch seriösere Beträge zu konkretisieren, damit die harten Äußerungen der Politiker einigermmaßen aufgefangen werden.

Was die Familien erwarten, wäre eine Denkmalerrichtung in jeder Tatortstadt oder in jener, in der die meisten Morde verübt wurden. Denn für die von Terroristenhand umgekommene Polizistin wurde an dem Tatort ein Denkmal errichtet. Allein dieser Umstand berechtigt das Anliegen der Familien. Die in Vergangenheit gemachten Schritte geben Grund zur Hoffnung. Die Erfüllung dieses Anliegens wird die Aufrichtigkeit der Politiker bestätigen. Weder Entschuldigung noch Wiedergutmachung kann eine lektionserteilende Wirkung wie eine Denkmalerrichtung erzielen.

IV. AUSWERTUNG UND ERGEBNIS

Über Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Europa

Es ist mit Entsetzen festzustellen, dass der in Europa gesäte Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit wieder aufblühen. Nach dem 2. Weltkrieg wurden für den Aufbau Europas große Migrantenmassen als Arbeitskräfte eingeladen. Diese Massen kamen aus Ländern mit wirtschaftlichen und politischen Schwankungen in das politisch und wirtschaftlich wohlhabende Europa. Auch führten sie so zu unterschiedlichen Bevölkerungsschichten und wurden somit zum Hauptthema. In den letzten 10 Jahren wurde, aufgrund der Terror- und Wirtschaftskrisen, dieses Thema noch mehr in den Vordergrund gedrängt.

Ausschweifende Migration, die Vermehrung der ausländischen Bevölkerungen, Einreise der Familienangehörigen und somit ansässige Migranten, Terroranschläge, Wirtschaftskrisen, mehr ausländisch stämmige Personen in der Arbeitswelt, in Straftaten



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

verwickelte Migranten kreierten bei der europäischen Gesellschaft eine „Ausländer Angelegenheit“.

Die Globalisierung und die im Arbeitsmarkt angetroffene ‚Multikultur‘ führen zu einer ausgrenzenden Einstellung gegenüber Migranten. Die Änderungen der Demographie in Europa und die soziale Integration der Migrantenmassen führten in Europa zum Grundgedanken des Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit.

Die Mehrheit der Ausländer im Arbeitsmarkt, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa einreisten führte dazu, dass die Menschen in die Zukunft mit Angst blickten. Die Jugend, die Angst vor der Arbeitslosigkeit hatte, entwickelte extrem nationalistische Gefühle und Hass gegenüber Migranten, die im Arbeitsmarkt als Rivalen betrachtet wurden.

Gleichzeitig wurden alle sich bekennende Moslems wegen einer Gruppe Terroristen, die in den USA, England und Spanien Terroranschläge begingen, mit Angst und Feindschaft begegnet. Die Islam-Gegnerschaft breitete sich in allen Ländern Europas aus.

Diese Entwicklungen führten zu einer Wende der nationalen und internationalen Sicherheitspolitik und änderten die Sichtweise auf die Migranten in einer ernsthaft negativen Weise. Für die Ereignisse wurden Ausländer zur Verantwortung gezogen und diese Gruppen wurden zum Hauptziel der Angst und Besorgnis. Insbesondere, die Nachrichten der ‚Besorgnis‘, dass der Islam sich in Europa schnell ausbreite, Debatten über Moslems in den sozialen Medien, die Angstverbreitung, dass die Moslems Europa übernehmen wollen und die ‚Klassifizierung‘ der Moslems als die ‚gefährlichsten Ausländer‘, führten zu Angst und Angriffsgefühlen gegenüber moslemische Migranten.

Die Wörter Migration und Sicherheit wurden im Allgemeinen in Europa als zwei paradoxe Wörter verwendet. Die negativen Aspekte der Krise, die sich im Volk widerspiegelte, bereiteten eine Basis für Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Die Regierungen haben bei den Lösungsangeboten den Extremismus, durch ihre Migrations- und Migrantenpolitik erhöht. Statt die Migranten zu ermuntern, Teil der Gesellschaft zu sein, wurden sie als die Anderen, das Hauptproblem der gegebenen Probleme betrachtet. Die Multikultur wurde abgelehnt und von Politikern als Misserfolg des Gesellschaftsprojektes bewertet.

Nun wurde festgestellt, dass in Europa der Islam Hauptgegner des Rechtsextremismus



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

sei. Das Judentum, welches in der Vergangenheit Grund des Rassismus war, wurde nun mit Angst gegenüber dem Islam und –Feindschaft ersetzt. Gedanken wie, der Islam würde ganz Europa belagern und alle nationalen Identitäten würden verschwinden, welche zu Angst und zur Ausländerfeindlichkeit führten, hatten mit der Zeit genauso viel Einfluss auf die gebildete und hohe Schicht, wie auf die normale Schichten.

Es ist erschreckend, dass in den letzten Jahren immer mehr Filme mit rassistischen und ausländerfeindlichen Inhalten Resonanz finden. Gemäß den internationalen Daten, nehmen Straftaten aus rassistischen Motiven in den meisten Mitgliedsländern der EU zu.

Trotzdem ist eine Zunahme der rechtsextremistischen Straftaten zu beobachten. Deutschland steht dabei an erster Stelle und zeigt diesbezüglich eine Zunahme seit 2001. Gemäß der deutschen Zivilen Gesellschaftsvereine, wurden seit der Wiedervereinigung Deutschlands, 182 Morde aus rassistischen Motiven begangen.

In den öffentlichen Berichten des türkischen Innenministeriums sind in den ersten drei Monaten von 2012 in Deutschland, Frankreich, Belgien, Bulgarien, Griechenland, der Schweiz und Ukraine, 29 rassistische und ausländerfeindlich beinhaltete physische Angriffe und Drohungen an türkischstämmige Personen, deren geschäftlichen und zivilen Vereinen ausgeführt worden.

Es besteht kein Zweifel, dass Hintergrund dieser Gewaltszunahme die Debatten der Politiker und die Ideen der Parteien sind, welche in der Regierungspolitik effektiv eingesetzt werden. Die Politiker tragen eine große Verantwortung dafür, zur Abnahme der ausländerfeindlichen Gewaltspirale beizutragen. Man sollte nicht vergessen, dass die rassistischen Ideen, die zum 2. Weltkrieg führten, in der Gesellschaft nicht von alleine, sondern mit der Begeisterung der Politiker an die Massen verbreitet worden waren.

Es ist bedauerlich, dass im Allgemeinen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in der Politik Europas gefördert und immer mehr von Politikern zum Ausdruck gebracht wird. Es ist erwähnenswert, dass in Österreich, den Niederlanden, Frankreich, der Schweiz, Dänemark, Norwegen, Finnland, Ungarn und Griechenland rechtsextreme Parteien aufsteigen. Europa, welches die schlechten Resultate der rechtsextremen Politik sehr gut kennt, muss diesen Aufstieg stoppen, bevor es zu spät ist. In diesem Sinne ist es nicht falsch zu erwähnen, dass die Europäische Union in diesem Bezug eine große Aufgabe hat.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Nach dem 11. September wurden islamische Terrororganisationen in den europäischen Ländern verfolgt. In Norwegen und Deutschland steht Rassismus, bei der Auflistung der Gefahren in den jeweiligen Ländern, an erster Stelle. Das erste konkrete Beispiel ist, dass in der Geschichte von Dänemark erstmalig Rassismus als primäre Gefahr aufgelistet wird.

Der sich an Europa klammernde Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit, dürfen nicht zum Mittelpunkt der Diskriminierung und des Hasses im Gesamtgebiet Europas, Wiege der Demokratie und Menschenrechten, werden.

Über Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland

Der Aufstieg des Rechtsextremismus in Deutschland übt auf die Europäische Union und die Sichtweise auf die Migranten einen großen Einfluss aus. Dabei spielen geschichtliche, politische, soziale und wirtschaftliche Gründe eine Rolle. Aufgrund der Nazi-Vergangenheit Deutschlands, hat dieses Land seitdem immer die Idee des Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit vertreten und diese von Zeit zu Zeit in Gewalttaten umgesetzt.

Seit dem Jahr 2000 wurde die westliche Mentalität im generellen immer islamfeindlicher. Deutschland liegt hier an erster Stelle. Demzufolge wird diese Einstellung gegen Moslems leider in physischen und mentalen Angriffen gezeigt. Der Gedanke, dass „der Islam begonnen hat, Europa zu regieren“ lenkt durch Verbreitung zu einer Angstwelle.

Die Multikultur führe zum Bankrott. Dieser Gedanke wurde von den Spitzenpolitikern ausgedrückt und führt zu einer harten Migrations- und Migrantpolitik. Vor den Wahlen sind harte Debatten gegen Ausländer an erster Stelle. Durch die Migrationspolitik wird aus dem Stimmenerwerb regelrecht ein Wettbewerb gemacht. Diese Debatten gegen Migranten haben einen sehr großen Effekt auf die Gruppe.

Im internationalen Markt führen folgende Gründe zur Verbreitung des Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit: Zunahme der Arbeitslosigkeit – aufgrund der Wirtschaftskrisen – Fakt, dass die Wohlstandsaufteilung mit den Migranten störend wirke, Migranten im Arbeitsmarkt als Rivalen angesehen werden und der Gedanke, dass arbeitslose Ausländer mit den Steuergeldern der Bürger ihr Leben bestreiten. Die primären Entwicklungsfaktoren des Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit sind folgende: Unterschiede zwischen dem Islam und dem Christentum werden nicht als ‚Bereicherung‘, sondern als ‚inkompatibel‘ bewertet,



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Moslems und vor allem Türken wollen ihre eigene Kultur leben und werden als ‚Parallelgesellschaft‘ betrachtet, Forderung eines allgemeinen Gesetzes für die Integration der Ausländer in die Gesellschaft, Unkenntnis des Dschihad- (Heiliger Krieg) Gedanken in der islamischen Religion, Darstellung primär von Türken tagtäglich als schlechtes Beispiel der ausländischen Migranten, Anzahl der von Ausländern begangenen Straftaten und Ausländer, die für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden sowie konstante Debatten über Migrations- und Migrantenprobleme in den Medien. Diese Entwicklungen verbunden mit dem Gedanken, dass die demokratische Gesellschaft untergeht, führen zur Interessenaufrechterhaltung des Rechtsextremismus.

Vor allem ist bekannt, dass Deutsche, die sich in wirtschaftlicher Hinsicht nicht sicher fühlen zum Rechtsextremismus geneigt sind und ausländerfeindliche Gewalttaten in solchen Gruppen zunehmen. Deshalb sind arbeitende ausländisch stämmige Personen, Hauptziel der rechtsextremistischen Gruppen.

Zurzeit leben in Deutschland insgesamt 16 Millionen Menschen (19%) der Gesamt Einwohnerzahl, die mindestens ein Elternteil mit ausländischen Wurzeln hat. Fast 7,5 Millionen Menschen zählen als Ausländer. In der Anzahl sind die Türken am meisten vertreten. Während Ausländer und ausländisch stämmige im Westen Deutschlands vermehrt leben, ist in Ost-Deutschland der Durchschnitt der Migranten niedriger. Allerdings ist es wichtig zu erwähnen, dass rechtsextremistische Gedanken und Gewalttaten meistens vom Ost-Gebiet kommen.

Gemäß den öffentlichen Daten in Deutschland haben die Mitglieder der Neonazi-Gruppierungen seit 2006 zugenommen. Auch in den ausgeführten Demonstrationen dieser Gruppierungen ist dies zu ersehen. Es ist außerdem eine Zunahme in rechtsextremistischen Straftaten zu sehen. Die meisten dieser Straftaten beinhalten illegale Propaganda und gehässige Angriffe sowie Gewalttaten gegenüber einzelnen Personen oder –gruppen.

Die in Deutschland als dichteste Bevölkerung der Ausländer zählenden Türken, ist die Gruppe, die Brandanschlägen, bewaffneten bzw. unbewaffneten Angriffen, Anschlägen, Drohbriefen oder anderen Gewalttaten bzw. Drohungen am meisten ausgesetzt wurden. Bedauerlicherweise ist es ersichtlich, dass Angriffe und Demonstrationen gegen Türken und Moslems zunehmend weitergeführt werden.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Das Außenministerium der Türkischen Republik berichtete gemäß den eingetragenen Zahlen, dass seit dem frühesten Datum im Jahre 1988 bis heute, 24 Türken, aufgrund rassistischen Motiven und Brandanschlägen umgebracht worden sind.

In Deutschland kann man in jedem Lebensbereich Anzeichen für Rassismus und Ausländerfeindlichkeit sehen, nicht nur in Gewalttaten. Bildung und Arbeit sind dabei an erster Stelle. Musik, Literatur, Presse sind andere Bereiche, welche diese Ideen vehement ausführen.

Obwohl Deutschland, gegen rassistische und rechtsextremistische Straftaten, als Land zu den härtesten Maßnahmen greift, sind gewalttätige Straftaten nicht zu stoppen. Verbote gemäß dem Grundgesetz und anderen Gesetzen werden durch Anwendungen und Debatten gebrochen. Es besteht kein Zweifel, dass gegen rassistische Gewalttaten nur dann vorgegangen werden kann, wenn primär die Politiker Debatten und Politik gegen Ausländer beenden.

Über Türken und die Probleme in Deutschland

Innerhalb der ca. 82 Millionen Einwohnern in Deutschland, befinden sich ca. 2,8 Millionen türkischstämmige Migranten. Dabei beträgt die Zahl derjenigen, welche die türkische Staatsangehörigkeit haben ein bisschen über 1,5 Millionen. Außerdem ist im Jahre 2011, im Vergleich zu den Vorjahren eine geringe Abnahme bei den türkischen Einwohnern zu bemerken. Die Hauptgründe dafür sind der Übergang zur deutschen Staatsangehörigkeit, der Wirtschaftsboom in der Türkei und die harte Einstellung gegen Ausländer in Deutschland.

Einzelne türkische Bürger tragen in Deutschland unter anderem zur Kunst, zum Sport, zur Politik und Arbeitswelt bei. Türkischstämmige sind nicht nur als Arbeiter, sondern als Doktoren, Ingenieure, Rechtsanwälte, Händler, Politiker und ähnlich fast allen Gebieten anzutreffen.

Trotz alledem werden die Türken für ihre wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beiträge nicht wertgeschätzt. Es wird bei jeder Gelegenheit betont, dass die Türken ein „Anpassungsproblem“ hätten und täglich werden Debatten über „Parallelgesellschaft“ gehalten. Die türkische Bevölkerung wird durch Politiker, in der Anpassung, Bildung und sozialem Leben dauernd als Beispiel des Misserfolgs gezeigt. Vorurteile und Klischeehaftes Denken werden nicht aufgegeben. Sitten-Morde, häusliche Gewalt, Zwangsehen, Straftaten



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

einiger türkischen Jugend sind einzelne negative Beispiele, die von der Presse der Allgemeinheit präsentiert werden. Diese implizieren, dass alle türkischstämmige Personen solche Taten begehen und die Beispiele werden als normal-verbreitete-Taten-bei-den-Türken dargeboten.

Innerhalb der Politik wird die harte Politik gegen Ausländer in der Innenpolitik wie eine Prämie angesehen. Vor allem bedienen sich die Spitzenparteien, in den geführten Debatten von Zeit zu Zeit dem Rassismus/ der Diskriminierung. Vor jeder Landtagswahl wurden gegen Ausländer begrenze Anwendungen an den Tag gelegt, insbesondere gegenüber türkischen Staatsangehörigen.

Außerdem haben die in Deutschland geborenen und ausgebildeten Türken in den Bereichen Bildung, Aufenthalt, Arbeit und Sozialleben nicht dieselben Rechte wie deutsche Staatangehörige und Bürger der EU-Mitgliedsländer. Die türkischen Bürger profitieren nicht von den Rechten des Partnerschaftsvertrages zwischen der Türkei und der EU sowie den Urteilen des Partnerschaftsrates, die im Rahmen des Gesetzes fallen. Urteile, die von dem EUGH für die Rechte der türkischen Bürger ausgesprochen wurden, werden nicht angewendet. Insbesondere beim Thema Visa wird Druck ausgeübt, dass die Urteile für die türkischen Bürger umgesetzt werden.

Trotz den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes wird die harsche und präventive Politik gegen türkische Bürger fortgesetzt. Diese Thematik spricht gegen dem im Partnerschaftsvertrag zwischen der Türkei und der EU festgelegten „Verbot gegen die Verschlechterung der Vertragsbedingungen“. Die andauernde strenge Visa-Politik gegen die Türkei, die Verhandlungen als Mitgliedskandidat mit der Europäischen Union führt, ein großer Wirtschaftspartner ist und eine starke Beziehung zu den Bürgern hat, wird nicht als richtig bewertet.

Türkische Bürger werden auch in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebensbereichen diskriminiert. Einige dieser Bereiche, in denen Türken und andere Ausländer ungerecht behandelt werden, sind bei Bewerbungen und Bildung.

Türkische Staatsangehörige haben in Deutschland kein Recht zu wählen oder gewählt zu werden. Gleichzeitig wird Türken, die außerhalb der Türkei leben, die Möglichkeit gegeben bei den Wahlen ihre Stimmen abzugeben und in Deutschland wird innerhalb der



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Bundesbehörden diesbezüglich keine Steige gemacht.

Man kann sagen, dass der Bundesstaat Gesetze und Anwendungen gegen Türken erlässt. Im Einwanderungsgesetz wurden insbesondere in 2007 Änderungen vorgenommen und die Anwendung dieser Merkmale kann man öffentlich verfolgen. In diesem Bezug ist die Voraussetzung für das Einreise-Visum, dass die Familien die deutsche Sprache beherrschen. Der Staat geht in der Hinsicht streng vor. Diese Anwendung führt zum Stillstand des Familienwachstums und zur Abnahme der vereinten Familien. Außerdem ist dies vorerst ein Verstoß gegen das internationale Recht sowie gegen die Grundrechte und –freiheiten in Deutschland. Auch wenn es als Nachteil gewertet werden kann, dass jemand, der auf dem Mindestniveau kein Deutsch spricht weder auf die Straße gehen kann, völlig vom Gesundheitswesen Gebrauch machen kann, noch Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche hat, sollte dies jedoch, bevor die Personen in das Land kommen, kein Zwang sein.

Es ist zu beobachten, dass das Einwanderungsgesetz insbesondere türkische Bürger als Ziel hat und somit Familien abgehalten werden, vereint zu sein sowie die Anzahl der Ehepartner aus der Türkei vermindert werden. Schließlich wurde gemäß den öffentlichen Daten im Jahre 2011 eine Verminderung der Anzahl der türkischen Bürger festgestellt.

Kinder von Ausländer, die in Deutschland geboren sind, bekommen die Staatsangehörigkeit nur unter bestimmten Bedingungen, welche die Eltern erfüllen müssen. Dieses Recht ist jedoch nur bis zu einem bestimmten Alter gegeben. Dann möchte man, dass zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit oder der der Eltern gewählt wird. Dieses Modell (Optionsmodell) hemmt die Anpassungszeit und führt zum Krieg der Ausweise und Identität. Viele türkische Bürger sind in einer schweren Lage, da Deutschland die doppelte Staatsangehörigkeit nicht billigt. Diese Anwendung ist diskriminierend, da Bürger aus anderen Ländern eine doppelte Staatsangehörigkeit haben dürfen.

Gleichzeitig gibt es Probleme, wenn jemand die türkische Staatsangehörigkeit verlässt um die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen und später wieder Türke werden möchte, somit die doppelte Staatsangehörigkeit besitzt.

In solchen Fällen wurden Personen von der deutschen Staatsangehörigkeit enteignet. Diese Personen verlieren ernsthaft ihre Rechte. Es ist wichtig zu erkennen, dass die doppelte Staatsangehörigkeit der Türken in der Bevölkerung zur Lösung der Integration und



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Zugehörigkeit dienen kann.

Für die türkischen Schüler ist der Türkischunterricht weiterhin ein Problem. Der Unterricht „Türkisch und Türkische Kultur (TTK)“ in der türkischen Muttersprache wird fortwährend als Nachmittagsunterricht/ Nachhilfeunterricht angeboten. Es wird erwartet, dass Deutschland diesen Unterricht materiell und organisatorisch unterstützt. Die Verantwortung der Bildung in der eigenen Muttersprache liegt bei den Ländern. Außerdem wird die Teilnahme an den TTK-Unterricht im Zeugnis zwar erwähnt, allerdings nicht benotet, um die Klasse zu bestehen. Damit die türkischen Schüler weiterhin am Unterricht teilnehmen und ihn ernst nehmen können, muss dieser im Zeugnis benotet werden.

Im Einverständnis zwischen Deutschland und der Türkei reisen Lehrer des TTK-Unterrichts aus der Türkei ein, müssen aber öfter mit verspäteten Visen rechnen. Dies führt dazu, dass die Lehrer später einreisen, somit erst nach dem Schuljahresbeginn eintreffen und demzufolge der Unterricht Türkisch und Türkische Kultur für eine bestimmte Zeit nicht besucht werden kann.

Im deutschen Bildungssystem befindet sich die Mehrheit der türkischen Schüler in der Schulausbildung (Grund- & Volksschulen und Gymnasium). Allerdings sind diejenigen, die die Hochschulen besuchen im Vergleich mit der Bevölkerung sehr gering. Wie andere Kinder mit Migrationshintergrund erfahren türkischstämmige Familien Probleme bei der Schulausbildung. Das deutsche Schulsystem lässt für Kinder mit Migrationshintergrund kaum Raum für Möglichkeiten und hindert diese sich sozial einzufügen. Kleine Kinder werden gemäß ihrer Lernfähigkeit in Personengruppen aufgeteilt und werden somit als Migrantenkinder oder Kinder von Ausländern diskriminiert. Während die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund, die Hauptschulen besuchen höher als derjenigen ohne Migrationshintergrund sind, ist die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund, die Gymnasien besuchen, im Gegensatz zu den Kindern ohne Migrationshintergrund wesentlich niedriger.

Die meisten Kinder mit Migrationshintergrund und meist ungenügenden Deutschkenntnissen, werden wegen ‚dem niedrigen Erfolgsniveau‘ auf die Sonderschule geschickt. Somit nimmt bedauerlicherweise die Zahl der Kinder in den Realschulen und auf den Gymnasien ab.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Wie das Komitee gegen Rassendiskriminierung der Vereinten Nationen betont hat, müssen Schritte eingeführt werden, dass nicht deutsche Staatsangehörige im normalem Schulsystem teilnehmen können sowie die wiederholte Prüfung, ob wirklich alle Bedingungen bezüglich der Sonderschule in Betracht gezogen worden sind.

Das Europäische Komitee gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) hat zum Ausdruck gebracht, dass den Migrantenkinder, im Gegensatz zu den deutschen Kindern im Bildungssystem weniger eine Chance haben erfolgreich zu sein.

Der Durchschnitt der Migrantenkinder in der Grund- und Mittelstufigen Bildung ist im Gegensatz zu den deutschen Kindern minder. Es ist erschreckend wie groß der Unterschied der gegebenen Bildungsmöglichkeiten zwischen nicht deutschstämmigen und deutschen Kindern ist. Gemäß der ECRI ist es notwendig, die Kinder mit Migrationshintergrund, die meistens wirtschaftlich benachteiligt sind, nicht zu den niedrigen Schulstufen einzuweisen. Die Lehrer müssen ein objektives Urteil fällen, soweit nicht erforderlich, die Kinder nicht zu niedrigen Schulstufen einweisen und somit den Bildungsprogrammen des inneren Dienstes untergeordnet werden.

Es wird gefordert, dass Deutschland, welches international einer der führenden Staaten ist, diese Themen in Betracht zieht und die Hindernisse der Entwicklung der Migrantenkinder so schnell wie möglich beseitigt.

Abgesehen von diesen negativen Aspekten des Bildungssystems in Deutschland ist ebenfalls zu beobachten, dass manche türkische Familien sich nicht genügend um die Bildung ihrer Kinder kümmern. Einer der Hauptgründe hierfür ist das niedrige Bildungsniveau der Familie und dass Geldverdienen als wichtiger angesehen wird und dies verringert das Erfolgsniveau der ausländisch stämmigen Kinder.

Für die oben aufgezählte negative Politik im Bildungswesen darf man die verschiedenen Lösungsschritte nicht ignorieren. Die Lösung der Anerkennung vom im Ausland erworbenen Diplome der Ausländer mit dem „Gleichwertigkeitsgesetz“ vom 1. April 2012 ist dabei etwas Erfreuliches. Allerdings sind große Zweifel in folgenden Bereichen zu sehen: in der türkischen Gesellschaft wird das Gesetz in der Praxis sehr begrenzt angewandt, bürokratische Hindernisse sind gegeben, Hindernisse dieses Gesetz umzusetzen sowie vor allem Hindernisse, dass leere Arbeitsstellen besetzt werden.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Der Religionsunterricht ist ein Problem, welches die türkischen Bürger weiterhin konfrontiert. Das „Erlangen Modell“, welches Inhalt des Unterrichts von der Gemeinde festlegt, den Staat für die Organisation verantwortlich macht sowie dafür, eine Finanzierungsquelle anzuordnen, kann von den Moslems immer noch nicht angewandt werden.

Es wird von den Behörden behauptet, dass es an Repräsentanten der Moslems sowie an Verantwortung bezüglich des Unterrichtsinhaltes fehlt. Allerdings wäre es auch für Deutschland von Vorteil, die 80% türkischen Moslems gemäß dem Erlangener Modell und der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB) oder anderen Vereinen, die eine große Masse anspricht, die Gelegenheit zu geben, den Islam als Religionsunterricht einzurichten.

Eines der Hauptprobleme, das Personen mit türkischen Wurzeln konfrontiert, ist weiterhin die Diskriminierung in der Arbeitswelt. Gemäß der Feststellung der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union war Deutschland im Jahre 2010 unter den Ländern, die in der Arbeitswelt am meisten diskriminierten. Die Agentur fügt hinzu, dass Personen mit türkischem Namen im Arbeitsmarkt mit Schwierigkeiten konfrontiert werden. Der Bericht gegen Rassismus und Intoleranz wurde im Jahre 2009 fertiggestellt. Hier wird genau derselbe Punkt betont. Manch einer wird in den Stellenangeboten mit „Deutsch als Muttersprache“ als einer der primären Bedingungen der Firmen konfrontiert.

Personen mit einem türkischen Namen haben eine niedrigere Chance Berufsausbildungsplätze zu bekommen als Personen, die einen deutschen Namen haben. Vor allem ist dies in kleinen Firmen sehr oft zu beobachten. Deshalb hat die ECRI deutlich hervorgehoben, dass obwohl die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund bei den Bewerbungen für Ausbildungsplätze höher als die der Deutschen ist, doch sehr wenige tatsächlich einen Ausbildungsplatz bekommen.

Insbesondere türkische Kleinunternehmer werden sehr diskriminiert. Deutschland muss notwendige Schritte einleiten, Hindernisse für Grundrechte und Diskriminierungen aufzuheben, auch wenn Rechtsverbindungen erforderlich sind.

Manche türkische Geschäftsführer, die in etablierten deutschen Firmen arbeiten, bestätigten, dass sie deutsche Namen benutzen, um in der Wirtschaft erfolgreicher sein zu



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

können. Dies ist eine brisante Forderung. Es ist bedenkenswert, dass manch einer seine Identität in einem demokratischen Land verstecken muss.

Die deutsche Polizei zeigt gegenüber Ausländern weiterhin eine rassistische und ausländerfeindliche Haltung. Es werden mehrere Beanstandungen gemacht, dass Drohbriefe, die sehr oft an türkischstämmige Personen geschickt werden, nicht ernst genommen werden. Gleichzeitig wird berichtet sowie behauptet, dass die Polizei gegenüber ausländisch stämmige extreme Gewalt anwendet. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Ländern wie den Niederlanden und Dänemark ist ersichtlich, dass Sicherheitskräfte disproportionierte Macht anwenden.

Deutschland hat dem „Beschluss des internationalen Rechtsschutzes aller Migranten-Arbeitern und deren Familienangehörigen“ immer noch nicht zugestimmt.

Es muss betont werden, dass Deutschland, mit einer Migrantenmasse unter der Einwohnerzahl diesen Beschluss unterschreibt und den Migranten Wärme zeigt.

Über die Haltung der Ermittler der Neonazi-Morde

In Deutschland wurden im Zeitraum 2000 – 2006 in sechs Städten acht türkisch- und eine griechisch stämmige Personen von einer Neonazi Organisation namens „Nationalsozialisten Untergrund“ umgebracht. Die Serienmord-Opfer waren: Enver Şimşek am 9. September 2000 in Nürnberg, Schneider Abdurrahman Özdoğru am 13. Juni 2001 ebenfalls in Nürnberg, Marktunternehmer Süleyman Taşköprü am 28. Juni 2001 in Hamburg, Gemüsehändler Habil Kılıç am 29. August 2001 in München, Yunus Turgut am 25. Februar 2004 in Rostock, Dönerverkäufer İsmail Yaşar am 9. Juni 2005 in Nürnberg, der Grieche Theodoros Boulgarides am 15. Juni 2005 in München, Mehmet Kubaşık am 4. April 2006 in Dortmund und Halit Yozgat am 10. April 2006 in Kassel. Das Hauptmerkmal der Getöteten war, dass alle Kleinunternehmer waren – oder zumindest wurde davon ausgegangen.

Die Morde hatten interessanterweise in Nürnberg ihren Anfang, am Ort, an dem Adolf Hitler seine Macht an die Massen präsentierte und im Monat September, an dem er seine Tätigkeit begann. Die Getöteten waren Kleinunternehmer und „Ziel“ der Terrorgruppe „waren Ausländer mit Geschäften“. Diese Nachricht sollte Ausländern, die Arbeitgeber sind oder mehr als Arbeitnehmer sein wollten, Angst einjagen und ihnen durch die Morde den Weg abschneiden.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Es ist zu erkennen, dass die Mörder in der Zeit der Morde im Alter von mindestens 20 Jahren waren. Gleichzeitig lässt die Führung der Waffen, die Auswahl der Zeitpunkte, in denen keine Zeugen präsent waren, das Spurlose Hinterlassen und die Benutzung eines Schalldämpfers erkennen, dass professionelle Personen bei den Morden behilflich waren.

In der Untersuchungszeit vom ersten Mord im Jahre 2000, bis zum letzten Mord wurde behauptet, dass die verantwortlichen Polizeistellen und die Staatsanwaltschaften mit größter Sorgfalt diese Fälle aufklären wollten. Nachdem die Morde zu Serienmorden wurden, gründete man spezielle Ausschüsse die behaupteten, dass jedes Detail untersucht wird. Vom ersten Mord im Jahre 2000 bis zum letzten Mord im Jahre 2006 dachte man, dass diese Ereignisse aus familiären Angelegenheiten oder einer internen Abrechnung der Türken hervorkamen. Nach jedem Mord wurden vor allem die engen Verwandten vernommen und erforscht, ob Geld in den Mordplänen eine Rolle spielte. Danach wurden Themen wie Drogen, Schutzgeld, Wetten, Glückspielmafia, Mafia, PKK, Grauwölfer und der tiefe Staat der Türkei behandelt.

Allerdings wurde der Faktor Rechtsextremismus gar nicht in Erwägung gezogen. Weder die Presse noch die Polizei hatten diesbezüglich Zweifel. Obwohl einige Familien darauf beharrten, ist es erstaunlich und verdächtig, dass der rechtsextremistische Terror nicht in Betracht gezogen worden ist. Der Fakt, dass in Deutschland seit der Vergangenheit bis heute rechtsextremistische Straftaten begangen worden sind, wurde total ignoriert. Die Untersucher argumentierten mit der voreingenommenen Logik: ‚Irgendetwas müssen sie falsch gemacht haben, dass sie umgebracht worden sind‘. Die Getöteten wurden als ‚Schuldige‘ angesehen.

Außerdem werden Personen, die als Moslems bekannt sind, aufgrund der zunehmenden Terroranschläge mehr Aufmerksamkeit geschenkt, während der Rechtsextremismus völlig beiseitegelegt wird.

Es ist schrecklich, dass die einzelnen Familienangehörigen schlecht behandelt worden sind und der gleichzeitige Misserfolg der Untersucher und Ermittler bei den Mordaufklärungen. Familienangehörige müssen als nächste Personen vernommen werden. Dies ist auch eine polizeilich normale Aufgabe. Allerdings wurden die Familienangehörigen beschuldigt, die Morde begangen zu haben. Zumindest ging man davon aus, dass sie den Hintergrund kannten. Sie wurden dementsprechend lästigen, sehr langen, ermüdenden und



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

erschöpfenden Vernehmungen ausgesetzt. Kindern im Alter von 11 – 12 Jahren wurden vernommen, mehrere Male wurden sie DNA-Tests unterordnet, Fingerabdrücke wurden entnommen und, wie Mordverdächtige, wurden Fotos von ihnen gemacht. Gleich nach den Morden, als die Familien noch ihre Trauer durchlebten, wurden sie sofort, ohne Rücksicht auf Tradition, auf einer beleidigenden Weise vernommen. Die Vernehmungen wurden völlig voreingenommen und verachtend durchgeführt.

Die Abdichtung der Läden trug nicht nur zum Schmerz bei, sondern war auch eine ernsthafte Last für die Familien. Laufende Kosten, wie Miete und Strom mussten beglichen werden, die Lebensmittel in den Läden verschimmelten und brachten hohe wirtschaftliche Schäden mit sich. Die Höhe ist jedoch, dass die Läden mit den Blutspuren der Getöteten an die Familien zurückgegeben wurden.

Folgende Behandlungsweisen gegenüber den Familien – ohne Rücksicht auf Kind und alte Personen – belasteten die Familien mehr als die Morde selber: stunden- und tagelange Vernehmungen, entnommene DNA-Tests, geschossene Fotos, ständige Einladung zu Vernehmungen, abgehörte Telefonate, Wochen- bzw. monatelang abgeriegelte Läden, Rückgabe der Läden voller Blut, beleidigende Fragen und Bemerkungen, Behauptungen der Presse, einzelne Vernehmungen, Darstellung der Getöteten als ‚Schuldige‘ und deren Familien als ‚Verdächtige‘.

Die Untersuchungsbehörden haben bei den Untersuchungen und Vernehmungen keine gute Strategie angewandt. Ihre Einstellung und Einstellungsweisen waren von Vorurteilen und Klischeehaftem Denken geprägt.

Über das Verhalten der Medien

Vom ersten Mord an Enver Şimşek im Jahre 2000, bis zum letzten Mord an Halit Yozgat im Jahre 2006, wurden alle Getöteten in der Presse mit Drogen- oder Schutzgeldbanden, Glückspielmafia, Mafia-Abrechnung, Frauengeschichten sowie illegalen Beziehungen in der Türkei in Verbindung gebracht. Die Behauptungen spitzten sich so zu, dass die Medien sogar behaupten, dass Angehörige des tiefen türkischen Staates in Deutschland dahinterstecken.

Vor allem waren die Familien, aufgrund der Nachrichten sehr betrübt. Nun waren die Getöteten im deutschen Volk als “Schuldig“ angesehen. Deshalb hat sich die Sichtweise der



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Bürger gegenüber den Familien geändert, da sie nicht als Familien eines „Opfers“ sondern eines „Schuldigen“ oder „eines Ausländers, der in gefährlichen Geschäften involviert war“ gesehen wurden. Ihre Beziehungen mit den Nachbarn brach, sie hatten Schwierigkeiten Arbeit zu finden, die Kinder sollten von den Schulen fernbleiben, sie verloren ihre Berufe und die Leute zeigten mit dem nackten Finger auf sie, als negatives Beispiel. Man kann sich nur vorstellen, wie sehr diese Nachrichten die Familien erschütterten.

Das schlimmste an der Einstellung der Medien bezüglich der Morde war, dass die deutsche Presse, aufgrund der türkischen Opfer, den Namen „Döner-Morde“ verwendete. Dabei wurde versucht sowohl die Getöteten und deren Familien, als auch das gesamte türkische Volk zu erniedrigen. Gleichzeitig war dies eine Anspielung auf angeblich eine interne Abrechnung der Türken. Dieser Ausdruck ist ein Beispiel dafür, wie erniedrigend die Medien sind und stellt eine große Respektlosigkeit gegenüber den Opfern sowie den Familien dar. Sie wurden nicht als „Menschen“ betrachtet und wurden durch Verleumdung sowie Rassismus zum Gesprächsthema.

Außerdem führte diese Einstellung zu Vernehmungen, welche in die falsche Richtung gingen. Die Presse sah in keiner Weise, dass die Morde aus rassistischen Motiven begangen worden sind. Der Name „Döner-Morde“ führte dazu, dass das deutsche Volk diese Ereignisse aus einer Perspektive sah.

Als jedoch bekannt wurde, dass die Morde von Neonazis begangen worden waren, revidierten die Medien den Namen und gebrauchten diesen nicht mehr. Dies war für alle Volksschichten schockierend und gleichzeitig beschämend und die Medien waren nicht ausgeschlossen. Auch wurde nach einiger Zeit, in 2011, das Wort „Döner-Morde“ vom Institut für Deutsche Sprache als das schlechteste Wort gewählt. Somit wurde die voreingenommene Einstellung der Medien ersichtlich. Dies war für die Medien, bezüglich Behauptungen in Nachrichten über Ausländer bzw. ausländisch stämmigen Personen, eine unvergleichliche Lehre.

Nachdem die Morde aufgeklärt worden sind, wurden in den Medien hilfreiche Nachrichten gegeben und dies sollte betont werden. Es ist wichtig zu erwähnen, dass von den Medien detailliert und furchtlos behauptet wurde, der Staat spiele bei den Morden eine Rolle.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Über die Behauptungen der Personen im öffentlichen Dienst

11 Jahre nach dem ersten und 6 Jahre nach dem letzten Mord, wurde die ganze Aufmerksamkeit auf die Sicherheits- und Geheimdienste gelenkt. Diese klärten die Morde ‚zufällig‘ auf und stellten sicher, dass eine Vorbestrafte Neonazi-Gruppe erwischt und verhaftet wurde.

Der Sicherheits- und Geheimdienst wurde auf das schärfste kritisiert, da die Neonazi-Gruppe aus anderen Gründen bereits mehrmals verfolgt wurde. Obwohl Beschwerden über diese Gruppen eingegangen wird immer noch gerätselt, warum nicht rechtzeitig etwas unternommen wurde. Einer der wichtigen Themen ist, dass immer noch untersucht wird, ob die deutsche Sicherheits- und Geheimdienste aus ‚Fahrlässigkeit‘ oder ‚mit Vorsatz‘ den Morden nicht zuvorkamen, die von den, seit den 90er Jahren bekannten, drei Rechtsextremisten ausgeführt worden sind. Bald werden die Ergebnisse dieser Untersuchung hervorkommen.

Die Gesellschaft des Grundgesetzschutzes fand heraus, dass die Informant (Maulwurf) direkt oder indirekt mit den Morden zu tun hatten. Dies wurde auch im Ministerium der Gesellschaft des Grundgesetzschutzes zum Ausdruck gebracht. Schließlich wurden einige Festnahmen durchgeführt. Die Informant (Maulwurf) haben den Mitgliedern der Terrorgruppe gefälschte Personalausweise und Reisepässe sowie Waffen zur Verfügung gestellt und gleichzeitig ihnen geholfen, eine Bleibe zu finden bzw. Wohnwägen zu mieten.

Ein Agent, der in der Gesellschaft des Grundgesetzschutzes in Hessen arbeitet, behauptete, dass von den neun Morden sechs in dieser Stadt stattfanden und als Halit Yozgat umgebracht wurde er im Internet Cafe war. Dies ist sehr schockierend und entsetzlich. Außerdem wurde, nach der Enttarnung des Agenten, den von den drei Mördern begangenen Serienmorden ein Ende gemacht.

Ein anderer bedenkenswerter Punkt ist, dass die Helfer der Terrorgruppen Mitglieder der rechtsextremen Partei NPD waren und, obwohl einige Informant (Maulwurf) sich in der NPD befanden, die diesbezüglichen Pläne und Straftaten nicht berichteten. Sie waren direkt oder indirekt in den Straftaten involviert, indem die nichtsnutzigen Informant (Maulwurf) in der NPD mit Geld in Höhe von mehreren Millionen Euros die Neonazis unterstützten.

In der Gerichtsverhandlung bezüglich der Schließung der NPD im Jahre 2003, fiel dem Verfassungsgericht ebenfalls auf, dass viele Informant (Maulwurf) in der NPD waren.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Diese Verhandlung wurde nicht weitergeführt, da der Bundesnachrichtendienst in der NPD zu viele Kontakte hatte.

Die Gesellschaft des Grundgesetzschutzes, die Sicherheitsdienste sowie die Militärkräfte waren sich in der Sache nicht einig und deshalb konnten die Straftaten nicht verhindert bzw. gestoppt werden. Einerseits kooperierten der Geheimdienst und der Sicherheitsdienst zu wenig, andererseits waren es die Militärkräfte, die nicht genug Auskunft in Betracht gezogen hatten.

Es ist erschütternd, dass die Neonazis nicht nur vom Geheimdienst und der Polizei, sondern auch von der Bundeswehr Hilfe erhielten. Das unter der Bundeswehr organisierte „Paramilitär“ wurde benutzt, um ‚Ersatzmassen‘, inklusive der NPD, in der die Neonazi-Gruppe Mitglied ist, mit Waffenausbildung und Fahrzeugen zu bedienen.

Die Zweifel gegenüber Geheim- und Sicherheitsdiensten wurden immer größer, als herauskam, dass während den Serienmorden, sogar bevor einer der Informant (Maulwurf) enttarnt wurde, die drei Terroristen erwähnt wurden, allerdings dem nicht viel Interesse geschenkt wurde. Auch ist zu betonen, dass eine Musikgruppe im Jahre 2009 die Morde mit rassistischen Motiven erwähnte und die Terroristengruppe lobte, als auch die offene Kundgebung der Terror-Gruppe in einer Neonazi-Zeitschrift.

Über die Haltung der Politiker

Die Spitzenparteien in Deutschland führen weiterhin harte Debatten in der Migration- und Migrantpolitik. Die ‚Disharmonie‘ der Migranten wird bei jeder Möglichkeit betont. Es ist auch zu beobachten, dass dadurch die Parteien in einen Wahlstimmen-Wettbewerb sind. Diese Debatten wurden in konkrete Gesetze umgewandelt und möchten die Migration stoppen, sogar die Migranten sollten zurückkehren.

In Deutschland werden Angriffe gegen Ausländer mit rassistischen Tönen ausgeführt und diese haben sogar politische Debatten erreicht. Manche Spitzenpolitiker fahren fort gegen türkische und moslemische Migranten, in mündlicher und schriftlicher Form schwerwiegende Kommentare abzugeben. Diese Einstellung zeigt die verblendet den Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit völlig.

Der „islamische Terror“ wird als Begriff immer betont und führt dazu, dass alle Moslems als Terroristen angesehen werden. Es ist vollkommen falsch und sehr gefährlich,



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Straftaten von terroristischen Gruppen, die sich als Moslems bekennen mit den Milliarden von Menschen, die sich weltweit zu dieser Religion bekennen zu vergleichen. Gleichzeitig wurde der Begriff „christlicher Terror“ auch nicht verwendet, als die Neonazis die Moslems als Ziel hatten und sie hinrichteten. Um die Mentalitäten auf der Welt zu vereinen und nicht zur Polarisierung oder gar zur Überschneidung zu führen, sollte man nicht diskriminierende, sondern vereinende Debatten führen.

Während die harte Migrations- und Migrantenpolitik tagtäglich diskutiert wurde, haben die Neonazi-Serienmorde gegen türkischstämmige Personen im Zeitraum 2000 – 2006 die deutsche Politik erschüttert. Folgende konkret eingeführte Schritte steigern die Hoffnung der türkischen Bürger, geben ihnen mehr Sicherheit und helfen ihnen den Bundesbehörden wieder zu vertrauen: primär der Bundespräsident und die Bundesregierung sowie die Politiker der Länder haben diese Straftaten aufs schärfste kritisiert, Zweifel wurden zum Ausdruck gebracht, Betonung des Rätsels, welche Verbindungen hinter den Plänen stecken, eine gemeinsame Erklärung der politischen Parteien im Bundestag, welche die Morde aufs schärfste kritisiert, die Schweigeminute im Bundestag, im Namen der Mordopfer, die Wut und der Scham bezüglich der Morde und die Unfähigkeit diese gehindert haben zu können wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, Organisation einer Gedenkfeier im Namen der Mordopfer, die Entschuldigung gegenüber den Familien und den Getöteten, die Jahre lang unter Verdacht standen, die ausdrückliche Einsicht, dass in der Vergangenheit Fehler begangen worden sind sowie fahrlässig gehandelt worden ist.

In diesem Rahmen ist es nicht akzeptabel, dass İlkay Öney, Integrationsminister in Baden-Württemberg – der gegenüber einer türkischen Nachrichtenagentur eine Erklärung bezüglich der tiefen Staates (=illegalen staatlichen Strukturen bzw. das Schattenreich der selbsternannten Strippenzieher aus dem ultranationalistischen Lager und dem Militär, A.d.Ü.) in Deutschland abgegeben, hatte – durch die Abgeordneten der CDU unter schweren psychologischen Druck gesetzt wurde. Es ist enorm wichtig, dass diese Ereignisse frei diskutiert werden können, damit solche Morde nicht nochmal erlebt werden.

wie Durchführung von Straßendemonstrationen durch politische und zivile Vereine und die Anordnung der Genossenschaften Schweigeminuten diesbezüglich einzuhalten.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Über konkret eingeführte politische Schritte

Seit den Anschuldigungen gegen Sicherheits- und Geheimdienste, aufgrund der Fahrlässigkeit und dem Vorsatz bezüglich der Serienmorde, die aus rassistischen Motiven ausgeführt wurden, haben die Kommunen und der Bundestag Untersuchungen aufgenommen, die Hoffnung geben.

Im Bundestag wurde das Untersuchungskomitee für die Nationalsozialistische Untergrund Terroristen Gruppe gegründet. Auf kommunaler Ebene wurden gegen Neonazi Terroristen, die am aktivsten in den Ländern Thüringen und Sachsen sind, jeweils ein Untersuchungskomitee gegründet. Außerdem wurde auf der Bundes- und Kommunalebene das Komitee der Gemeinsamen Experten hinzugefügt.

Vor allem muss man erwähnen, dass das Untersuchungskomitee des Bundestages Fragen verfolgen möchte und mit den vorhandenen Verantwortlichen den Ernst der Lage erkennt. Der Landtag berichtete, dass auch er mit dem Untersuchungskomitee gleiche Ziele verfolgen und es ist erfreulich, dass die Verantwortlichen zur Tat schreiten. Allerdings ist die genannte Fristen der Komiteen erschreckend. Sie betonten, dass frühestens 2013 die Untersuchungen abgeschlossen werden können.

Ein anderer positiver Fortschritt ist, dass die Regierung die Betroffenen berät, eine Person beauftragt, um die Kommunikation zwischen der Regierung und der Hinterbliebenen Familien aufrechtzuerhalten sowie den Familien die Möglichkeit gibt, vorhandene Beschwerden direkt an die Regierung mitzuteilen. Die Vermittler kommunizieren mit den Familien und geben während der Aufklärung ihren Beitrag und dies ist sehr hervorragend.

Die Bundesregierung zahlte an die Hinterbliebenen Familien und Personen, die davon Schaden trugen eine Entschädigung. Allerdings konnte diese Entschädigung den materiellen Verlust und dem mentalen Kummer weitaus nicht begleichen. Entschädigungen müssen sowieso gezahlt werden – gemäß der im modernen Recht befindender Objektiven Verantwortung, die sich auf den Grundsatz des sozialen Risikos stützt. Das wichtigste ist, dass die Getöteten und Betroffenen nicht mehr als „Schuldige“ und „Verdächtige“ beschuldigt werden. Dies führt wieder zum Wohlbefinden und zur Sicherheit der betroffenen.

Das Bundesinnenministerium hat nach der Entlarvung des rechtsextremen Terrors ein Zentrum gegen Rechtsextremismus gegründet, für Bedrohungsoffer von Rechtsextremen eine



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Telefonleitung freigeschalten, entschieden, dass die Sicherheits- und Geheimdienste Informationen über Rechtstextremismus sammeln werden, den Internetverkehr von rechtsextremen Gruppen strenger überwacht, die Frist der Informationsaufbewahrung vom Geheimdienst verlängert und somit konkrete Schritte eingeführt, die zu positiven Entwicklungen beitragen.

Ergebnis der oben genannten Ermittlungen und Auswertungen:

1. Die Hinterbliebenen Familien und das Volk müssen rechtlich befriedigt werden, indem effektive Morduntersuchungen und rechtmäßige Verhandlungen durchgeführt werden. Die Untersuchung muss genau aber auch so schnell wie möglich durchgeführt werden. Nicht nur die oberflächlichen Seiten, sondern auch die tiefgründigen Beihilfen der Mordtaten müssen an das Tageslicht gebracht werden.

2. Der Geheimdienst und die Polizei konnten die Neonazi-Morde aus Fahrlässigkeit oder aus Vorsatz nicht vorbeugen und wurden somit scharf kritisiert. Dieses Thema muss aufgeklärt werden, damit gegen solche Ereignisse vorgegangen werden kann.

3. Die sowohl vom Bundesrat, als auch von den Landräten gegründete Untersuchungskomitee müssen mit den Experten die Untersuchungen so schnell wie möglich beenden oder die bereits gewonnene Information ab und dann mit den Kommunen teilen.

4. Die Familien bekommen die aktuellsten Entwicklungen der Rechtsuntersuchung über die Presse mit. Sie sollten stattdessen von Zeit zu Zeit über die Untersuchungsdetails informiert werden, ohne Schweigepflichtverletzung.

5. Unter den Untersuchungsbehörden wurde in Bezug auf die Neonazi-Morde gegenüber den Familien eine voreingenommene Einstellung festgestellt. Die Ermittlungen müssen unvoreingenommen und objektiv durchgeführt werden und dementsprechend müssen schriftliche Warnungen ausgesprochen werden. Bei den Ermittlungen müssen unwürdige Umsetzungen sofort beendet werden.

6. Unabhängig von den erwähnten Morden sollten neue Ermittlungen durchgeführt und unbekannte Täter sowie mysteriöse Todesfälle nochmals erforscht werden, um herauszufinden, ob diese mit dem Rechtstextremismus zu tun haben oder nicht.

7. Öffentliche Dienste und die Polizei sollen Ausländern auch Arbeitsmöglichkeiten



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

bieten. Dies kann zur Abnahme der Vorurteile führen und gibt auch die Möglichkeit nachdenklicher zu handeln.

8. Es ist erschreckend, dass sich in Deutschland rechtsextremistische Straftaten vermehren. Gegen diese Neigungen muss sofort und vehement angekämpft werden. Neonazi-Gruppierungen müssen logistisch, politisch oder zivil entgegengekommen werden. Gesetzesentwürfe gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit sollen erstellt werden.

9. Der Kampf gegen Rechtsextremismus sollte nochmal überprüft werden. Insbesondere Geheimdienste dürfen durch Einsatz von Informant (Maulwurf) die Kontrolle der Neonazis nicht verlieren. Die Gesellschaft des Grundgesetzschutzes sollte die Strategie der Verfolgung des Rechtsextremismus noch einmal durchgehen.

10. Neben den gesetzlichen Verboten des Rechtsextremismus müssen die Probleme, die zu diesen Umsetzungen lenken herausgefunden und aus dem Weg geräumt werden.

11. Die ‚Integrationsangelegenheit‘ von Ausländern sollte nicht eine ‚Ausländerangelegenheit‘ werden. Die Feindschaft gegen Ausländer und vor allem gegen Moslems muss strebsam in Toleranz umgewandelt werden.

12. Inklusive Vorschläge internationaler Organisationen, sollten die Probleme im Bildungssystem, die Türken betreffen, aufgehoben werden. Ausländer, die wegen ungenügenden Deutschkenntnisse auf Sonderschulen geschickt werden ist eine ernsthafte Diskriminierung. Dem sollte ein Schlussstrich gezogen werden, bevor es zu spät ist.

13. Der von Land zu Land unterschiedlich organisierte Unterricht Türkisch und Türkische Kultur soll organisierter angeboten werden. Die Bundesbehörden sollen diesbezüglich mehr dazu beitragen und den Lehrern aus der Türkei bei den Visen keine Schwierigkeiten verursachen.

14. Es wird gefordert, dass die moslemische Gemeinde das Erlangen Modell anwenden darf. Deshalb muss die DITIB und ähnliche Vereine akzeptiert werden.

15. Die Diskriminierung im Arbeitsmarkt gegenüber Personen, die türkische Namen haben und somit schwer eine Arbeitsstelle finden, muss aus dem Weg geräumt werden. Dafür müssen Gesetzesentwürfe angefertigt werden.

16. Die strengen Visa-Vorkehrungen bezüglich Einreise der Familienangehörigen,



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

welche die Einreise erschweren, sprechen gegen das internationale Recht, das Recht der Europäischen Union und das Menschenrecht. Auch wenn Deutschkenntnisse als Voraussetzung zugunsten von Migranten erwünscht wird, sollte dies niemanden hindern über die Grenze zu kommen. Es wird eine flexiblere Ordnung und Anwendung erwartet.

17. Es soll ein Ende des ungerechten und diskriminierenden Visa-Verfahrens gegen türkische Staatsangehörige gemacht werden und somit wird ersucht, dass man sich an die Urteile des EUGH hält.

18. ‚Das Optionsmodell‘ für diverse Länder, um zur deutschen Staatsangehörigkeit zu wechseln muss aufgehoben werden. Es ist allbekannt, dass dieses Modell nicht zur Integration beiträgt. Deshalb muss dem Verbot der doppelten Staatsangehörigkeit, die nur für manche Länder angewendet wird ein Ende gemacht werden.

19. Die politischen rechtsextremistischen Parteien müssen ein Ende haben. Diese „füttern“ regelrecht die Neonazi-Gruppierungen und sind, erweislich, Quelle der Gewalt.

20. Die Politik soll harte Debatten über Migrations- und Migrantenpolitik endlich beenden. Man sollte nicht vergessen, dass diese Debatten zu Gewalttaten führen. Die politischen Parteien haben die Möglichkeit Menschenmassen als Mitglieder zu gewinnen. Somit verbrennen sie mit einem Funken den ganzen Wald. Schließlich sollten die Schmerzen der Vergangenheit nicht vergessen werden.

21. Es ist zu erwarten, dass die Medien Nachrichten und Kommentare veröffentlichen, die verschiedenstämmige Menschen vereinen und somit einen Einfluss auf die Mentalität der Menschenmassen ausüben. Hoffentlich waren die Berichte der Medien über die Neonazi-Morde ihnen dabei eine Lehre. Es ist wichtig keine unwürdigen Begriffe zu benutzen. Der Unschuldsgrundsatz darf nicht verletzt werden, beschuldigende oder anspielende Äußerungen sollten nicht gemacht werden.



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

QUELLEN

Bücher und Journale

Fatma Yılmaz, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Europa und die (un) effektiven Politiker, Verein für Internationale Strategische Forschung, 2008.

Özlem Hançer, Studie vom Aufstiegs des Rechtsextremismus in Europa und deren Gründe: Frankreich und Deutschland als Beispiele, unveröffentlichte These, Bachelor, Ankara, 2005.

Nezahat Yuca, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in der EU und das entsprechende EU-Rahmenurteil 2008, TBMM Untersuchungsausschuss, Ankara, 2009.

Neunzig Plus, Publikation des Vorsitzes der Türken und Verwandten im Ausland, Türkische Republik, Januar 2012, Auflage:1.

Euromaster News Zeitschrift, Jahr:1, Auflage:1, Februar-März 2009, Antalya.

Öffentliche Quellen

Außenministerium der Türkischen Republik

Statistisches Bundesamt, <https://www.destatis.de>

Deutsche Botschaft, www.ankara.diplo.de

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, <http://www.bamf.de>

Der Bundestag, <http://www.bundestag.de>

Thüringer Landtag, <http://www.thueringer-landtag.de>

Der Landtag Sachsen, <http://www.landtag.sachsen.de>

<http://www.hellenicparliament.gr>

Die Nationaldemokratische Partei Deutschland , www.npd.de, <http://www.npd-sh.de/sprachen/english.php>

Berichte

Jahresberichte von 2009 und 2010 der Bundesagentur für Arbeit, Gesellschaft zum Schutz des Grundgesetzes.

Deutsche Botschaft, die Broschüre “Deutschland hat viele Gesichter”, ohne Datum.

Die Situation der Ausländer in Deutschland, Bundespresse- und Informationsamt, 1995.

Bericht über Deutschland der ECRI vom 26. Mai 2009, www.coe.int/ecri.

Agentur der Grundrechte Europa, Jahresbericht von 2010: Grundrechte: Herausforderungen und Ergebnisse in 2010, http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/annual-report-2011_EN.pdf



**AUSSCHUSS DER GROSSEN
NATIONALVERSAMMLUNG DER TÜRKEI FÜR DIE
UNTERSUCHUNG DER MENSCHENRECHTE**

Bericht des Ausschusses gegen Rassendiskriminierung der Vereinten Nationen, 72 und 73. Konferenzen, 2008, <http://www2.ohchr.org/english/bodies/cerd/index.htm>.

Nachrichten aus Zeitungen und Internet

Bild Zeitung, www.bild.de

Hürriyet Europa, www.hurriyet.de

Sabah Europa, www.sabah.de

Türkiye, www.turkiyegazetesi.com

Zaman, www.zaman.com.tr

Zaman Europa, www.eurozaman.com

Deutsche Welle Türkisch, <http://www.dw.de/>

www.internethaber.com.

Sie können die Berichte des Ausschusses unter
<http://www.tbmm.gov.tr/komisyon/insanhaklari/index.htm> einsehen.

Adresse: TBMM İnsan Haklarını İnceleme Komisyonu
06543 Bakanlıklar-ANKARA

Tel: 0 312 420 5406 - 420 5399 **Fax:** 0 312 420 5394

E-Mail: insanhaklarikom@tbmm.gov.tr